

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

65. Jahrgang · 40/2015 · 28. September 2015



## Rechts in der Mitte?

*Viola Neu · Sabine Pokorny*

Ist „die Mitte“ (rechts)extremistisch?

*Andreas Zick · Beate Küpper*

Rechtspopulistische Überzeugungen der Mitte

*Werner J. Patzelt*

Die Sorgen der Leute ernst nehmen!

*Christoph Giesa*

Keine Nazis und trotzdem brandgefährlich

*Frank Decker*

AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte

*Claudia Luzar*

Rechter Rand und Mitte – Kein einheitliches Verhältnis

*Karim Fereidooni · Mona Massumi*

Rassismuskritik in der Lehrerbildung

*Heike Kleffner*

Sozialarbeit und der NSU-Komplex

*Nanett Bier*

Journalisten und der NSU-Prozess

## Editorial

Dass sich extremes beziehungsweise antidemokratisches Gedankengut nicht nur an den Rändern der Gesellschaft, sondern auch in ihrer Mitte findet, ist keine neue Erkenntnis. Bereits 1959 schrieb der Soziologe Seymour Martin Lipset über einen „Extremismus der Mitte“. In jüngster Zeit mehren sich die Anlässe, um erneut darüber nachzudenken: vom Erstarken rechtspopulistischer Parteien in vielen Ländern Europas über die Dresdner „Abendspaziergänge“ der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ und deren Ablegern in vielen Städten Deutschlands bis hin zu den Anschlägen sowie Protesten gegen Asylbewerberheime, an denen sich mitunter ganze Familien offen beteiligen.

Wie weit antidemokratische Einstellungen in „die Mitte“ reichen und wie sehr diese Rechtsextremisten ein Umfeld bietet – etwa, indem scheinbar harmlose, aber doch herabsetzende Bemerkungen über Flüchtlinge oder andere Minderheiten geduldet und damit Tabus schleichend verschoben werden –, sind berechnete Fragen. Dabei ist zu beachten, dass sowohl „Mitte“ als auch „rechts“ durchaus schwierige Begriffe sind, die unterschiedlich definiert und gebraucht werden. Die politische Mitte sollte man nicht mit der sozioökonomischen verwechseln. „Soziale Mitte“ heißt nicht zwingend auch demokratisch“, brachte es die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan auf den Punkt. „Mitte“ könnte insofern auch aufgefasst werden als „mitten unter uns“, also zumindest geduldet, wenn nicht sogar akzeptiert.

Die vielen zivilgesellschaftlichen Willkommensinitiativen zeigen indes, dass „Mitte“ und „demokratisch“ eben auch kein Gegensatzpaar sind und „sozial schwach“ und „extremistisch“ keine Synonyme. Die Bundeskanzlerin und viele andere fanden für die Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte klare Worte. Trotz dieser ermutigenden Zeichen bleibt es eine Daueraufgabe jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft, Zivilcourage zu zeigen und Fremdenhass, Rassismus und anderen Facetten „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ entschieden entgegenzutreten – auch und gerade, wenn sie bürgerlich verbrämt daherkommen.

*Johannes Piepenbrink*

# Ist „die Mitte“ (rechts)- extremistisch?

**B**egriffe wie „Rechtsextremismus“ und „Linksextremismus“ oder „Islamismus“ beziehungsweise „Salafismus“ sind einer breiten Öffentlichkeit

**Viola Neu** wahrscheinlich einigermassen geläufig. Die Bedeutung der Formulierung „Extremismus der Mitte“ erschließt sich hingegen nicht unmittelbar. Gleichwohl finden sich Variationen der Formulierung

**Dr. phil., geb. 1964; Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin. viola.neu@kas.de**

**Sabine Pokorny**

**Dr. phil., geb. 1981; Koordinatorin des Teams Empirische Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung (s. o.). sabine.pokorny@kas.de**

sowohl in den Medien als auch regelmäßig in den Titeln von Studien, die sich mit der Erforschung von Rechtsextremismus befassen.<sup>1</sup>

Als Schöpfer dieses Begriffes gilt der US-amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset. 1959 schrieb er in dem Buch „Political Man“<sup>2</sup> ein kurzes, aber in der deutschen Rezeption wirkmächtiges Kapitel, das sich mit dem Aufstieg des Faschismus beschäftigt und dabei auch in vergleichender Perspektive Deutschland behandelt. Seine Theorie fußt auf der Annahme, dass es drei Formen des Extremismus gibt, welche jeweils eine enge Verzahnung mit einer gesellschaftlichen Schicht aufweisen. Demnach habe der linke Extremismus seine Basis in den unteren Schichten und der Arbeiterklasse, der rechte Extremismus sei in den Oberschichten zu Hause. Der Faschismus wird als die in den Mittelschichten beheimatete extremistische Haltung gekennzeichnet.

Eine genaue Definition, was er unter Faschismus versteht, oder eine Erläuterung, wo er die Grenzen zum Rechtsextremismus und

Linksextremismus zieht, blieb Lipset jedoch schuldig. Für ihn war die Mitte eine sozialstrukturelle (Mittelschicht) und keine politische. Mangels besserer Daten stützte er sich auf Plausibilitätsinterpretationen von Wahlergebnissen der Reichstagswahlen 1928 bis 1933. Da auch andere zeitgenössische Beobachter, Politiker und Wissenschaftler der 1930er Jahre die Mittelschichten mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus in Verbindung brachten,<sup>3</sup> galt diese These trotz gelegentlicher Kritik auch in der Bundesrepublik lange als Konsens.

Seit der akribischen Analyse der Wahlen der Weimarer Republik durch den Politikwissenschaftler Jürgen W. Falter haben die historischen Mittelschichtsthesen zur Erklärung des Aufstiegs des Nationalsozialismus eine deutliche Eingrenzung erfahren. Sie sind zwar nicht gänzlich überholt, haben aber an Erklärungskraft eingebüßt. Falter arbeitet heraus, dass kein „anderes Sozialmerkmal die nationalsozialistischen Wahlerfolge so stark beeinflusst hat wie die Konfession“.<sup>4</sup> Praktizierende Katholiken seien gegenüber dem Nationalsozialismus im Wahlverhalten weitgehend immun gewesen. „Von ihren Wählern her gesehen war

<sup>1</sup> Vgl. Andreas Zick/Anna Klein, *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*, Bonn 2014; Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*, Leipzig 2014; dies., *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*, Gießen 2013; dies., *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*, Bonn 2012; dies./Marliese Weißmann, *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*, Bonn 2010; O. Decker/E. Brähler, *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008*, Berlin 2008; dies./Norman Geißler, *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*, Berlin 2006. Siehe auch den Beitrag von Andreas Zick/Beate Küpper in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

<sup>2</sup> Der Auszug aus dem Buch ist ins Deutsche übersetzt und mehrfach publiziert. Hier wird aus folgender Veröffentlichung zitiert: Seymour Martin Lipset, *Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte*, in: Ernst Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Köln 1967, S. 449–491.

<sup>3</sup> Zum Beispiel Rudolf Heberle, Theodor Geiger und Carlo Mierendorff.

<sup>4</sup> Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991, S. 177.

die NSDAP zwar eine evangelisch geprägte, ansonsten aber sozial recht heterogen zusammengesetzte Partei. Keine Berufsgruppe dominierte (...). Die Mittelschichtenwähler stellten zwar mit rund 40 Prozent aller Wähler das Gros der Parteianhänger, doch bildeten Arbeiter eine so bedeutsame Untergruppe, dass von einer reinen oder doch weit überwiegender Mittelstandsbewegung nicht die Rede sein kann.<sup>f5</sup> Somit ist zwar die Sozialstruktur der Wählerschaft der NSDAP weitestgehend geklärt, jedoch nicht die Einstellungsstrukturen der Wähler und deren Motive. Da es hierzu keine belastbaren Daten gibt, wird dieser Teil der Geschichte spekulativ bleiben.

## Einstellungsforschung

Die empirische Meinungsforschung stellte die Dichotomie von Demokratie und Diktatur schon immer in den Fokus. Nicht umsonst gilt sie als Demokratieforschung. Sie geht dabei mehreren Fragestellungen nach: Welche extremistischen Einstellungen gibt es, was sind die Ursachen für die Entstehung, Entwicklung und Ausprägung, und wer sind die Träger der Einstellungen? Allerdings gibt es bei der Messung von extremistischen Einstellungen<sup>f6</sup> eine Reihe von Problemen.

Nach der klassischen normativen (Minimal-)Definition wird Extremismus als Ablehnung von Demokratie verstanden.<sup>f7</sup> Demnach wird er als Sammelbezeichnung für „unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen (...), die sich der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates

<sup>f5</sup> Ebd., S. 287f.

<sup>f6</sup> Vgl. Viola Neu, *Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus*, Baden-Baden 2004, S. 151–167.

<sup>f7</sup> Mittlerweile ist die Extremismusforschung auch von der Terminologie etabliert. Vgl. zur Kritik an der Extremismusforschung: Streitgespräch zum Thema Linksextremismus zwischen Richard Stöss und Uwe Backes, *Moderation*: Hans-Gerd Jaschke, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), *Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2011, S. 291–318; Mathias Brodtkorb, *Kritik der Kritik – Über die missverstandene Extremismustheorie*, 23.7.2010, <http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2010/07/23/kritik-der-kritik-%E2%80%93-uber-die-missverstandene-extremismustheorie> (18.9.2015).

und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen“, verstanden.<sup>f8</sup>

So einfach sich die Definition liest, so ambitioniert ist die Umsetzung in ein sozialwissenschaftliches Projekt. Welche Dimensionen und Inhalte dem jeweiligen Extremismus zugeschrieben werden, konnte noch nicht zufriedenstellend und verbindlich erarbeitet werden. Dies gilt gleichermaßen für die schon breiter aufgestellte Rechtsextremismusforschung<sup>f9</sup> wie für die noch größere Defizite aufweisende Linksextremismusforschung und die in den Kinderschuhen steckende religiöse Fundamentalismusforschung (etwa zum Islamismus). Es gibt somit in der Extremismusforschung bislang keine allgemein akzeptierte Skala beziehungsweise Fragebatterie. Es gibt noch nicht einmal Einigkeit über die inhaltlichen Dimensionen, welche für die jeweilige Extremismusform konstituierend sind.

Hinzu kommen methodische Schwierigkeiten: Die Ergebnisse können je nach Auswahl und Formulierung der Fragen variieren, was ebenso eine Rolle spielt wie die uneinheitlichen Messverfahren (etwa unterschiedliche Skalenlängen sowie Antwortvorgaben mit und ohne mittlere/neutrale Antwortkategorie). Auch in der Auswertung der Daten bestehen erhebliche Spielräume. In einer Studie lag das Rechtsextremismuspotenzial zum Beispiel entweder bei 2 oder bei 13 Prozent, je nachdem, ob man die ersten zwei oder die ersten drei Skaleneinheiten auf einer von eins bis sieben reichenden Skala einbezog.<sup>f10</sup>

<sup>f8</sup> Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1996<sup>4</sup>, S. 45.

<sup>f9</sup> Einige Kontroversen bei der Entwicklung von validen und reliablen Messinstrumenten sind dokumentiert in: Joachim Kreis, *Zur Messung von rechtsextremem Einstellung: Probleme und Kontroversen zweier Studien*, Arbeitsheft aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Berlin 2007. Die Einigung auf eine Rechtsextremismusskala erfolgte jedoch auch hier „mit Bauchschmerzen“ (Vorbemerkung, S. 5).

<sup>f10</sup> Vgl. Bundesverband deutscher Banken (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Deutschland. Wirtschaft und Politik in Daten und Zusammenhängen*, in: INTER/ESSE, 8 (1998), S. 1. Für ein weiteres Beispiel für unterschiedliche Potenziale je nach Grenzwert vgl. Jürgen W. Falter, *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*, München 1994.

## Die Mitte-Studien

Innerhalb der Extremismusforschung haben es die sogenannten Mitte-Studien<sup>11</sup> zu größerer Popularität gebracht. Die meisten Studien wurden von den Psychologen Elmar Brähler und Oliver Decker erstellt; die aktuelle Studie, die auch das Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ integriert, stammt vom Sozialpsychologen Andreas Zick und der Erziehungswissenschaftlerin Anna Klein. Als Fazit dieser Studien lässt sich grob festhalten, dass rechtsextremistische Einstellungen besonders stark in der „Mitte der Gesellschaft“ zu verorten seien.<sup>12</sup> Aufgrund der Vielfalt der Studien soll hier nur auf eine Auswahl eingegangen werden.

Schon auf die Mitte-Studie von 2006 „Vom Rand zur Mitte“ regte sich ausführliche Kritik, die zu einer Diskussion über die Wissenschaftlichkeit der Untersuchung führte.<sup>13</sup> Seitdem sind im Zweijahresrhythmus Nachfolgestudien erschienen, die ebenfalls viel und kontrovers besprochen wurden.<sup>14</sup> Statt den fachwissenschaftlichen Diskurs um Methoden, einzelne Items und Interpretationen ausführlich wiederzugeben, soll hier lediglich überprüft werden, ob die Befunde der

<sup>11</sup> Siehe Anm. 1. Von 2006 bis 2012 gab die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) die Studien heraus. 2014 erschienen zwei Studien, wobei die Studie von Zick/Klein ebenfalls von der FES herausgegeben wurde.

<sup>12</sup> Vgl. zum Beispiel O. Decker/J. Kiess/E. Brähler 2012 (Anm. 1).

<sup>13</sup> Vgl. Klaus Schroeder, Expertise zu „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“, in: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich, in: Politische Studien, (2007) 1, S. 83–119; Joachim Kreis, Einige Anmerkungen zur „Expertise von Prof. Dr. Klaus Schroeder zur Studie ‚Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland‘“, in: J. Kreis (Anm. 9), S. 87–103.

<sup>14</sup> Vgl. Eckhard Jesse, Mitte und Extremismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/ders. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Baden-Baden 2013, S. 13–35; Uwe Backes, Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft? Paradoxie und triste Banalität eines Gemeinplatzes alarmistischer Zeitdiagnostik, in: Ministerium des Innern Brandenburg/Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.), Rechtsextremismus zwischen „Mitte der Gesellschaft“ und Gegenkultur, Tagungsband zur Fachtagung am 28.1.2013 in Dresden, Dresden 2013, S. 33–50.

Studien die zentrale These des „Extremismus der Mitte“ tatsächlich stützen.

2013 formulierten die Autoren der Mitte-Studien eine These, die bereits in der ersten Studie maßgeblich war, nämlich dass „das gesellschaftliche Zentrum (...) zur Bedrohung der bestehenden Gesellschaftsordnung werden“ könne.<sup>15</sup> Dabei kritisieren sie auch die Extremismustheorie,<sup>16</sup> der sie vorwerfen, sie würde die „Mitte“ idealisieren und nur Bedrohungen sehen, die von den „Rändern“ kämen: „Die Bedrohung der Demokratie kommt in diesem Sinne also von den ‚Rändern‘ der Gesellschaft her, eben von den ‚Extremisten‘. Die ‚Mitte-Studien‘ aber weisen regelmäßig darauf hin, dass dies ein Trugschluss ist: Gefahr droht aus der ‚Mitte‘ selbst, in der rechtsextreme Einstellung, autoritäre Phantasien und mangelndes demokratisches Bewusstsein weit verbreitet sind.“<sup>17</sup>

Dies ist eine Hypothese, die man überprüfen sollte, zumal für die Grundannahme, die Extremismusforschung würde nur die „Ränder“ ins Visier nehmen, jeder Beleg fehlt. Das Gegenteil ist richtig: Die soziologischen Fragen sind selbstverständlicher Bestandteil der Extremismusforschung. Nicht von ungefähr kritisiert der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse an der theoretischen Konzeption der Mitte-Studien, dass ihnen „eine Fundamentalkritik am Extremismuskonzept“ zugrunde liege.<sup>18</sup> Nichtsdestotrotz wird in den Mitte-Studien ein „Extremismus der Mitte“ konstatiert und somit *nolens volens* zumindest der Teil der Extremismusforschung akzeptiert, der den Rechtsextremismus zum Gegenstand nimmt.

Auf den ersten Blick widersprechen die Hypothesen der Mitte-Studien den Befunden aus der Wahlforschung. Denn Wähler rechtsextremistischer Parteien haben eher die Merkmale: jung, männlich, mittleres bis niedriges Bildungsniveau und entsprechen-

<sup>15</sup> O. Decker/J. Kiess/E. Brähler 2013 (Anm. 1), S. 16.

<sup>16</sup> Bereits in der ersten Studie von 2006 wurde diese vermeintliche Distanz zur Extremismustheorie formuliert: „Zudem wird mit dem Begriff (gemeint ist Extremismus, *Anm. d. A.*) vermittelt, dass eine ‚Mitte‘ der Gesellschaft existiert, die sich von diesen Extremen klar abgrenzen lässt.“ O. Decker/E. Brähler/N. Geißler (Anm. 1), S. 12.

<sup>17</sup> O. Decker/J. Kiess/E. Brähler 2012 (Anm. 1), S. 16.

<sup>18</sup> E. Jesse (Anm. 14), S. 25.

de Berufe.<sup>19</sup> Allerdings teilen Wähler nicht zwangsläufig das Weltbild der gewählten Partei, sodass zwischen Einstellungen und Wahlverhalten durchaus eine Lücke klaffen kann.

Problematisch ist auch der theoretische Bezugsrahmen, der sich zwar auch auf die „autoritäre Persönlichkeit“ nach Theodor W. Adorno bezieht, die Legitimität des Ansatzes jedoch von Lipset herleitet. Lipset bezieht sich hingegen auf die Mittelschicht und nicht auf ein gesellschaftliches Zentrum, wie immer man dieses definieren mag. Des Weiteren irritiert der explizite Bezug auf Lipset, da es nach dessen Verständnis zwar einen eigenen Extremismus der Mitte, nicht aber einen Rechtsextremismus der Mitte geben kann. Lipset bezieht den Begriff „Rechtsextremismus“ auf den totalitären Autoritarismus der Oberklasse, der nicht identisch ist (und auch nicht sein kann) mit dem Extremismus der Mittelklasse, für den Lipset den Faschismus und nicht den Rechtsextremismus identifiziert. Entsprechend merkt Jesse an, dass der Begriff „Extremismus der Mitte“ missverständlich sei.<sup>20</sup>

## Wo ist „die Mitte“?

Aus empirischer Sicht ergeben sich jedoch noch größere Probleme mit dem Begriff „Mitte“. Die beiden größten liegen in der Definition und der Operationalisierung. So kritisiert auch Jesse an der Formel, der Extremismus komme aus der „Mitte der Gesellschaft“, dass sie „je nach Interpretation eine Banalität oder eine unbewiesene Unterstellung“ sei. Selbstverständlich gebe es Rechtsextremismus auch in den mittleren sozialen Schichten der Bevölkerung. Allerdings sei es „eine unbewiesene Unterstellung, wenn suggeriert wird, von den tragenden sozialen Gruppen der Gesellschaft gehe Rechtsextremismus aus“.<sup>21</sup> Doch bleibt auch bei dieser Kritik offen, wie im soziologischen Sinne die „tragenden Gruppen“ definiert sein sollen.

<sup>19</sup> Zu ähnlichen Ergebnissen kamen Elmar Brähler und Johannes Kruse 2011 in einer Studie über „Die Parteien und ihre Anhänger“, [www.uni-leipzig.de/pdf/pm2011-343\\_ergebnisse.pdf](http://www.uni-leipzig.de/pdf/pm2011-343_ergebnisse.pdf) (18.9.2015). Vgl. Kai Arzheimer, Die Wahl extremistischer Parteien, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 389–423.

<sup>20</sup> Vgl. E. Jesse (Anm. 14), S. 15.

<sup>21</sup> Ebd., S. 34.

Es lässt sich sowohl eine soziale als auch eine politische Mitte definieren. Die genaue Grenzziehung zwischen der Mitte und dem Rest ist vor allem bei der sozialen Mitte schwierig. Wo beginnt zum Beispiel die soziale Mitte, und wo endet sie? Ab wann gehört jemand der Mittelschicht an und ab wann der Unter- oder Oberschicht? Je nach sozialstrukturellem Ansatz fallen die Definitionen unterschiedlich aus. Vor dem Schicht-Ansatz wurde lange Zeit von „Klasse“ gesprochen. Inzwischen findet man neben der Einteilung in Schichten häufig eine Unterscheidung der Gesellschaft nach „sozialen Lagen“, „Milieus“ oder „Lebensstilen“.<sup>22</sup> Wie bewertet man Selbsteinstufungen in den „Schichtmodellen“? In welchem Milieu verortet sich „die Mitte“? Und wenn man die Mitte definieren kann, wie misst man sie?

Beim Schicht-Ansatz wird die Einteilung in der Regel anhand des Berufs, des Einkommens und des formalen Bildungsniveaus vorgenommen. Die genaue Grenzziehung fällt aber auch hier schwer. Ab welchem Einkommen beginnt die Mittelschicht? Wie geht man mit arbeitslosen Akademikern um und wie mit gut verdienenden Arbeitern? Generell können Gruppen wie Arbeitslose, Studierende, Rentner und Hausfrauen über den Schicht-Begriff nicht eingeordnet werden, da die Einordnung primär auf Basis des Berufs vorgenommen wird. Noch schwieriger wird es, wenn man einem Milieu- oder Lebensstil-Ansatz folgt und versucht, hier die Mitte zu operationalisieren, um sie empirisch zu untersuchen, zumal zum Beispiel die Sinus-Milieus generell über Schichtgrenzen hinweg verlaufen und darüber hinaus fortlaufend verändert und an die gesellschaftlichen Veränderungen angepasst werden. Die Verwendung des Mitte-Begriffes ist somit mangels Lokalisierbarkeit der sozialen Mitte häufig wenig erhellend.

Eine politische Mitte zu definieren, erscheint aus ähnlichen Gründen problematisch, zumal sie sich im Rahmen des gesellschaftlichen und politischen Wandels

<sup>22</sup> Zudem wurde auch der Schicht-Begriff schon unterschiedlich verwendet. Zum Folgenden und für eine ausführlichere Darstellung der Unterschiede zwischen Klasse, Schicht, sozialer Lage, Milieu und Lebensstil vgl. Stefan Hradil, Soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2005<sup>8</sup>, S. 38–42, S. 363, S. 427–431.



inhaltlich kaum festmachen lässt. Wo befindet sich zum Beispiel die politische Mitte bei den Themen Homo-Ehe oder Atomkraft? Zudem sollte man Mitte nicht mit Mehrheit verwechseln. Wenn extremistische Einstellungen mehrheitsfähig wären, müssten sie weit in die Gesellschaft reichen, könnten aber auch eine Mehrheit haben, ohne von der Mitte getragen zu werden. Mehrheiten für oder gegen eine politische Frage haben somit wenig Aussagekraft bezüglich einer politischen oder soziologischen Mitte.

## Befunde und Interpretationen

Dennoch gibt es empirische Ergebnisse, die man trotz der skizzierten Schwierigkeiten heranziehen kann, um rechtsextreme Einstellungen in der sozialen sowie der politischen Mitte – gemessen anhand der Links-Rechts-Selbsteinstufung – zu untersuchen. Dabei zeigt sich, dass Rechtsextremismus eben kein besonders ausgeprägtes Phänomen der sozialen Mitte ist. Der Politikwissenschaftler Richard Stöss misst ein rechtsextremistisches Einstellungspotenzial von 21 Prozent in der Unterschicht, 8 Prozent in der Mittelschicht und 4 Prozent in der Oberschicht. Daraus schließt er, dass „sich Rechtsextremismus weithin (aber nicht durchgängig) als ein Unterschichtphänomen“ erweise.<sup>23</sup>

Auch in der aktuellen Mitte-Studie von Zick und Klein heißt es: „Die Zustimmung zum Rechtsextremismus ist in dieser Mitte am geringsten“, und gemeint ist damit die sozioökonomische Mitte.<sup>24</sup> Demnach findet Chauvinismus in der Mittelschicht bei 10,4 Prozent der Befragten Zustimmung, in der Oberschicht bei 17,8 Prozent und in der Unterschicht bei 25,7 Prozent. Ausländerfeindlichkeit findet sich in der Mittelschicht bei 5,7 Prozent, in der Oberschicht bei 8,8 Prozent und in der Unterschicht bei 24,7 Prozent. Antisemitismus findet sich nur bei 2,8 Prozent der Mittelschicht, 2,2 Prozent der Oberschicht und 8,9 Prozent der

Unterschicht. Bei den anderen gemessenen Dimensionen des Rechtsextremismus – Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus – liegen die Prozentsatzdifferenzen zwischen den sozialen Schichten bei weniger als fünf Prozentpunkten und sollten daher nicht inhaltlich interpretiert werden.<sup>25</sup> Auch in den früheren Mitte-Studien haben die unteren Schichten eine stärkere Zustimmungstendenz zu rechtsextremistischen Items.<sup>26</sup>

Bei der Verbreitung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit „zeigt sich – ähnlich wie bei rechtsextremen Einstellungen – dass Personen, die sich in der mittleren Schicht verorten, am wenigsten feindselig sind“.<sup>27</sup> Das gilt vor allem für Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Abwertung wohnungsloser Menschen, Etabliertenvorrechte, Sexismus, Abwertung asylsuchender Menschen, Abwertung von Sinti und Roma sowie Islamfeindlichkeit, die in der Unterschicht deutlich weiter verbreitet sind als in der Mittelschicht.<sup>28</sup>

Die empirischen Befunde können demnach nicht nachweisen, dass Rechtsextremismus ein Phänomen der sozialen Mitte ist. Das Gegenteil ist der Fall: Die soziale Mitte weist sowohl beim Rechtsextremismus als auch bei Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die geringste Anfälligkeit auf.

Wenn die soziale Mitte kein Hort des Rechtsextremismus ist, vielleicht ist es dann die politische Mitte? Doch auch hier weisen die Ergebnisse in eine andere Richtung: „Mit Blick auf die politische Mitte wird zunächst deutlich, dass diese Mitte geringere Zustimmungswerte im Vergleich zu jenen Befragten aufweist, die sich ‚rechts‘ verorten.“ Die Autoren schließen an diese Feststellung an: „Auch bei Befragten, die sich in der politischen Mitte verorten, ist jedoch ein erhebliches Ausmaß an Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen zu verzeichnen.“<sup>29</sup> In den dazu veröffentlichten Daten

<sup>23</sup> Richard Stöss, *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin 2010<sup>3</sup>, S. 66.

<sup>24</sup> A. Zick/A. Klein (Anm. 1), S. 41. In der Studie wird die „sozioökonomische Mitte“ durch Selbsteinstufung auf einer zehnstufigen Skala bestimmt. Die Werte von vier bis sieben werden als Mitte definiert. Vgl. ebd. S. 76.

<sup>25</sup> Vgl. ebd. S. 42.

<sup>26</sup> Vgl. O. Decker/M. Weißmann/J. Kiess/E. Brähler (Anm. 1), S. 112f.

<sup>27</sup> A. Zick/A. Klein (Anm. 1), S. 76.

<sup>28</sup> Vgl. ebd., S. 77.

<sup>29</sup> Ebd. S. 42f.

weist jedoch lediglich der Chauvinismus mit 12 Prozent in der politischen Mitte eine Zustimmung im zweistelligen Bereich auf (gegenüber 29,5 Prozent Zustimmung der Befragten, die sich politisch rechts verorten). Alle anderen Dimensionen des Rechtsextremismus kommen in der politischen Mitte auf Zustimmungswerte zwischen 1,3 (Verharmlosung des Nationalsozialismus) und 6,2 Prozent (Ausländerfeindlichkeit).<sup>P<sup>30</sup></sup>

Ähnlich verhält es sich bei Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die „unter politisch rechts stehenden Befragten am weitesten verbreitet“ ist.<sup>P<sup>31</sup></sup> Zum Teil stimmen Befragte, die sich politisch rechts verorten, einzelnen Dimensionen der Menschenfeindlichkeit um bis zu zwanzig Prozentpunkte häufiger zu, als Befragte, die sich in der politischen Mitte verorten.<sup>P<sup>32</sup></sup> Auch die politische Mitte ist nach diesen Daten empirisch nicht im besonderen Maße von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen.

Die Daten der aktuellen Mitte-Studie können somit die These nicht bestätigen, dass Rechtsextremismus vor allem ein Phänomen der gesellschaftlichen und politischen Mitte sei. Personen, die sich selbst im politischen Spektrum rechts verorten, sind wesentlich anfälliger für Rechtsextremismus als Personen, die sich der politischen Mitte zugehörig fühlen. Doch wer verortet sich politisch rechts?

Wir sind dieser Frage mithilfe der Politbarometer-Daten von 2012 nachgegangen.<sup>P<sup>33</sup></sup> Das Ergebnis ist relativ eindeutig: Im rechten Spektrum der Links-Rechts-Skala verorten sich vor allem ältere Menschen mit niedriger Bildung, die konfessionell gebunden sind.<sup>P<sup>34</sup></sup> Zusätzlich zeigen unsere Analysen, dass die Selbsteinstufung der verschiedenen Parteianhänger auf der Links-Rechts-Skala dem klassischen Muster entspricht. Menschen mit einer Parteineigung zu SPD, Grünen oder Linken verorten sich weiter links,

während sich Menschen mit einer Bindung an CDU/CSU, FDP oder Parteien der extremen Rechten weiter rechts positionieren. Allerdings gibt es seit den 1970er Jahren eine starke Verschiebung innerhalb der ideologischen Verortung. In der Wahrnehmung der Parteien ist eine eindeutige „Mitte-Tendenz“ sichtbar, und auch die Befragten ordnen sich immer stärker in der Mitte ein. Die Pole wandern seit den 1970er Jahren in die Mitte.

## Fazit

Auch wenn nach der aktuellen Datenlage für „die Mitte“ eher Entwarnung gegeben werden kann, heißt das nicht, dass dies ein Persilschein ist. Jeder kann Träger extremistischer Einstellungen sein, jeder kann für Extremismen anfällig werden. Und die Extremismusforschung in ihrer Breite hat dies auch nie infrage gestellt oder Extremismus quasi automatisch an den „Rändern“ verortet.

Und hier liegt die Aufgabe der Sozialwissenschaften: immer wieder danach zu suchen, welche Extremismen in der Gesellschaft existieren und wo sie beheimatet sind. Gerade das Aufkommen des Salafismus beziehungsweise Islamismus verdeutlicht, wie wichtig auch eine präventive sozialwissenschaftliche Forschung ist, die sensibel bereits frühzeitig mit etablierten wie experimentellen Methoden extremistischen Einstellungen nachgeht.

<sup>P<sup>30</sup></sup> Vgl. ebd. S. 43.

<sup>P<sup>31</sup></sup> Ebd., S. 76.

<sup>P<sup>32</sup></sup> Vgl. ebd., S. 77.

<sup>P<sup>33</sup></sup> Vgl. Matthias Jung/Yvonne Schroth/Andrea Wolf, Politbarometer 2012 (Kumulierter Datensatz inkl. Kurzbarometer), GESIS-Datenarchiv, Köln 2014.

<sup>P<sup>34</sup></sup> Die detaillierten Ergebnisse der linearen Regression können bei den Autorinnen angefordert werden.



Andreas Zick · Beate Küpper

# Volkes Stimme? Rechtspopulistische Überzeugungen der Mitte

Laut ZDF-Politbarometer schnellte das Thema „Zuwanderung“ im Januar 2015 auf Platz 1 der von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommenen gesellschaftlichen Herausforderungen.

## Andreas Zick

Dr. rer. nat. phil. habil., geb. 1962; Professor für Sozialisation und Konfliktforschung, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, 33615 Bielefeld. zick.ikg@uni-bielefeld.de

## Beate Küpper

Dr. phil., geb. 1968; Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen- und Konfliktsituationen, Institut für Forschung und Entwicklung in der Sozialen Arbeit, Hochschule Niederrhein, Richard-Wagner-Straße 101, 41065 Mönchengladbach. beate.kuepper@hs-niederrhein.de

Während eine unserer Umfragen ergab, dass ein Drittel der Bürger dabei eine stärkere Willkommenskultur fordert,<sup>1</sup> äußert sich die Sorge bei anderen in menschenfeindlicher Abwertung. Die Situation hatte sich seit Herbst 2014 massiv aufgeschaukelt, vor allem, seit wöchentlich mehrere Tausend Menschen als „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) durch Dresden „spazierten“. Auf der Straße wie im Internet äußerten sie aggressive und verallgemeinernde Stereotype über Muslime, Roma, Asylsuchende oder allgemein „Fremde“. <sup>2</sup> Dazu mischten sich Parolen gegen die Europäische Union sowie gegen die Gleichstellung von Frauen sowie Homosexuellen. Obwohl die israelische Flagge geschwenkt wurde, waren mancherorts auch antisemitische Beschimpfungen zu vernehmen. Erkennbar war das klare Ziel, eigene Privilegien und Vormachtansprüche zu verteidigen.

Je länger es die „Spaziergänge“ gab, desto deutlicher wurde, wie menschenfeindliche Hetze zunehmend die Akzeptanz von

Gewalt beförderte. Weite Teile der rechtsextremen und rechtspopulistischen Milieus radikalisierten sich. Für das erste Halbjahr 2015 meldete das Bundesinnenministerium auf Rückfrage im Deutschen Bundestag einen Höchststand politischer Kriminalität aus dem rechten Spektrum. Es wurden über 200 Überfälle auf Flüchtlingsunterkünfte registriert, von denen die überwiegende Mehrzahl von rechtsextremen Tätern, einige aber auch von anderen begangen wurden.<sup>3</sup> Bis heute finden beinahe täglich irgendwo in Deutschland Demonstrationen vor Flüchtlingsunterkünften statt, und es häufen sich Hasstaten, die sich gegen die Flüchtlingspolitik und vor allem gegen geflüchtete Menschen und ihre Unterstützer richten.

Auch die parteipolitische Landschaft hat sich verschoben. Im Frühsommer 2015 zeigte sich spätestens im Zerwürfnis der jungen und bis dahin erfolgreichen Partei Alternative für Deutschland (AfD) ihr extrem rechtes Gesicht,<sup>4</sup> und auch aus den etablierten Parteien waren stereotype und vorurteilsbelastete Meinungen über asylsuchende Menschen zu vernehmen. Ohne Not war und ist von „Flüchtlingsströmen“, „Wirtschaftsflüchtlingen“ und anderen negativ konnotierten Etiketten und Klischees die Rede. Auch die EU und im Besonderen „die Griechen“ wurden nicht von stereotypen Bildern verschont und zugleich schulmeisterlich gemäßregelt.

Das alles fiel nicht vom Himmel. Publikationen wie zum Beispiel Thilo Sarrazins Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ (2010) hatten einen Stein ins Rollen gebracht,<sup>5</sup> indem sie menschenfeindliche Vorurteile bün-

<sup>1</sup> Vgl. Andreas Zick/Madlen Preuß, ZuGleich – Zugehörigkeit und (Un)Gleichwertigkeit, Zwischenbericht zur Studie, 2014, [www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/ZuGleich/ZuGleich\\_Zwischenbericht.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/ZuGleich/ZuGleich_Zwischenbericht.pdf) (18.9.2015).

<sup>2</sup> Vgl. Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter, Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015.

<sup>3</sup> Angaben des BMI auf eine parlamentarische Anfrage; Angaben der Länder mit Stichtag 6.7.2015.

<sup>4</sup> Zur Einordnung der AfD als rechtspopulistische Partei vgl. Alexander Häusler, Die „Alternative für Deutschland“ – eine rechtspopulistische Partei?, Düsseldorf 2013. Siehe auch den Beitrag von Frank Decker in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

<sup>5</sup> Vgl. Werner, T. Bauer, Rechtspopulismus in Europa, Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2010.

delten und sagbar machten.<sup>16</sup> Die Folgen sind nun sichtbar: Der Rechtspopulismus polarisiert die Mitte der Gesellschaft, und er bildet einen Gegenpol zu einer Zivilgesellschaft, die sich auf der anderen Seite zunehmend offen für Vielfalt zeigt und in der sich viele Menschen für Flüchtlinge und gegen Menschenfeindlichkeit engagieren.

Der „Mitte-These“ zufolge gibt es in der Gesellschaft ein Reservoir an menschenfeindlichen und rechtspopulistischen Ideologien, an die rechtspopulistische wie rechts-extremistische Milieus anknüpfen können.<sup>17</sup> Diese Aussage ließe sich auf Pegida übertragen, woraus die Annahme folgt, dass auch die auf den „Spaziergängen“ geäußerten Stimmungen in der Mitte der Gesellschaft verbreitet sind und nun in der Protestbewegung kanalisiert werden. Dieser Beitrag schließt an diese These an, indem er empirische Evidenz über die Verbreitung von rechtspopulistischen Mentalitäten in der Bevölkerung liefert. Grundlage ist eine repräsentative Bevölkerungsumfrage, die im Frühsommer 2014 kurz vor dem Erstarken von Pegida und ihren Ablegern erstellt wurde.<sup>18</sup> Zunächst wird definiert, was unter Rechtspopulismus verstanden wird und wie er in der Befragung als rechtspopulistisches Einstellungsmuster erfasst wurde. Um dem Wesensmerkmal der Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit des Rechtspopulismus gerecht zu werden, beschreiben wir aktuelle Befunde zur Verbreitung von Rechtspopulismus in der deutschen Bevölkerung unter Berücksichtigung der Themen und Adressatengruppen der Abwertung, die aktuell in rechtspopulistischer Agitation hörbar sind.

## Rechtspopulistische Mentalitäten

Der Rechtspopulismus gebärdet sich als „Volkes Stimme“. Er vereinfacht komplexe Sachverhalte, ist resistent gegen objekti-

<sup>16</sup> Vgl. Hans-Georg Betz, *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, New York 1994.

<sup>17</sup> Vgl. Klaus Ahlheim/Bardo Heger, *Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit: Handreichungen für die politische Bildung*, Schwalbach/Ts. 1999.

<sup>18</sup> Vgl. Andreas Zick/Anna Klein, *Fragile Mitte – Feindselige Zustände*, Hrsg. Ralf Melzer, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2014, [www.fes-gegen-rechts-extremismus.de/pdf\\_14/FragileMitte-Feindselige-Zustaende.pdf](http://www.fes-gegen-rechts-extremismus.de/pdf_14/FragileMitte-Feindselige-Zustaende.pdf) (18.9.2015).

ve Tatsachen und besseres Wissen, greift Versatzstücke aus Stimmungen auf, schmiedet sie zusammen und gießt sie in eine politische Rhetorik gegen „die Anderen“ und „die da oben“. Der Sozialwissenschaftler Alexander Häusler definiert Rechtspopulismus als „die volkstümlich und rebellisch-autoritäre Verkündung extremer rechter Theoreme auf der Basis emotionalisierter Agitation“, der sich der „propagandistische(n) Simplifizierungen in Anlehnung an ‚des Volkes Stimme‘“ bedient.<sup>19</sup> Die Parolen der Pegida-Bewegung folgen diesem Muster. Mit „denen da oben“ sind vor allem „etablierte“ Eliten, Politiker und Medien gemeint. Gegen sie werden Misstrauen und Missachtung geschürt,<sup>10</sup> wobei umstritten ist, inwieweit sich Rechtspopulismus lediglich gegen „das Establishment“ oder auch gegen das System der parlamentarischen Demokratie als solches wendet.<sup>11</sup> Mit „wir hier unten“ werden „das Volk“ und „der einfache Mann“ ebenso angesprochen wie ein bedrohtes „Wir“, das sich vermeintlich gegen „die Anderen“ – also Ausländer, Muslime, Asylsuchende, Linke und andere mehr – verteidigen muss. Das „Wir“ wird dabei als eine homogene große Gruppe konstruiert („das Volk“), die gegenüber „denen da oben“ und „den Anderen“ angeblich benachteiligt wird. Das „Wir“ bleibt bewusst vage, um möglichst heterogene Gruppen, auch extreme Rechte, anzusprechen und zu integrieren.

Der Mythos der Volksgemeinschaft hat hier eine wesentliche Integrations- und Aufwertungsfunktion.<sup>12</sup> Mit einer proklamierten Freundlichkeit gegenüber „Ausländern“,

<sup>19</sup> Alexander Häusler, *Populismus als politischer Zeitgeist*, in: Antifa-Infoblatt, 59 (2003), S. 25 ff.

<sup>10</sup> Vgl. Frank Decker, *Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven*, in: ders. (Hrsg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006.

<sup>11</sup> Vgl. Christoph Butterwegge, *Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus*, in: ders./Gudrun Hentges (Hrsg.), *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen-Farmington Hills 2008.

<sup>12</sup> Zur Verbreitung des Mythos einer vermeintlich homogenen Volksgemeinschaft in Deutschland vgl. Andreas Zick/Beate Küpper, *Zusammenhalt durch Ausgrenzung? Wie die Klage über den Zerfall der Gesellschaft und die Vorstellung von kultureller Homogenität mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenhängen*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände, Folge 10*, Frankfurt/M. 2012.

die sich gut integrieren, sowie der Abgrenzung von „Linken“ und „dem Mainstream“ soll zudem eine positive Identität der „wahren Toleranten“ gelingen. Die jeweils als „die Anderen“ Deklarierten dienen als Sündenböcke für die so empfundene eigene Misere und vermeintliche Schlechterstellung. Gerade seine Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit, zeitaktuell jeweils andere soziale Gruppen ins Visier zu nehmen, mal die eine, mal die andere Karte der Abgrenzung stärker auszuspielen, zeichnet den Rechtspopulismus aus. Die Unbestimmtheit der Argumente und Nicht-Kommunikation macht darüber hinaus rechtspopulistische Gruppen schwer bestimmbar, öffnet die Bewegung aber und verleiht Ideologien der Ungleichwertigkeit als Minimalkonsens besondere Bedeutung.

Rechtspopulismus im Sinne eines generalisierten Einstellungsmusters setzt sich aus unterschiedlichen Komponenten zusammen, die flexibel an Situationen und Propagandaziele angepasst werden können. Eine Kernkomponente in nahezu allen vorgeschlagenen Definitionen von Rechtspopulismus<sup>13</sup> ist die Abwertung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe, die anhand eines Merkmals wie unter anderem Ethnie, Religion oder kulturelle Herkunft als irgendwie „anders“, „fremd“ oder „unnormale“ markiert wird. Sie drückt sich insbesondere in Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus sowie mittlerweile auch in der Abwertung von Muslimen und derzeit verstärkt von asylsuchenden Menschen aus. Darüber hinaus wird die Ungleichwertigkeit anderer gesellschaftlicher Gruppen propagiert. Ein deutliches Beispiel ist die Zurückweisung der Gleichstellung von homosexuellen Menschen oder der sexistische Anruf gegen den „Genderwahn“. Menschenfeindliche Hetze gegen diese und andere Gruppen findet sich auf Plakaten und Reden der Pegida-Demonstrationen, auf Veranstaltungen der AfD und massiv auf entsprechenden Seiten im Internet.

Als eine weitere zentrale Komponente des Rechtspopulismus gilt der Autoritarismus. Er ist gekennzeichnet durch den Appell an Unterordnung und Gehorsam, eine konfor-

<sup>13</sup> Vgl. Gudrun Hentges et al., *The Abandoned Worker. Socio-Economic Change and the Attraction of Right-Wing Populism*, Wien 2003.

mistische Wertorientierung sowie eine aggressive Haltung gegenüber der selbst definierten Abweichung von anderen, die sich in einer an Strafen orientierten Law-and-Order-Haltung manifestiert. In Erinnerung an die klassische Studie zum „autoritären Charakter“ spielen auch „Kraftmeierei“, Aberglaube sowie ein übertriebenes Interesse an Sexualität eine Rolle.<sup>14</sup>

Darüber hinaus werden als weitere Komponenten von Rechtspopulismus Rassismus, nationaler Chauvinismus und konservative Nostalgie sowie antidemokratische Tendenzen vorgeschlagen.<sup>15</sup> Bedeutsam ist zudem die Akzeptanz von Aggression und Gewalt. Sie unterscheidet nach einigen gängigen Definitionen den Rechtspopulismus vom Rechtsextremismus, allerdings sind die Übergänge fließend.<sup>16</sup> Rechtsextreme Strömungen bedienen sich rechtspopulistischer Stilmittel.<sup>17</sup> Rechtspopulistische Strömungen distanzieren sich zwar appellativ von manifester Gewalt, billigen diese aber zunehmend und integrieren gewaltorientierte Rechtsextreme und verwandte Gruppierungen wie etwa Hooligans. So hatten Pegida und ihre Ableger von Beginn an eine Affinität für gewaltaffine Propaganda und Akteure, entsprechend weit waren ihre Türen für Rechtsextremisten geöffnet.

All dies spricht dafür, das beschriebene Einstellungsmuster als *rechtspopulistisch* zu bezeichnen. Inwieweit rechtspopulistische Einstellungen und Handlungen mit einer Fremd- oder Selbstkategorisierung als „rechts“ einhergehen, ist eine andere Frage. In den Faschismusanalysen sprach der Soziologe Seymour Martin Lipset von einem „Extremismus

<sup>14</sup> Vgl. Theodor W. Adorno et al., *The Authoritarian Personality*, New York 1950; Robert Altemeyer, *Enemies of Freedom: Understanding Right-Wing Authoritarianism*, San Francisco 1988; Andreas Zick/P. J. Henry, Nach oben buckeln, nach unten treten. Der deutsch-deutsche Autoritarismus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, Folge 10, Frankfurt/M. 2011.

<sup>15</sup> Vgl. G. Hentges et al. (Anm. 13).

<sup>16</sup> Vgl. Karin Priester, Fließende Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, in: APuZ, (2010) 44, S. 33–39.

<sup>17</sup> Vgl. Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster, Die extreme Rechte. Einleitende Betrachtungen, in: dies. (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*, Wiesbaden 2009, S. 11–35.

der Mitte“, der sich auch empirisch nachweisen ließe.<sup>18</sup> Einige Studien deuten darauf hin, dass rechtspopulistische Einstellungen besonders weit bei denjenigen verbreitet sind, die sich selbst als eher oder ganz rechts verorten. Sie finden sich aber auch bei Personen, die sich selbst in der Mitte oder gar links davon verorten.

Mehr noch, von 2002 bis 2005 nahm unseren Analysen zufolge bei jenen, die sich konstant in der politischen Mitte verorteten, die Menschenfeindlichkeit zu. Darüber hinaus sind Personen von rechts in die Mitte gewandert, das heißt, sie verankerten sich selbst vormals im rechten Spektrum, später dann – unter Mitnahme ihrer feindseligen Einstellungen – in der Mitte.<sup>19</sup> Ähnlich verhält es sich mit der Präferenz für Parteien. Auch Wählerinnen und Wähler demokratischer Parteien können rechtspopulistische Einstellungen vertreten,<sup>20</sup> so wie sich Akteure dieser Parteien bisweilen gezielt rechtspopulistischer Rhetorik bedienen, wie dies aktuell in der Flüchtlingsdebatte zu beobachten ist. Es ist eine empirische und keine definitorische Frage, in welchen Bevölkerungssegmenten mehr oder weniger rechtspopulistische Einstellungen geteilt werden.

## Erfassung von Rechtspopulismus und Bestimmung der „Mitte“

Die Studie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“, die hier zur Analyse der Verbreitung von Rechtspopulismus herangezogen wird, basiert auf einer telefonischen, repräsentativen Bevölkerungsumfrage von rund 2000 Personen ab 16 Jahren. Für die folgenden Auswertungen wurden nur Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit ausgewählt

<sup>18</sup> Vgl. Seymour Martin Lipset, *Der Faschismus – die Linke, die Rechte und die Mitte*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 11 (1959) 3, S. 401–444.

<sup>19</sup> Vgl. Andreas Zick/Beate Küpper, *Politische Mitte. Normal feindselig*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, Folge 4, Frankfurt/M. 2006; Elmar Brähler/Oliver Decker/Norman Geißler, *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*, Berlin 2006.

<sup>20</sup> Vgl. Anna Klein/Wilhelm Heitmeyer, *Demokratie auf dem rechten Weg. Entwicklung rechtspopulistischer Orientierung und politischen Verhaltens in den letzten zehn Jahren*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, Folge 9, Berlin 2011.

und diese Daten nach Repräsentativität gewichtet. Die Befragung folgt methodisch dem üblichen Vorgehen bei einem Telefonsurvey. Die Befragten wurden zu einer ganzen Reihe von Themen rund um Demokratie und Einstellungen zu Gruppen befragt. Dazu lasen ihnen geschulte Interviewer Aussagen vor, zu denen die Befragten anhand einer vierstufigen Antwortskala jeweils ihre Zustimmung oder Ablehnung signalisierten („Ich stimme überhaupt nicht, eher nicht, eher oder voll und ganz zu“).<sup>21</sup> Jede Einstellungskomponente wurde mit mindestens zwei Aussagen erfasst, die in vorangegangenen Studien und Vortests auf ihre Reliabilität und Validität geprüft wurden.<sup>22</sup>

In der vorangegangenen, verwandten Langzeitstudie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)<sup>23</sup> wurde Rechtspopulismus über die Kernkomponenten autoritäre Law-and-Order-Haltung, Fremdenfeindlichkeit und (sekundärer) Antisemitismus definiert und erfasst.<sup>24</sup> Ab 2011 wurde angesichts der sichtbaren Propaganda zudem die Abwertung von Muslimen einbezogen, was sich auch empirisch bestätigen ließ.<sup>25</sup> Angesichts der massiven Feindseligkeiten gegen Roma und Asylsuchende haben wir für die Auswertungen nun zusätzlich die Abwertung dieser beiden Gruppen berücksichtigt. Der Antisemitismus spielt dagegen aktuell bei rechtspopulistischer Hetze eher eine Nebenrolle und lässt sich in den Daten auch empirisch zwar als eng verwandtes, aber doch getrenntes Konstrukt identifizieren. Der theoretischen Diskussion um Rechtspopulismus folgend wird zudem Demokratiemisstrauen beziehungsweise De-

<sup>21</sup> Die Interviews wurden als CATI-Verfahren durch das Sozialwissenschaftliche Umfragezentrum Duisburg umgesetzt. CATI steht für „Computer Assisted Telephone Interviewing“.

<sup>22</sup> Zur Erfassung von Fremdenfeindlichkeit etwa die Aussagen „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ und „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurück schicken“. Für die weiteren Items vgl. A. Zick/A. Klein (Anm. 8).

<sup>23</sup> Vgl. Wilhelm Heitmeyer, *Deutsche Zustände*, Folgen 1–10, Frankfurt/M.–Berlin 2002–2012.

<sup>24</sup> Vgl. Anna Klein/Beate Küpper/Andreas Zick, *Rechtspopulismus im vereinigten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, Folge 7, Frankfurt/M. 2009.

<sup>25</sup> Vgl. A. Klein/W. Heitmeyer 2011 (Anm. 20).

mokratiefeindseligkeit erhoben, in die sowohl eine ablehnende Haltung gegenüber der parlamentarischen Demokratie als auch gegenüber Politikern im Sinne einer Anti-Establishment-Einstellung einfließt.

Nationalismus und eine Anti-EU-Haltung spielen bei rechtspopulistischen Diskursen ebenfalls eine wichtige Rolle.<sup>26</sup> Nationalismus hängt nach unseren empirischen Analysen jedoch schwächer mit den übrigen Versatzstücken zusammen. Eine Anti-EU-Haltung kann dagegen als mögliche ergänzende Komponente identifiziert werden. Sie wurde allerdings nur bei der Hälfte der Befragten erhoben und kann daher für die Berichterstattung nicht in einen Gesamtindex rechtspopulistischer Überzeugungen einfließen. Gleiches trifft auf die emotionale Komponente der „kollektiven Wut“ zu. Diese prägt unseres Erachtens gerade die aktuelle rechtspopulistische Agitation,<sup>27</sup> wurde aber ebenfalls nur bei der Hälfte der Befragten erfasst. Der Gesamtindex, der einer Mittelwertskala aus den sechs Komponenten Fremdenfeindlichkeit, Abwertung von Muslimen, Roma und Asylsuchenden, Autoritarismus und Demokratiemistrauen entspricht, ist hoch reliabel. Das heißt: Die genannten Komponenten gehen bei vielen Befragten Hand in Hand – entweder jemand stimmt in der Tendenz allen Facetten zu oder lehnt sie mehr oder weniger geschlossen ab.

Der Rechtspopulismus-Index hängt empirisch hoch mit der „kollektiven Wut“ zusammen. Er ist zudem mit einer Anti-EU-Haltung,<sup>28</sup> Nationalismus (hier erfasst als

<sup>26</sup> Vgl. G. Hentges et. al. (Anm. 13).

<sup>27</sup> Details bei Andreas Zick/Beate Küpper, Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Hrsg. Ralf Melzer/Dietmar Molthagen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2015 (i. E.). Die „kollektive Wut“ wurde mit sieben neu entwickelten Items erfasst, die zu einer reliablen Skala zusammengefasst wurden, u. a.: „Dass Bürger sich auch mit Gewalt gegen Asylantenheime zur Wehr setzen, finde ich verständlich“, „Die Wut der Bürger auf die Zuwanderung ist absolut verständlich“, „In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer und Juden sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden“, „In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen“.

<sup>28</sup> Die Anti-EU-Haltung wurde über drei neu entwickelte Items erfasst: „Deutschland wäre ohne die EU besser dran“, „Deutschland muss mehr Stärke gegenüber Brüssel zeigen“ und „Deutschland muss sich mehr auf sich selbst besinnen als auf Europa“.

Nationalstolz), der Billigung von Gewalt und zum Teil auch der Bereitschaft zur Gewalt verbunden. Deutliche empirische Zusammenhänge zeigen sich ferner mit ethnischem Rassismus, der Feindseligkeit gegen homosexuelle Menschen und Sexismus sowie mit der generellen Zustimmung zu Vorrechten für Etablierte.

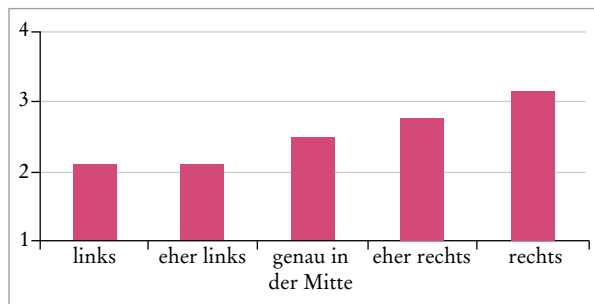
Die sogenannte Mitte der Gesellschaft lässt sich politisch oder sozioökonomisch definieren und kann anhand objektiverer Indikatoren oder durch Selbstzuschreibung erfasst werden. Für die folgenden Analysen wurde die „Mitte“, wie in den Politikwissenschaften üblich, zum einen über die Selbstverortung der politischen Position als „links“, „eher links“, „genau in der Mitte“, „eher rechts“ oder „rechts“ und die Wahlintention (Sonntagsfrage) erfasst, zum anderen über Bildung und Einkommen definiert. Darüber hinaus wurden die Befragten gebeten, sich selbst auf einer zehnstufigen Skala zwischen „unten“ und „oben“ zu verorten, ohne vorzugeben, anhand welcher Kriterien sie dies tun. Zudem wurden sie danach gefragt, inwieweit sie sich selbst zur „Mitte der Gesellschaft“ zählen (fünfstufiges Antwortformat von 1 = „ich stimme überhaupt nicht zu“ bis 5 = „ich stimme voll und ganz zu“).

## Rechtspopulismus inmitten der Gesellschaft

Die Befragung ergab, dass insgesamt fast 42 Prozent der befragten Deutschen mit ihren Einstellungen in Richtung Rechtspopulismus tendieren, so wie er oben beschrieben und erfasst wurde. Hierunter werden Befragte summiert, die auf der verwendeten vierstufigen Skala Werte von über 2,5 erreichen, also im Zustimmungsbereich des Index liegen. Rund 20 Prozent erreichen sogar einen Wert von mindestens 3, was für eine eindeutige rechtspopulistische Orientierung spricht. In den „neuen“ Bundesländern (28 Prozent Zustimmung) sind rechtspopulistische Einstellungen weiter verbreitet als in den „alten“ (18 Prozent Zustimmung). Unter der strengeren Vorgabe der Zustimmung zu allen sechs Komponenten sind es knapp 5 Prozent der Befragten (im Westen knapp 4, im Osten 10 Prozent). Ältere Befragte ab 60 Jahren neigen stärker zu rechtspopulistischen Einstellungen als Befragte bis 30 Jahren und jenen



## Abbildung 1: Rechtspopulistische Einstellungen nach politischer Selbstverortung



Index Rechtspopulismus; Mittelwerte, Skala 1–4; Studie „Frugile Mitte“ 2014.

im mittleren Erwachsenenalter, die in der Tendenz die niedrigsten Zustimmungswerte aufweisen. Frauen tendieren etwas stärker zum Rechtspopulismus als Männer, wobei der Unterschied absolut gesehen gering ist. Die Größe des Wohnortes spielt keine Rolle: Rechtspopulistische Einstellungen sind in kleinen Gemeinden nicht weiter verbreitet als in größeren Städten.

In der letzten Erhebung der GMF-Langzeitstudie des Jahres 2011 waren, gemessen an dem strengen Kriterium einer Zustimmung zu allen Komponenten, knapp 9 Prozent der Befragten rechtspopulistisch eingestellt (verglichen mit den oben genannten 5 Prozent 2014). Dabei zeichnet sich eine gewisse Polarisierung bei einigen der einzelnen Einstellungskomponenten ab: Während im Erhebungsjahr 2011 nur 20,5 Prozent der Befragten eindeutig eine positive Haltung<sup>29</sup> zu asylsuchenden Menschen und fast 19 Prozent eine eindeutig ablehnende Haltung<sup>30</sup> signalisierten, verschob sich dies 2014 zu 34 Prozent positiver respektive fast 22 Prozent ablehnender Haltung.

Mit zunehmender Selbstverortung der eigenen politischen Position nach rechts nimmt auch die Tendenz zum Rechtspopulismus in der Bevölkerung zu (Abbildung 1), mit der geringsten Verbreitung unter den sich „eher links“ Verortenden. Unter potenziellen Wählern von Bündnis 90/Die Grünen ist die Tendenz zum Rechtspopulismus am geringsten,

<sup>29</sup> Zustimmungswerte von maximal 2 auf der vierstufigen Skala.

<sup>30</sup> Zustimmungswerte von über 3 auf der vierstufigen Skala.

bei der Anhängerschaft von CDU/CSU, SPD, FDP und der Linkspartei etwas höher (die Anzahl von Anhängern anderer Parteien ist zu gering, um hier eine Aussage treffen zu können). Mit Abstand besonders verbreitet ist die Neigung zum Rechtspopulismus bei potenziellen AfD-Wählern sowie ganz besonders bei den Nichtwählern (Abbildung 2).

Mit höherer Schulbildung sinkt die Neigung zum Rechtspopulismus recht deutlich, und Befragte mit niedriger Schulbildung neigen eher zu rechtspopulistischen Einstellungen als Befragte mit mittlerer Schulbildung. Die geringste Zustimmung findet sich bei Befragten mit höherer Schulbildung; diese Tendenz wird auch in anderen Studien mit Blick auf Fremdenfeindlichkeit beobachtet. Hier dürfte allerdings die Tendenz höher Gebildeter, sozial erwünscht zu antworten, eine Rolle spielen. Ebenso mag hier aber auch politische Bildung und das Einüben einer demokratischen Kultur Einfluss nehmen, die mit höherer Schulbildung ausgeprägter ist.

Ähnlich drücken sich Einkommensunterschiede aus: Ärmere Befragte neigen eher zum Rechtspopulismus, gefolgt von denjenigen mit mittlerem Einkommen und den vergleichsweise geringsten Zustimmungswerten bei wohlhabenden Befragten, wenngleich auch von den Wohlhabenden immerhin jeder Zehnte rechtspopulistische Einstellungen teilt.<sup>31</sup> Die Befunde spiegeln die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien,<sup>32</sup> aber nicht Beobachtungen unter aktiven Demonstranten bei Pegida-Veranstaltungen, die sozioökonomisch vergleichsweise besser etabliert schienen.<sup>33</sup>

Dies spiegelt sich nur bedingt in der Selbsteinschätzung wider, zur „Mitte der Gesellschaft“ zu gehören. Zwar sinkt mit zunehmenden rechtspopulistischen Einstellungen die Tendenz, sich selbst zur Mitte der Gesellschaft zu zählen beziehungsweise verorten

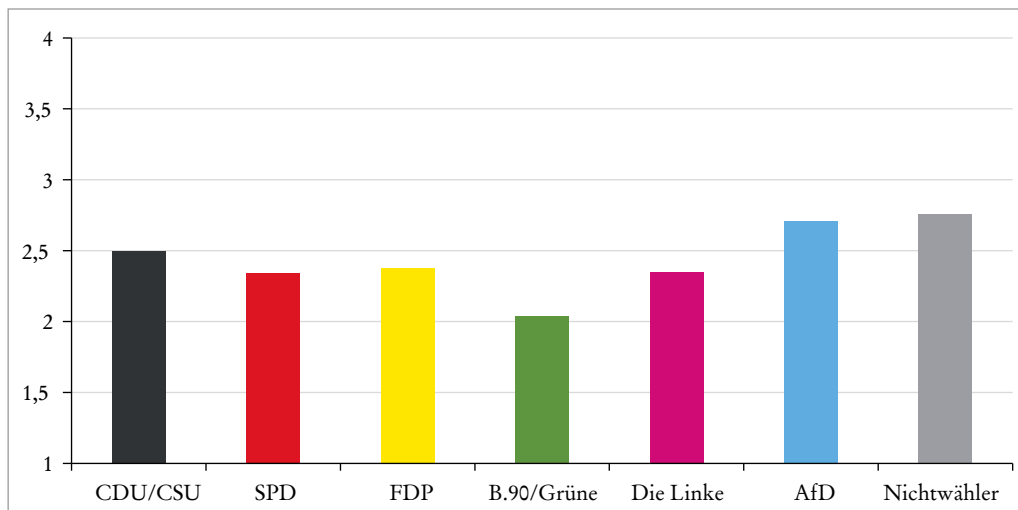
<sup>31</sup> Einkommen gemessen am bundesdeutschen Äquivalenzeinkommen: ärmer (unter 70 Prozent des Äquivalenzeinkommens), mittel (70 bis 150 Prozent), wohlhabend (ab 150 Prozent).

<sup>32</sup> Vgl. Tim Spier, *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*, Wiesbaden 2010.

<sup>33</sup> Vgl. Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schaller, *Wer geht zu Pegida und warum?* Schriften zur Verfassungs- und Demokratieforschung 1/2015.



Abbildung 2: Rechtspopulistische Einstellungen nach Wahlintention



Index Rechtspopulismus; Mittelwerte, Skala 1–4; Studie „Fragile Mitte“ 2014. Bei Angaben zur AfD wurden Befragte, die bei der Sonntagsfrage angaben, die AfD zu wählen und jene, die nach eigenen Angaben schon einmal mit dem Gedanken gespielt haben, die AfD zu wählen, zusammengefasst, um eine ausreichend große Stichprobe zu erhalten.

sich die Befragten eher Richtung „unten“ auf der sozialen Leiter, doch sind die Zusammenhänge nicht sehr hoch. Es deutet sich zudem ein U-förmiger Trend an: Jene, die sich selbst eher „unten“ oder „oben“ verorten, stimmen stärker rechtspopulistischen Meinungen zu, während jene, die sich selbst in der besseren Mitte positionieren, vergleichsweise weniger zum Rechtspopulismus tendieren.

## Verschiebungen und Zerrüttungen

Der Rechtspopulismus ist im politischen Raum der Bundesrepublik ganz offenbar verankert. Dies legt die hohe Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, die rechtspopulistische Gruppierungen wie Pegida und ihre Ableger erreichen und mobilisieren konnte, nahe, und dies bestätigen auch die vorgestellten Befunde. Auch jene, die sich selbst der Mitte zurechnen oder anhand objektiver Indikatoren dazu gerechnet werden können, sind anfällig, auch wenn rechtspopulistische Einstellungen nach wie vor unter jenen besonders verbreitet sind, die sich selbst im rechten Spektrum verorten, sowie unter Befragten mit weniger Bildung und Einkommen.

Der Rechtspopulismus ist nicht zuletzt deshalb so erfolgreich, weil er geschickt an Grundmotive menschlichen Handelns an-

knüpft und Funktionen vorurteiliger Einstellungen erfüllt:<sup>34</sup> Er liefert vermeintliches Wissen und Erklärungen für gesellschaftliche Zustände und die eigene Misere, gibt Bindung und Anerkennung in der Eigengruppe, dient der Selbstaufwertung in Abgrenzung zu und Abwertung von anderen und trägt zum Erhalt und zur Legitimierung eigener Kontrolle und Macht auf Kosten anderer bei. Er weitet sich aus und radikalisiert sich im sozialpsychologischen Prozess der Gruppenpolarisierung: Menschen in einer Gruppe, die ihre Ansichten mit anderen, die ähnliche Meinungen haben, austauschen, bestärken sich gegenseitig und neigen dazu, sich auf der Suche nach Bestätigung und Anerkennung noch zu übertreffen. Auf diese Weise radikalisieren sich auch jene, die zuvor nur relativ schwach und vage die Ansichten der anderen in der Gruppe teilten.<sup>35</sup> Rechtspopulistische Einstellungen aus der Mitte werden damit „normal“, sagbar und ihrerseits durch Politik und Medien auch jenseits rechtspopulis-

<sup>34</sup> Vgl. Andreas Zick/Beate Küpper/Wilhelm Heitmeyer, Vorurteile als Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – eine Sichtung der Vorurteilsforschung und ein theoretischer Entwurf, in: Anton Pelinka (Hrsg.), Vorurteile: Ursprünge, Formen, Bedeutung, Berlin 2011.

<sup>35</sup> Vgl. Serge Moscovici/Marisa Zavalloni, The Group as a Polarizer of Attitudes, in: Journal of Personality and Social Psychology, (1969) 12, S. 125–135.



Werner J. Patzelt

# Die Sorgen der Leute ernst nehmen!

Essay

Da machen sich Leute Sorgen um eine „Islamisierung des Abendlandes“. Andere um die Entstehung von Parallelgesellschaften

**Werner J. Patzelt**

Dr. phil., geb. 1953; Professor für Politische Systeme und Systemvergleich am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Dresden, 01062 Dresden. [werner.patzelt@tu-dresden.de](mailto:werner.patzelt@tu-dresden.de)

in Einwanderungsländern ohne tatsächens-feste Integrationspolitik. Die nächsten machen sich Sorgen um die Zukunft der Eurozone, weitere um den Frieden an den Ostgrenzen der EU. Zu Beginn der 1980er Jahre sorgte man sich um einen Atomkrieg – und zuvor um das Waldsterben. Was davon sind echte Sorgen, die man ernst nehmen muss? Was davon eingebildete Sorgen, die man abtun sollte? Wer entscheidet über Antworten auf diese Fragen? Und aus welchen Gründen soll man dessen Entscheidungen vertrauen – sich also heute ob der Zukunft unserer Einwanderungsgesellschaft nicht sorgen, während man das gestern ob eines Atomkriegs sollte? Und wie soll man sich zu jenen verhalten, die „unbegründete Sorgen“, ja aufgrund der nahegelegten Konsequenzen womöglich „gefährliche Sorgen“, in die Öffentlichkeit tragen? Sie auslachen? Sie ausgrenzen? Ihnen „keine Bühne bieten“? Sie von Straßen und Plätzen verschrecken?

Die Debatte um Dresdens „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida), die während der Wintermonate das Hysterische mehr als nur streifte, hat deutlich gezeigt: Dies alles sind keine bloß akademischen Fragen. Sie stellen sich wirklich, und die Antworten auf sie zerreißen nicht nur Kollegen- und Bekanntenkreise, sondern stören auch Freundschafts- und Familienbeziehungen, wenn man keine rationale Weise findet, mit ihnen umzugehen. Und man tut gut daran, das Thema vom inhaltlichen Streit um Pegida zu lösen. Am bloßen Sonderfall wurde nämlich Allgemeines sichtbar.

Viele der üblichen Kniffe, unangenehmen Themen aus dem Weg zu gehen, versagten damals. „Jener, der da echorich Sorgen Themen vorbringt, hat Dreck am Stecken!“ Können aber wohl nur moralisch untadelige Leute sachlich Recht haben? „Wie stereotypendurchsetzt, ja gemein ist doch jene Sprache, in der da Sorgen formuliert werden!“ Gibt es aber wohl ein ontologisches Form/Inhalts-Gesetz dahin gehend, dass schön Formuliertes richtig, hässlich Formuliertes aber falsch ist? „Da stimmen viele ins Feld geführte Fakten nicht!“ Folgt wohl daraus, dass jemand sich im Einzelnen vertut, dass er insgesamt Unrecht hat? „Man sehe sich nur an, wer alles da mitläuft und Beifall klatscht!“ Ist die Welt so eingerichtet, dass nur jene das Richtige erkennen werden, die man mag – und all jene sich täuschen, die man nicht mag?

Zwar kann man es mit einem *argumentum ex auctoritate* versuchen: „Die“ Fachleute, „die“ kompetenten Politiker, „die“ wichtigsten Intellektuellen sagen nun einmal, dass ... weshalb man ihnen vernünftigerweise glauben möge! Doch was, wenn sich sowohl für das eine wie für sein Gegenteil Fachleute, kompetente Politiker, Intellektuelle als Zeugen finden – und im Internet obendrein jede Menge an offiziellem bis obskurem Bestätigungsmaterial? Zu nicht mehr als bloß Rettungshalmen werden dann technokratisches Argumentieren, ideologisches Bekenntern, toterredende Besserwisserei.

Wie repräsentiert man „besorgte Bürger“?

Natürlich ist es nicht so, dass etwas schon deshalb richtig wäre, weil viele Leute es mit lauter Stimme bekunden. Und aus dem Prinzip der Volkssouveränität folgt auch nicht, mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ wäre darüber entschieden, was sinnvollerweise zu tun sei. Immerhin hat noch kaum jemand ernsthaft die *major pars* mit der *sanior pars* gleichgesetzt, die Mehreren also mit den Klügeren. Nur verhält es sich in Demokratien eben so, dass Eliten – gleich ob in der Politik oder sonst wo – zwar das Volk selbstgerecht als jenen „großen Lummel“ empfinden mögen, der die eigenen Kreise stört und Themen aufbringt, mit denen man nicht befasst werden möchte. Doch ignorieren lässt sich in der Demokratie selbst „lummelhaftes Volk“

nicht – und erst recht nicht, wenn man vermutet, es könnten auch solche Leute Lebenserfahrung und Sachverstand haben, die es nicht in die professionelle Politik, nicht in die Feuilletons, nicht zu den Rotariern geschafft haben. Nicht nur faktisch ist es in einer Demokratie deshalb unklug, Sorgen einfach deshalb abzutun, weil sie „von den falschen Leuten“ oder „im falschen Ton“ vorgebracht werden. Sondern auch normativ gehört sich derlei nicht, weil Demokratie selbst als auf Konkurrenzwahlen gegründete Elitenherrschaft eben nicht um der Eliten, sondern um des Volkes willen besteht.

Gewiss spricht vieles dafür, dass eine repräsentative Demokratie unterm Strich bessere Entscheidungen zeitigt als eine direkte Demokratie. Der letzteren fehlt nämlich eine wesentliche Leistung von Elitegruppen: unter eigenem politischen Risiko die Sichtweisen und Sorgen der Bevölkerung ins Verhältnis mit dem zu setzen, was möglich oder tunlich ist – teils aufgrund der Natur der Sache, teils aufgrund der hier und jetzt nicht zu verändernden Rechtslage, teils aufgrund überzuordnender politischer Gesichtspunkte. In einer direkten Demokratie fehlt sozusagen die Rolle von kundigen Schuhverkäufern. Der Kunde will zwar einen Schuh, der ihm gefällt, doch möglichst einen solchen, der auch hält und bequem zu tragen ist. Dabei kann er sich täuschen; und den Kunden davon abhalten, für einen zwar schön aussehenden, doch letztlich unvorteilhaften Schuh sein Geld auszugeben: Das eben ist die wesentliche Leistung eines guten Verkäufers. Sie ist auch die richtige Rolle von Abgeordneten in einer repräsentativen Demokratie – selbst wenn der Kunde König und der Bürger Prinzipal ist, der Verkäufer oder Politiker aber „nur dessen Agent“.

Also haben gerade „besorgte Bürger“ sehr wenig davon, wenn Politiker ihre Sorgen einfach aufgreifen, verstärken, in Aktionismus umsetzen. Doch sie haben ebenso wenig davon, wenn Politiker ihre Sorgen ignorieren, kleinreden, abtun. Der Mittelweg wäre einmal mehr der richtige: auf Sorgen hören, deren Ursachen thematisieren, Probleme aus den Perspektiven aller Betroffenen ansehen, mögliche von sachlich unmöglichen Lösungswegen unterscheiden, Risiken und Nebenwirkungen jeder Verfahrensweise abwägen, zielführende Optionen anhand offengelegter Wertmaßstäbe beurteilen – und auf diese Weise solche

Politik entwickeln, die nicht nur gut gemeint, sondern auch gut getan ist. Indem Politiker aller Ebenen auf solche Weise Bürgersorgen und Bürgerwünsche redlich und offen diskutieren, und wenn sie das alles nicht unverbindlich in Talkshows erörtern, sondern höchst verbindlich in ihren Parteien, in den Parlamenten und natürlich auch in den Wahlkämpfen: Genau dann und dadurch leisten sie jene „Veredelung des empirisch vorfindbaren Volkswillens“, die Ernst Fraenkel – Sozialdemokrat, Emigrant während der Nazidiktatur und einer der Gründungsväter bundesdeutscher Politikwissenschaft – einst den besonderen Vorteil repräsentativer Demokratie nannte.

Eben durch solche Kommunikationsprozesse werden die Teilsichten von betroffenen Bürgergruppen und Sachexperten mit der – hoffentlich – überwölbenden Gesamtsicht von Politikern in herausgehobenen Ämtern abgeglichen. Entlang bewährter Diskursregeln geführt, können derlei Kommunikationsprozesse auch Eigen- und Widerständigkeit gegen jene Hysterieneigung und Skandalisierungslust von – heutzutage vor allem: „sozialen“ – Medien entwickeln, die derzeit in politischen Diskussionen eine überaus fatale Neigung zur Anpassung an gefühlte Mehrheitsmeinungen, ja mitunter zur öffentlichen Heuchelei an den Tag legen. In solchen Kommunikationsprozessen kann außerdem jenen Teilen der Bevölkerung, die – warum auch immer – ihre Sorgen in einer groben, auf irreführende Deutungsperspektiven fixierten, mit fragwürdigen Signal- und Fahnenwörtern durchsetzten Sprache formulieren, eine bessere Alternative zu ihren bisherigen Rede- und Denkweisen angeboten werden. Sich darum zu bemühen, wäre genau das, was der britische Publizist Walter Bagehot einst die „teaching function“ eines Parlaments nannte.

## Was geschieht, wenn „besorgte Bürger“ nicht repräsentiert werden?

In einer perfekten repräsentativen Demokratie verhielte es sich so: Es gäbe eine Reihe bewährter, staatstragender Parteien, die zwar unterschiedlichen Weltsichten und Prioritäten folgten, doch so weit in ihren Grundwerten und ihren Tatsachenwahrnehmungen übereinstimmten, dass kein Bürger vor einem Regierungswechsel wirklich Angst hätte, son-

dern ihn wie das vielleicht unangenehme, doch immer wieder nötige Öffnen von Fenstern zur Winterzeit empfände. Diese Parteien wären so sensibel für jene Teile der Gesellschaft, in denen sie wurzeln oder ihre Unterstützer finden, dass sie dort aufkommende Ideen, Interessen und Problemempfindungen rasch bemerkten, sie aus ihrem Verursachungszusammenhang heraus verstünden, das Aufkommen neuen Handlungsbedarfs akzeptierten, aus dem eigenen Werte- und Interessenhorizont zielführende Maßnahmen entwickelten, sodann bei der Bürgerschaft um politische Unterstützung einkämen und am Ende, vor oder nach Wahlen, problemlösende Entscheidungen trafen sowie wirkungsvoll umsetzten. Alle Teile der Bevölkerung wären dann durch gerade ihnen gegenüber responsive sowie politisch erprobte Parteien repräsentiert; und bei Wahlen ließe sich darüber entscheiden, welchen Kurs – von mehreren angebotenen, allesamt halbwegs vernünftigen Lösungswegen – die künftige Regierung einschlagen soll.

Falls ein sensibel reagierendes System dieser Art seit Jahrzehnten verlässlich funktioniert, gibt es für die Bürger keine guten Gründe, sich ob der Verschleppung politischer Entscheidungen Sorgen zu machen. Man hat nämlich erlebt: Ganz normale politische Willensbildung reicht aus, um in plausibler Weise Problemlösungen herbeizuführen. Zeiten perfekt funktionierender repräsentativer Demokratie sind aber selten. Häufiger kommt es vor, dass Parteien mit den sie bislang tragenden Bevölkerungsschichten über Kreuz geraten und beim nächsten Urnengang durch Wahlabstinenz oder Stimmvergabe für eine Konkurrenzpartei bestraft werden. Es kommt ebenfalls vor, dass bislang bewährte Parteien das Aufkommen neuer Probleme nicht wahrhaben oder sich nicht dazu durchringen wollen, neue Herausforderungen durch Beschreiten neuer Wege zu bestehen. Falls in einer solchen Lage nennenswerte Teile der Bürgerschaft sehr wohl ein neues Problem sehen und sich ernsthaft wünschen, Politiker sollten es angehen, so entsteht das, was man eine „Repräsentationslücke“ nennen kann: Ein Teil der Bürgerschaft fühlt sich von den etablierten, die bestehende politische Ordnung tragenden Parteien im Stich gelassen. Genau dann öffnet sich Raum für Protest- und Alternativparteien, können gleichsam brachliegende Politikfelder von neuen politischen Kräften bestellt werden.

Tatsächlich dringen in solche Repräsentationslücken immer wieder neue politische Kräfte ein – zunächst auf der Straße, dann in Wahlkämpfen, vielleicht in den Parlamenten, am Ende womöglich in Regierungen. Und je mehr sich Bürger sorgen und bei solchen neuen Gruppierungen aufgehoben sehen, auch mit je mehr Empörung sie darauf reagieren, dass etablierte Parteien in einer solchen Lage erst recht Diskurs- oder Politikverweigerung betreiben, umso heftigere politische Dynamik entsteht. Im schlimmsten Fall gelangen dann Antisystemparteien in die Parlamente, erschweren Regierungsbildung und Gesetzgebung, entsteht gar Hoffnung auf Problemlösungen durch wohlmeinend-autoritäre Herrschaft – und polarisiert sich die Öffentlichkeit. In den meisten europäischen Staaten gibt es derzeit solche Protestparteien, nicht selten mit beträchtlichen Sitzanteilen in den Parlamenten, und oft aus genau den erörterten Gründen. Ist das wirklich gut?

Dabei wäre es nicht schwer, die Vorboten solcher Entwicklungen zu erkennen und rechtzeitig das Richtige gegen sie zu tun. Erkennt denn wirklich niemand, wie töricht es ist, Repräsentationslücken entstehen zu lassen? Und wie dumm ist es, solche Lücken – einmal aufgerissen – in offene Wunden einer politischen Kultur zu verwandeln, nämlich durch Missachtung von Sorgen, durch Wegdrücken vorgebrachter Anliegen, durch Herabsetzung sie artikulierender Bürger? Sieht denn keiner, wie viel klüger es wäre, zunächst einmal durch Kommunikation auf gesellschaftlichen Zusammenhalt auszugehen (nämlich unter Durchsetzung bewährter Diskursregeln und gestützt auf die Überzeugungskraft besserer Argumente) und dann solche Repräsentationslücken wieder zu schließen (nämlich durch problemlösende oder wenigstens sorgenlindernde Politik)? Warum halten es dennoch viele für vernünftig, besorgte und empörte Bürger erst einmal zum Starkmachen von Protestparteien zu reizen – um *anschließend* zu versuchen, diese dann wieder kleinzubekommen? Adelt der Kampf gegen die Folgen eines solchen Fehlers so sehr, dass es begehrenswert wird, ihn zu begehen?

## Problementsorgung durch Ausgrenzung?

So mancher reagiert auf Proteste, die er nicht selbst unterstützt, mit einer Art „politischer



Spinnenfurcht“: Angeekelt und angstgetrieben wird auf den Störenfried eingeschlagen – obwohl dieser meist nur lästig, nicht aber gefährlich ist. Mancher meint auch, eine geschichtlich bekannte schlimme Lage neu heraufziehen zu sehen – und macht sich dann engagiert daran, „den Anfängen zu wehren“. In beiden Fällen entscheidet man sich nicht für Kommunikation, sondern für Ausgrenzung.

Die dafür verwendeten Techniken beginnen mit dem Verzicht darauf, sein eigenes Denken infrage zu stellen und jene Zusammenhänge überhaupt nachvollziehen zu wollen, die den besorgten, vielleicht auch schon empörten Andersdenkenden wichtig sind. Schon weiter ist man mit solcher Ausgrenzung, wenn es als Zeichen besonderer Sachkompetenz gilt, alles das „wegerklären“ zu können, was den Auszugrenzenden überhaupt für ihre Sorgen Anlass gibt. Dann kann man sich über deren „offensichtlich unbegründete“ Ängste lustig machen oder diese als „bloß vorgeschoben“ ausgeben – und die „eigentlichen Gründe“ in zweckgerecht düsteren Farben malen. Noch mehr ist erreicht, wenn dem Gegner ihm wichtige Begriffe weggenommen sind oder zumindest deren öffentlicher Gebrauch unterbunden ist. Dann lassen sich jene Unterscheidungen und Bewertungen, auf die es den Besorgten oder Empörten ankommt, nur noch gegen unmittelbar erhobenen Widerspruch vortragen – und setzt den Gegner allein schon seine Wortwahl ins Unrecht.

Die nächste Stufe des Ausgrenzens ist erreicht, sobald man seinen Gegnern Etiketten anheften kann, von denen „jeder weiß“, dass sie jemanden als „schlechten Menschen“ ausweisen. Am besten beginnt man mit der Einschätzung als „notorischer Querulant“ oder als „Ewiggestriger“. Ansonsten eignet es sich für solche „strategische Etikettierung“ in Deutschland besonders gut, wenn man jemanden als „Rechtspopulisten“, als „Faschisten“ oder – neuerdings populär – als „Rassisten“ hinstellen kann. Und wenn am Auszugrenzenden allzu wenig direkt erkennbar Übles auffällt, hilft meist die Rede vom „Extremismus der Mitte“ weiter. Wer solche Schellen trägt, kann anschließend mit großer Plausibilität um seine öffentlichen Redechancen gebracht werden. Einem Rechtspopulisten oder Rassisten darf man doch wirklich „keine Bühne bieten“; also gehört er nicht mehr als gleichberechtigter Gesprächspartner

in Talkshows – und natürlich auch nicht mehr auf Diskussionspodien oder an Rednerpulte! Perfekt ist es, wenn der Auszugrenzende sich nicht nur Blößen gibt, die dies alles rechtfertigen, sondern wenn er auf solchen Ausgrenzungsdruck auch noch so reagiert, dass er seine Außenseiterrolle eben annimmt und sich trotzig immer mehr ins Unrecht setzt.

Das Ausgrenzen kann aber noch weiter gehen. Anzustreben ist es, den Abweichler vor einen „virtuellen Gerichtshof“ zu bringen – etwa: ihn in einer Talkshow „fertigzumachen“ und den Videoclip dann auf Youtube zu stellen. Vielleicht kann man dem Auszugrenzenden auch ein echtes staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren anhängen, es wird schon etwas hängenbleiben! Das Ziel ist erreicht, wenn der Auszugrenzende als „nicht mehr ernst zu nehmen“ gilt, nicht mehr als ein „redlicher Fachmann“, ja vielleicht nicht einmal mehr als ein „akzeptabler Mitbürger“ angesehen wird.

Auf dem Weg zu diesem Ziel ist es besonders nützlich, den Auszugrenzenden als die Erscheinungsform eines für die Allgemeinheit gefährlichen *Typs* auszugeben. Dann nämlich richtet sich das Ausgrenzungsverlangen nicht mehr gegen einen – unter anderen Umständen vielleicht gar halbwegs sympathischen – Mitmenschen oder sein Tun, sondern gegen „das Böse“ sowie gegen dessen Verkörperung im „Feind“. Das erlaubt dann auch schwer zu entkräftende Ansprüche auf eigene moralische Überlegenheit. Und zum Abschluss gelangt das Ausgrenzen, wenn der Gegner sich aus der Öffentlichkeit zurückzieht, in einer Diktatur vielleicht eingesperrt oder exiliert, womöglich auch umgebracht wird – und er in einer Demokratie wenigstens keine Chancen mehr besitzt, bei Wahlen eine nennenswerte Stimmenanzahl zu erreichen. All diese Ausgrenzungsschritte lassen sich aufs Beste mit Hämie gegenüber „den Bösen“ und mit sich selbst feiernden symbolischen Aktionen „der Guten“ abrunden.

Vieles von alledem war – einmal mehr – beim Umgang mit Pegida zu beobachten. Doch einmal für ihre Analyse sensibilisiert, lassen sich diese Ausgrenzungsverfahren stets ganz unabhängig davon erkennen, wann und wo, auch gegen wen oder gegen was sie eingesetzt werden – und natürlich ebenfalls ganz unabhängig davon, ob diese Methoden „den Guten“ oder „den Bösen“ dienen, ob man sie



selbst nutzt oder abzuwehren versucht. Es ist Kinderart, solche Verfahren zu verwenden, ohne zu wissen, was man da tut. Und es wäre kindisch, die mitunter fiese Verwendung dieser Methoden samt deren oft schädlichen Nebenwirkungen einfach deswegen zu bestreiten, weil man sie selbst einsetzt – und sei es für einen guten Zweck. Das alles vor Augen, dürfte klar sein: Wenn es darum geht, eine freiheitliche politische Kultur gegen ihre Gegner zu verteidigen, ist derlei Ausgrenzung höchst angebracht; doch wenig nützen solche Methoden, wenn pragmatische Problemlösungspolitik vonnöten wäre.

## Was tun?

Es dürfte deutlich geworden sein, dass viel politische Energie immer wieder auch dort verschwenderisch ins Ausgrenzen investiert wird, wo man seine Kraft besser auf problemlösende Politik verwenden sollte. Auf Dresdens Straßen ist – beispielsweise – Pegida inzwischen dezimiert, in anderen deutschen Städten ohnehin kaum mehr erwähnenswert. Doch die Pegida-Kandidatin erhielt trotz aller „Ausgrenzeritis“ bei der Dresdner Oberbürgermeisterwahl rund 21000 Stimmen, was einem Zehntel der Wähler und fünf Prozent der Wahlberechtigten entsprach. Bundesweit würde das ausreichen, um eine unerprobte Protestpartei in den Bundestag zu wählen. Hätten wir wohl politisch genug gekonnt, wenn es so weit käme?

Warum vertrauen wir in solchen Lagen nicht den Prinzipien jenes Pluralismus, den wir doch sonst so gerne in Sonntagsreden und bei der politischen Bildungsarbeit beschwören? Dessen Grundgedanke ist es, die jeweils vorhandene Vielfalt von Problemsichten und Interessen erst einmal so hinzunehmen, wie sie ist, ja real Umstrittenes auch ausdrücklich als umstritten darzustellen – und das alles weniger als Gefahr denn vielmehr als eine *Ressource* wechselseitigen *Lernens* zu behandeln. Gelernt aber wird durch gemeinsames *Streiten* darüber, ob – und welche – Sorgen zu Recht bestehen, welche Art von Empörung begründet, welche andere aber nur selbstgerecht ist, und was es folglich zu tun oder zu lassen gilt.

Natürlich braucht solcher Streit auch verbindenden Konsens. Der aber muss – eben der Möglichkeit inhaltlichen Streitens willen – beschränkt sein auf freiheitssichernde und frie-

denstiftende Minima. Zu diesen gehört, erstens, Konsens über gemeinsame Grundwerte. Diese reichen – so das Bundesverfassungsgericht schon 1952 – von den Menschenrechten, die jede Form von Rassismus inakzeptabel machen, bis zum Recht aufs Dagegensein, was auch das Recht auf Torheit einschließt. Zweitens braucht es Konsens über die Spielregeln des Streitens. Diese reichen von der Verpflichtung auf physische und psychische Gewaltlosigkeit bis hin zur Einhaltung grundlegender Diskursregeln. Drittens braucht es Konsens über jene Stätten, an denen welche Art von Streit zu führen ist. Das meint unter anderem: Auf der Straße wird demonstriert und gegedemonstriert; entschieden aber wird in den Parlamenten – und deren reale Mehrheiten werden auch nicht dadurch außer Gebrauch gesetzt, dass man sich auf der Straße zuschreibt, wahlweise „das Volk“ oder „die Guten“ zu sein.

Doch statt sich mit einem Gegner auf der Grundlage solchen Minimalkonsenses auseinanderzusetzen, liegt oft (wie unlängst beim Umgang mit Pegida so deutlich zu sehen war) der schlichte Wunsch nahe, den Andersdenkenden eben auszugrenzen – so, als ob sich dadurch auch schon seine Anliegen oder Sorgen erledigten. Offen kann hier bleiben, ob zur damaligen Diskursverweigerung eher ein Überschuss an gutem Willen beim Eintreten für unsere freiheitliche Ordnung geführt hat oder ein Übermaß an Sorgen über den Fortbestand unserer Demokratie, vielleicht auch besonders große Empörung über unerwartete „Wutbürger von rechts“ – oder gar die Arroganz des *juste milieu* unserer Republik. Klar ist hingegen, dass die Ursachen jener Sorgen, die sich bei Pegida Luft gemacht haben, weiterhin bestehen: vom passiv hingenommenen Einwanderungsgeschehen und den Problemen, die beim Wandel hin zu einer Einwanderungsgesellschaft entstehen, über sich verschärfende Verteilungskonflikte im unteren Drittel unserer Gesellschaft bis hin zum risikoreichen Umgang mit Russland. All diese politischen Herausforderungen dürften noch etliche Jahre lang vielerlei Anlass für Demonstrationen und Wählerprotest geben. Hoffentlich gehen wir dann klüger mit besorgten Bürgern und empörten Demonstranten um als im vergangenen Winter und Frühjahr – gerade dann, wenn wir doch für Freiheit, Demokratie und Pluralismus sowie für die Nachhaltigkeit all dessen stehen!

# Die neuen Rechten – Keine Nazis und trotzdem brandgefährlich

Essay

Die Stimmung in Deutschland im Jahr 2015 ist angespannt: Nach den „Spaziergängen“ der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) seit Herbst 2014 in Dresden und anderen Städten sowie den anhaltenden Diskussionen darüber scheint

**Christoph Giesa**  
Geb. 1980; freier Autor und Berater, lebt in Hamburg.  
www.christophgiesa.de  
info@christophgiesa.de

es in Teilen der Gesellschaft – und zwar ausdrücklich nicht nur an ihren Rändern – zunehmend salonfähig geworden zu sein, fremdenfeindliche Haltungen offen zu vertreten. Unter dem Schutzmantel der freien Meinungsäußerung wird im sächsischen Heidenau und andernorts inzwischen mit bösartigsten Parolen gegen die Unterbringung von Geflüchteten demonstriert, während sich der Hass im Internet ohnehin ungezügelt Bahn bricht.

Dennoch ist die Einordnung nicht einfach: Denn das entsprechende Gedankengut gedeiht nicht nur auf den Straßen strukturschwacher Regionen oder in einschlägigen Onlineforen, und es wird auch keineswegs nur von Leuten verbreitet, die sich selbst als rechtsradikal bezeichnen würden. Aber womit hat man es dann zu tun? Die Antwort ist in einer Bewegung zu suchen, die nicht nur andere Vorbilder hat, sondern auch andere Strategien verfolgt als Rechtsextremisten mit Sympathien für Hitler und den Nationalsozialismus. Zugleich hängt sie aber einem Gedankengut an, das alles ist, was die liberale Gesellschaft, in der wir leben, nicht sein will: autoritär, antidemokratisch, antiwestlich, fremdenfeindlich und homophob. Die Rede ist von der „Neuen Rechten“.

Eine wichtige Vorläuferbewegung entstand Anfang der 1970er Jahre in Frankreich unter dem Namen „Nouvelle Droite“ und wurde maßgeblich von dem Publizisten Alain de Benoist geprägt. Inzwischen haben sich auch in Deutschland Strukturen herausgebildet, die es ihren Vertretern ermöglichen, in etablierte Organisationen wie Parteien und Medienhäuser hineinzuwirken. Um das gesamte Phänomen besser beleuchten zu können und nicht an der etwas engen wissenschaftlichen Definition haltzumachen, werde ich im weiteren Verlauf dieses Textes „neue Rechte“ bewusst klein schreiben.

Eine wichtige geistige Grundlage für die neurechten Bewegungen bildet das Denken und Wirken mehrerer rechter Intellektueller aus der Weimarer Zeit, die unter dem Begriff „Konservative Revolution“ subsumiert werden und in den 1920er Jahren gegen die junge Demokratie agitierten. Einige ihrer bekanntesten Vertreter waren Arthur Moeller van den Bruck, Oswald Spengler, Edgar Julius Jung und Carl Schmitt. Zu ihren Stärken gehörte die Fähigkeit, in der Regel radikales Denken und bürgerliche Erscheinung zusammenzubringen. So waren die Protagonisten damals in der Mitte der Gesellschaft verankert, bewegten sich in Salons und Lesezirkeln, publizierten in durchaus auflagenstarken Zeitungen und Zeitschriften, sowohl im extremen Spektrum als auch im konservativen, teilweise sogar im Gewerkschaftsmilieu. Einige von ihnen gerieten später in Konflikt mit den Nazis, manche verloren dabei sogar ihr Leben. Trotzdem gilt etwa Arthur Moeller van den Brucks Buch „Das Dritte Reich“ von 1923 bis heute als eines der einflussreichsten Werke für den Aufbau des Nationalsozialismus.

Die Orientierung an den Protagonisten der Konservativen Revolution hat für die heutigen Nachahmer einen großen Vorteil: Viele Behauptungen und Forderungen, die man von neurechter Seite vernimmt, hören sich zunächst nicht nach rechter oder faschistischer Ideologie an. Das ist natürlich gewollt – wer sich heute zu Hitlers Ideen oder Goebbels' Demagogie bekennt, ist morgen geächtet. Trotzdem: Mit einer Mischung aus einer Analyse, die das Politische entmenschlicht, einem Zynismus gegenüber Minderheiten, einer Verachtung für die „weibische“

Demokratie und der Begeisterung für eine Ästhetik der Stärke tritt sie gleichermaßen elitär wie brachial auf. Sie geriert sich intellektuell, schwört der Gewalt ab und verbreitet doch puren Hass auf alles, was unsere heutige Gesellschaft lebenswert macht.

Wie giftig dieser Cocktail sein kann, zeigen zwei Beispiele, die eine gewisse mediale Aufmerksamkeit auf sich zogen. Im Januar 2015 erklärte Michael Miersch, einer der Gründer des einst liberal-konservativen Blogs „Achse des Guten“, dass er sich als Autor und Herausgeber des Blogs zurückziehen werde. Er begründete seinen Schritt mit dem veränderten Charakter der „Achse“. Weitgehend unbemerkt seien jene Gedanken, gegen die sich der Blog anfangs gerichtet hatte, genau dort tonangebend geworden. „Der kulturpessimistische, anti-westliche, national-konservative Gegenpol zur Achse wurde damals von Publizisten wie Konrad Adam und Alexander Gauland repräsentiert“, konstatierte Miersch mit Blick auf die Anfangszeit des Blogs. Obwohl genau diese Herren zur Führung der AfD zählten, seien auf der „Achse“ inzwischen jene Autoren „eindeutig in der Überzahl“, die Verständnis für AfD und Pegida hätten. Miersch machte seine Beobachtungen an dem im Blog zu beobachtenden „monokulturellen Dünkel“ fest, an absurden Behauptungen wie „die EU ähnele immer mehr der UdSSR und der Euro sei die schlimmste Destruktion seit dem Zweiten Weltkrieg“ oder anderen (neurechten) Ansichten wie die, „dass das heutige Deutschland dekadent ist“ oder „sexuelle oder andere Abweichungen von der Norm Verfallserscheinungen sind.“<sup>1</sup>

Die Erfahrung, dass neurechtes Gedankengut in den eigenen Reihen an Deutungsmacht gewinnt, machte auch eine andere, ehemals angesehene Organisation aus dem liberal-konservativen Spektrum. Die Rede ist von der Hayek-Gesellschaft. Deren damalige Vorsitzende, die Wirtschaftspublizistin Karen Horn, wie Miersch gänzlich unverdächtig, einen linksliberalen Freiheitsbegriff zu pflegen, schlug in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ im Mai 2015 mit deutlichen Worten Alarm: „Gewöhnt, dass die Angriffe auf die Freiheit seit Ende des Zweiten Weltkriegs vor

<sup>1</sup> Michael Miersch, Na dann ohne mich, 20.1.2015, [www.achgut.com/dadgd/index.php/dadgd/article\\_na\\_dann\\_ohne\\_mich](http://www.achgut.com/dadgd/index.php/dadgd/article_na_dann_ohne_mich) (18.9.2015).

allem von der linken Seite des politischen Spektrums kamen“, hätten viele Liberale „die rechte Gefahr nicht erkannt“; es drohe eine Unterwanderung liberaler Kreise. Und sie fragt zu Recht: „Wo nur kommt der Brass auf Ausländer in den eigenen Reihen her? Das Schönreden von Diskriminierung? Die Ausfälligkeiten gegenüber Gleichstellung, Inklusion und Integration? Die Sticheleien gegen Homosexuelle? Das Gerede von der ‚natürlichen Bestimmung der Frau‘? Die schrillen Aufrufe zur ‚Re-Evangelisierung des Abendlandes‘, von der das Überleben der Zivilisation abhängt?“<sup>2</sup> Es folgte ein erbitterter Richtungskampf innerhalb der Hayek-Gesellschaft, der mit dem Austritt Horns sowie zahlreicher weiterer Mitglieder schließlich zur Spaltung des Vereins führte.

In den Beispielen klingt es bereits an: Die Agitatoren, mit denen sich Miersch und Horn auseinandersetzen, inszenieren sich (nicht nur in diesen Fällen) als Opfer. Strategisch ist das ein kluger Schachzug. Schon Arthur Moeller van den Bruck behauptete in den 1920er Jahren, die Weimarer Demokratie „suchte jede Stimme zu unterdrücken, die sich gegen diese ihre Politik erhob. Sie verfolgte die nationale und die radikale Opposition, statt sich ihrer gegen den gemeinsamen Feind deutscher Nation zu bedienen.“<sup>3</sup> Heute heißt es, man sei ein Opfer der „herrschenden Kaste“, der „Mainstreammedien“, der „Gutmenschen“ und insgesamt des „Systems“. Ansonsten hat sich an der Argumentation wenig geändert. Die Strategie tritt immer deutlicher zutage: Wer die ganze Zeit vor einem „Meinungsdiktat“, „Denk- und Sprechverboten“ und „Zensur“ warnt, gerät zunächst nicht in Verdacht, selbst andere Meinungen ausschließen zu wollen. Schaut man allerdings genauer hin, wird klar: Aus einem inszenierten Abwehrkampf, einer vorgeschobenen Notwehrsituation, ist längst ein Angriff geworden.

## Hass als Triebfeder

Woher kommt all dieser Hass? Allein die Frage danach birgt schon gefährliche Fallstricke. Denn dass jedes menschliche Handeln einen

<sup>2</sup> Karen Horn, Die rechte Flanke der Liberalen, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 17.5.2015, S. 20.

<sup>3</sup> Arthur Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, Berlin 1923.

legitimen Grund haben muss, dürfte eines der größten Missverständnisse unserer Zeit sein. Jean-Paul Sartre stellte schon vor Jahrzehnten fest, dass der Schlüssel zum Antisemitismus der Antisemit sei, nicht der Jude. Warum sollte das bei Muslimen, Homosexuellen oder anderen Minderheiten anders sein? „Der Hass klagt an ohne Kenntnis der Fakten. Der Hass urteilt, ohne begreifen zu wollen. Der Hass verurteilt willkürlich. Er hat vor nichts Respekt, er sieht sich als Objekt einer universellen Verschwörung. Am Ende, erfüllt vom Ressentiment, gegen alle Argumente gefeit, zieht er eigenmächtig und großspurig einen Schlussstrich, indem er zubeißt. Ich hasse, also bin ich“, brachte der Philosoph André Glucksmann das Phänomen später auf den Punkt.<sup>f</sup>

Für den aufgeklärten Menschen in uns ist das schwer nachzuvollziehen. Wir wollen uns in keinem abgeschlossenen Weltbild einrichten, wir wollen nicht vorschnell urteilen, auch wenn wir den Impuls alle kennen. „Der vernünftige Mensch sucht unter Qualen“, schrieb schon Sartre. „Er weiß, dass seine Schlüsse nur wahrscheinlich sind, dass sie durch andere Betrachtungen zu Zweifeln werden; er weiß nie genau, wohin er geht; er ist ‚offen‘, er kann als Zauderer gelten.“ Der Hassende hingegen entscheidet sich bewusst gegen diesen Weg des Hinterfragens. Er sucht, wie Sartre es formuliert hat, die „Abgeschlossenheit“, oder, wie man es heute wohl sagen würde: einfache Antworten. Sartre wusste: „Sie wollen keine erworbenen Anschauungen, sie erstreben angeborene; da sie Angst vor dem Denken haben, möchten sie eine Lebensweise annehmen, bei der Denken und Nachforschen nur eine untergeordnete Rolle spielen, wo man immer nur nach dem forscht, was man schon gefunden hat, wo man immer nur wird, was man schon war.“<sup>f</sup>

Dadurch, dass die „Pegidisten“ und ihre neu-rechten Stichwortgeber jemanden haben, dem sie negative Eigenschaften zuschreiben können, sind sie nicht gezwungen, sich im Vergleich zu ihresgleichen zu betrachten. Selbst der letzte Versager kann sich noch zur Elite zählen, wenn er seine Hautfarbe, seine Religion, sein

Geschlecht oder seine sexuelle Neigung dadurch aufwertet, dass er alle, die anders sind, abwertet. Ob sie selbst auch nur das Geringste etwa zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands oder dem Funktionieren unserer Demokratie beigetragen haben, spielt keine Rolle: Im Vergleich zu einem vor Folter geflüchteten Raketenwissenschaftler aus Syrien sieht sich selbst ein sich von Dschungelcamp zu Dschungelcamp hangelnder „deutscher Michel“ qua Geburt, Haut- und Haarfarbe mit einem nicht einzuholenden Vorsprung ausgestattet.

Nicht nur Minderheiten sind es übrigens, auf die sie ihren Hass projizieren und den sie für alles, was in ihrem Leben schief läuft, verantwortlich machen. Auch der Staat lässt sich dafür bestens nutzen. Der dient dann vasallenhaft immer genau jenen, die sie gerade für die Hauptschuldigen an, nun ja, allem Übel auf der Welt halten: entweder dem „Ostküstenkapital“, den „Rothschilds“ oder irgendeiner Lobby. Damit ist die Ausrede perfekt: Warum sollte man einem solchermaßen fremdgelenkten Staat noch Respekt zollen? Warum sich nach seinen Gesetzen richten? Warum Steuern zahlen – noch dazu, wenn man dem Irrglauben anhängt, das Hauptziel der aus dem Ausland gesteuerten Regierung und Medien bestehe vor allem darin, die „richtigen“ Deutschen bluten zu lassen? So weicht der verschämte, anonyme Hass dann auch dem offenen. Dem Hass, zu dem man mit seinem Gesicht und seinem Namen steht – weil man überzeugt ist, dass es ein gerechter Hass ist.

## Von der Hoheit über das Denken zur Gegenrevolution

Der Erfolg der neuen Rechten ist dabei übrigens nicht von Umfragewerten oder Wahlergebnissen für die AfD oder den Teilnehmerzahlen von Pegida abhängig: Um die gesellschaftliche Atmosphäre zu vergiften, braucht es weder eine parlamentarische Mehrheit noch eine flächendeckende Präsenz in den Parlamenten. Karlheinz Weißmann, seit Langem einer der führenden Köpfe der neurechten Bewegung in Deutschland, sieht eher Parallelen zum Vorgehen der 68er: „Sicher nicht im Sinne einer Kopie, aber doch schon so, dass man sich die Mittel der Subversion aneignet und vor allem die Methoden der Herrschenden entlarven muss. Die Kritik der Verhält-

<sup>f</sup> André Glucksmann, *Hass – Die Rückkehr einer elementaren Gewalt*, München–Wien 2005, S. 10.

<sup>f</sup> Jean-Paul Sartre, *Überlegungen zur Judenfrage*, Hamburg 1994 (1944), S. 15, <http://zeitgenoessischeaesthetik.de/wp-content/uploads/2013/07/SartreUeberlegungen.pdf> (18.9.2015).

nisse wäre das erste, was zu leisten ist, dann kommt alles andere: Gegenaufklärung – Gegenöffentlichkeit – Gegenrevolution.“<sup>16</sup>

Das erste Zwischenziel ist also nicht, formale Macht über Entscheidungen zu erlangen, sondern die faktische Deutungshoheit zu wichtigen Themen – und damit die Macht über die Gedanken der Menschen. Diese Fähigkeit, gesellschaftliche Diskurse im vopolitischen Raum so zu dominieren, dass die eigenen Interessen von anderen übernommen und am Ende als gesamtgesellschaftliche Interessen wahrgenommen werden, wird in der neuen Rechten unter dem Benoist-Begriff „Metapolitik“ diskutiert.

Die Verschleierung der wahren Ziele beugt Verboten vor und führt dazu, dass sich nur einige Landesämter in ihren Verfassungsschutzberichten mit dem Phänomen der neuen Rechten auseinandersetzen. Dass die Überlegungen und Pläne von deren Szenehelden deswegen weniger radikal wären als die derjenigen, die unter verschärfter Beobachtung stehen, lässt sich klar verneinen. Gerade weil die neue Rechte es schafft, sich kommunikativ immer noch innerhalb der Grenzen des Legalen zu bewegen, ist sie auf lange Sicht so gefährlich. Oder um es mit Peter Glotz zu sagen, der schon Ende der 1980er Jahre vor der Bewegung warnte: Die neue Rechte „bildet ein core curriculum, einen Lehrplan“ heraus, der „für die liberale, aufgeklärte, im Kern laizistische, tolerante Zivilgesellschaft eine weit größere Gefahr bedeutet als das, was unsere Polizisten beobachten“.<sup>17</sup>

## Debatte als richtige Reaktion?

Wie geht man nun mit diesen Entwicklungen um? Einer der wichtigsten Ansätze ist und bleibt die Überzeugungsarbeit mit der Macht des Wortes. Diese muss Hand in Hand mit dem Versuch gehen, dem Misstrauen im Allgemeinen entgegenzuwirken. Wer mit einem Bauchgefühl, dass er es in Politik und Medien ohnehin nur mit Dienern fremder Interessen und Mächte zu tun hat, an Themen herangeht, der ist für Populismus jeglicher Art empfänglicher als diejenigen, die – ohne dabei unkritisch zu sein – immer noch ein Grundvertrauen in die demokratischen Institutionen haben. Sich genau zu

<sup>16</sup> Karlheinz Weißmann, *Unsere Zeit kommt*, Schnellroda 2006, S. 69.

<sup>17</sup> Peter Glotz, *Die deutsche Rechte*, Stuttgart 1989, S. 38.

überlegen, mit welchen Begriffen man Kritik an bestehenden Missständen formuliert – und die Vermeidung des antidemokratischen Vokabulars der neuen Rechten – wäre schon ein erster Schritt zur Entschärfung der Debatte.

Auch inhaltlich kann man einiges tun, etwa beim aktuell viel diskutierten Thema der Spannungen zwischen Religionen und Kulturen. In der neurechten Szene werden alle Indizien ausgeschlachtet, die auf einen nicht mehr aufzuhaltenden „Clash of Civilizations“ (Samuel Huntington) oder auf weltweite Religionskriege hinweisen könnten. Die Absicht ist klar: Seht her, die passen nicht zu uns, also schotten wir uns lieber ab! Die Völker und die Religionen bleiben besser unter sich, will man sagen, und unterstützt damit das neurechte Konzept des Ethnopluralismus.

Nun wäre es natürlich töricht, die real existierenden Probleme und Auseinandersetzungen, die vermeintlich im Namen von Religionen ausgetragen werden, zu verleugnen. Und doch hilft die Verkürzung der Debatte, der Verweis auf das Konfliktpotenzial, nicht, wie etwa Claus Dierksmeier, Direktor des Weltethos-Institutes in Tübingen, im Gespräch mit dem Autor feststellt. „Die Gemeinsamkeiten, die in den Religionen an sich angelegt sind, sind viel größer als bekannt. Und eigentlich im Alltag auch viel mächtiger, als die Unterschiede, die heute im Fokus der Öffentlichkeit stehen“, gibt er zu bedenken. Seine jahrzehntelange Forschung habe gezeigt, dass sich über alle Grenzen von Kulturen, Religionen und Generationen hinweg immer wieder zwei Prinzipien und vier Werte förderlichen Umgangs miteinander bewährt hätten. Dazu gehören die Regel der Gegenseitigkeit und das Prinzip der Menschlichkeit sowie das Streben nach den Werten der Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit und Partnerschaft der Geschlechter. „Diese sechs Weisungen sind der Kern einer ethischen Haltung, die Menschen überall auf der Welt und stets zu verantwortlichem Handeln inspiriert haben“, sagt Dierksmeier. Wer das weiß, kann sicher so manche Debatte in eine andere Richtung drehen.

## Tabus verteidigen

Aber was macht man nun mit denjenigen, mit denen ein Dialog nicht mehr möglich ist, weil sie ihn verweigern? Die Antwort ist in der



Theorie einfach, verlangt einem in der Realität allerdings einiges ab: Gegenhalten, Grenzen setzen, Tabus verteidigen. Der römische Dichter Lucius Accius hat schon vor Christi Geburt eine seiner Figuren den Satz sagen lassen: „Mögen sie hassen, wenn sie nur fürchten.“ In diesen Worten steckt die Erkenntnis, dass sich der Hass niemals ganz beseitigen, sondern höchstens kontrollieren lässt. Inzwischen haben einige derjenigen, die etwa auf Facebook unter Klarnamen ihrem Hass gegen Ausländer oder Juden freien Lauf ließen, ein Strafverfahren am Hals und sind ihren Job los.

Wenngleich es sich inzwischen eingebürgert hat, Tabus grundsätzlich schlecht zu finden – so einfach sollte man es sich nicht machen. Auch Dinge wie Anstand und Rücksichtnahme basieren letztlich auf Tabus. Manche von ihnen unterliegen Moden und einem zeitlichen Wandel, etwa wenn es um Kleidung oder Sexualität geht. Andere Tabus wiederum sichern das gedeihliche Zusammenleben unterschiedlichster Menschen. Es verwundert daher nicht, dass diejenigen, die die Axt an die Pfeiler unserer Gesellschaft legen wollen, sich den Kampf gegen Tabus auf die Fahnen geschrieben haben.

Denen kann man das eine oder andere Eingeständnis ihrer Vordenker zum Kauen geben. Karlheinz Weißmann etwa formulierte: „Der Irrtum oder die vorgeschobene Behauptung der Linken war ja, dass eine Existenz ohne Tabus, ohne Bindung, ohne Institutionen möglich sei. Davon ist keine Rede. Es geht nur darum, dass die richtigen Leute mit den richtigen Vorstellungen die Tabus setzen, die Bindungen schaffen und erhalten und die Institutionen führen.“ Auf die Nachfrage seines Gesprächspartners, wer denn nun die „richtigen Leute“ seien, antwortete er mit entwaffnender Arroganz: „Wir.“<sup>18</sup> Hat man diese Absicht einmal durchschaut, ergibt sich der Umgang damit fast von allein: Schafft man es, bestehende gesellschaftliche Tabus zu verteidigen, kommt man gar nicht erst in die Lage, gegen die Tabus der neuen Rechten ankämpfen zu müssen.

## Wachsam bleiben

Auch in einer Demokratie gibt es übrigens keine Pflicht, jeden Unsinn zu debattieren. Wer mitreden und mitgestalten will, der sollte zu-

mindest die Bereitschaft zu ernsthaften Diskussionen und Kompromissen erkennen lassen. Wer seine Meinung absolut setzt, wer keine anderen Argumente gelten lässt, steht außerhalb der Runde. Das gilt ebenso für all diejenigen, die ganze Bevölkerungsgruppen als Feindbild etablieren wollen. In einer Gesellschaft, in der das Individuum zählt und Sippenhaft nicht gilt, ist das der Moment, das Gespräch abubrechen – und dem Gegenüber das auch deutlich mitzuteilen. Wer sich etwa darauf einlässt, darüber auch nur zu diskutieren, ob der pure Hass gegenüber einer bestimmten Gruppe von Menschen nicht von dieser selbst zu verantworten sei, ermöglicht denen, die diesen Ansatz vertreten – der ganz nebenbei schon seit Jahrhunderten die Basis für rassistische und insbesondere auch antisemitische Pogrome ist – schon den ersten Erfolg.

Die Publizistin Lena Gorelik hat 2014 über den Antisemitismus geschrieben, dieser mache „von seiner Wandelbarkeit Gebrauch“. Er passe sich „den jeweiligen politischen Gesellschaftsformen, aktuellen Sprachcodes und der jeweils diskutierten Themen an, nimmt Strukturen an, mit denen er sich am besten tarnen kann – als das, was er niemals ist: Gesellschaftskritik beispielsweise, eine einzelne Meinungsäußerung, ein Ausdruck der Angst oder ein konstruktiver Beitrag zu einer politischen Debatte“.<sup>19</sup> Diese Beschreibung trifft genauso auf neurechtes Gedankengut zu – wenig überraschend, dass der Antisemitismus, wenn auch nicht offensichtlich, so doch oft genug unterschwellig Teil des Wertekanons dieses Milieus ist. Und in Gorelik's Beobachtung liegt auch schon die größte Herausforderung für die demokratische Mehrheitsgesellschaft: Sie wird sich niemals zurücklehnen und glauben können, das Problem durch eine klare Beschreibung schon halb gebannt zu haben. Die neue Rechte wird irgendwann, in nicht allzu ferner Zukunft, wieder eine alte Rechte sein, weil sie wiederum selbst von anderen, neuartigen Formen des Menschenhasses abgelöst werden wird. Es ist ein ewiges Hase- und Igelspiel. Und wer jeweils Hase und wer Igel ist, wird sich immer wieder neu beweisen müssen.

<sup>19</sup> Lena Gorelik, „Man wird doch noch mal sagen dürfen ...“ Antisemitismus in Hoch- und Populärkultur, in: APuZ, (2014) 28–30, S. 3–9, hier: S. 3.

<sup>18</sup> K. Weißmann (Anm. 6), S. 74.



Frank Decker

# AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte

Auf der Landkarte des europäischen Rechtspopulismus war die Bundesrepublik Deutschland lange Zeit ein weißer Fleck.

**Frank Decker** Dr. rer. pol., geb. 1964; Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Lennéstraße 27, 53113 Bonn. frank.decker@uni-bonn.de

Zwar hat es auch hier seit Mitte der 1980er Jahre gelegentliche Wahlerfolge verschiedener rechtspopulistischer und rechtsextrimer Gruppierungen gegeben – von den Republikanern über die Schill-Partei bis hin zur NPD. Diese blieben aber im Wesentlichen auf die regionale Ebene der Landtagswahlen beschränkt und führten nicht zur dauerhaften Etablierung einer Rechtsaußenpartei im nationalen Rahmen.<sup>1</sup> Mit dem Aufkommen der euro(pa)kritischen Alternative für Deutschland (AfD) änderte sich das. Bei der Bundestagswahl 2013 noch knapp an der Fünfprozentmarke gescheitert, gelang dem Neuankommeling ein gutes Jahr nach seiner Gründung bei den Europawahlen Ende Mai 2014 mit 7,1 Prozent der Stimmen ein eindrucksvoller Erfolg. Noch weit aus bessere Ergebnisse erzielte die AfD bei den im Spätsommer folgenden Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Etwas geringer blieb der Zuspruch bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg (Februar 2015: 6,1 Prozent) und Bremen (Mai 2015: 5,5 Prozent), was jedoch ausreichte, um erstmals auch im Westen in die Landesparlamente einzuziehen.

Stellt die Ankunft des neuen Rechtspopulismus im deutschen Parteiensystem eine Annäherung an den (west)europäischen Normalzustand dar, der bei ausländischen Beobachterinnen und Beobachtern zwar aufmerksames Interesse, aber keine ech-

te Besorgnis auslöste, so rieben sich dieselben Beobachter erstaunt die Augen, als im Gefolge der ostdeutschen AfD-Wahlerfolge eine Bewegung namens Pegida („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden seit Oktober 2014 Tausende von Menschen Woche für Woche zu Massendemonstrationen auf die Straße lockte. Die aus einer Facebook-Gruppe hervorgegangene Pegida bildete rasch Ableger in anderen ost- und westdeutschen und sogar ausländischen Städten (Wien, Kopenhagen, Newcastle). Deren Zulauf blieb aber nicht nur deutlich hinter dem Dresdner Original, sondern auch hinter den nun geballt einsetzenden Gegendemonstrationen zurück. Letztere waren in ihrer Wirkung insofern ambivalent, als sie die mediale Aufmerksamkeit für Pegida über Gebühr verstärkten. Tatsächlich handelte und handelt es sich bei Pegida in hohem Maße um ein regionales – ostdeutsches und sächsisches – beziehungsweise lokales – Dresdner – Phänomen.<sup>2</sup> Dass der Rechtspopulismus in den „neuen“ Ländern ein günstigeres Terrain vorfindet als in den „alten“, lässt sich auch an den Wahlergebnissen der AfD ablesen.

## Ursprünge und Erfolgsursachen

Wenn dem so ist, bleibt die Frage, warum der Rechtspopulismus in Deutschland erst seit jüngster Zeit so lautstark auftritt und organisatorische Strukturen ausbildet. Aus der vergleichenden Forschung weiß man, dass es in der Regel einer bestimmten gesellschaftlichen Krisenkonstellation bedarf, um solche Parteien und Bewegungen hervorzubringen. Im Falle der AfD war dies die Finanz- und Eurokrise. Sie öffnete das Gelegenheitsfenster für eine neue, EU-kritische Partei, deren programmatische Kernforderungen – kontrollierte Auflösung der Währungsunion und Absage an eine weitere Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses – geeignet waren, um daran eine breitere rechtspopulistische Agenda anzudocken.

<sup>1</sup> Vgl. Frank Decker, Warum der parteiförmige Rechtspopulismus in Deutschland so erfolglos ist, in: *Vorgänge*, (2012) 1, S. 21–28.

<sup>2</sup> Vgl. Werner J. Patzelt, Was ist Pegida – in Dresden und anderswo?, in: *Forum Politikunterricht*, 28 (2015) 1, S. 34ff.

Betrachtet man die Entstehungsgeschichte der Partei genauer, zeigt sich, dass sie dabei auf ein bereits vorhandenes Netzwerk an gesellschaftlichen und politischen Strukturen zurückgreifen konnte. Die AfD fing also bei ihrer offiziellen Gründung im April 2013 nicht bei Null an.<sup>3</sup> Als Vorläufer und Sammlungsbewegungen im Vorfeld sind unter anderem zu nennen: die im Gefolge des Maastricht-Vertrags 1993 entstandene und 2000 wieder aufgelöste europakritische Partei Bund freier Bürger, die Hayek-Gesellschaft, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, das Bündnis Bürgerwille, die Wahlalternative 2013 und das von Beatrix von Storch initiierte fundamental-christliche Kampagnennetzwerk Zivile Koalition. Dies weist darauf hin, dass die Verbindung von wirtschaftlich liberalen und gesellschaftlich konservativen beziehungsweise nationalen Positionen in der politischen Stoßrichtung der Partei von Anfang an angelegt war.<sup>4</sup>

Neue Parteien entstehen entweder aus der Gesellschaft heraus oder als Abspaltung von bestehenden Parteien. Auch Letzteres trifft auf die AfD mit gewissen Einschränkungen zu. Viele ihrer Führungsfiguren stammen aus dem bürgerlichen Lager von Union und FDP, hier allerdings nur aus der „zweiten Reihe“. So kehrte beispielsweise Bernd Lucke, der bis zu seinem Austritt im Juli 2015 das bekannteste Gesicht der AfD war und neben Alexander Gauland und Konrad Adam zu ihrem Gründungstrio gehörte, der CDU wegen deren Kurs in der Eurokrise den Rücken. Gauland dagegen verweist auf seine negativen Erfahrungen mit dem „Berliner Kreis“ – einem Zusammenschluss von Vertreterinnen und Vertretern der Parteirechten innerhalb der CDU, der von der Vorsitzenden Angela Merkel und dem damaligen Generalsekretär Hermann Gröhe offen bekämpft wurde (Gauland war 40 Jahre lang CDU-Mitglied und von 1987 bis 1991 Chef der hessischen Staatskanzlei). Der frühere Industrieverbandspräsident Hans-Olaf Henkel fand wiederum – nach einem kurzen Umweg über die Freien Wähler – von der FDP zur AfD.

<sup>3</sup> Vgl. David Bebnowski, *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*, Wiesbaden 2015, S. 19ff.

<sup>4</sup> Vgl. Sebastian Friedrich, *Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilisierung in Deutschland*, Berlin 2015.

Die Abspaltungstendenzen lassen sich nachvollziehen, wenn man die Entwicklung bedenkt, die CDU und FDP in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten genommen haben. Die CDU hat sich unter Merkels Führung einerseits wirtschaftspolitisch „sozialdemokratisiert“ und der von Merkel selbst ursprünglich favorisierten liberalen Reformagenda abgeschworen. Andererseits ist sie kulturell immer mehr in die Mitte gerückt, indem hergebrachte Positionen in der Familien- und Gesellschaftspolitik reihum aufgegeben wurden: Von der Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften über die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote in Unternehmen bis hin zur Öffnung für ein modernes Einwanderungsrecht liegt die Partei heute ganz auf der Linie des Zeitgeistes.<sup>5</sup> Der FDP gelang es unterdessen nicht, in der gemeinsamen Regierung ein Gegengewicht zur Union zu bilden. Als euroskeptische Stimme fiel sie aus, nachdem die Parteibasis in dem von Frank Schäffler angestrebten Mitgliederentscheid mit knapper Mehrheit für eine Unterstützung der Rettungspolitik votierte. Und ihre Forderung nach Steuersenkungen konnte sie in der Koalition gegen den Widerstand der CDU/CSU nicht durchsetzen. Beide bürgerlichen Parteien haben also durch ihren programmatischen Kurs und ihr Regierungshandeln Nischen im Parteiensystem geöffnet, in die die AfD erfolgreich hineingesprungen ist.

Bei der Suche nach den Ursprüngen und Erfolgsursachen der Partei darf schließlich die Sarrazin-Debatte nicht unerwähnt bleiben. Die in Buchform veröffentlichten Thesen des SPD-Politikers und früheren Bundesbankvorstands Thilo Sarrazin zum angeblichen Scheitern der Einwanderungs- und Integrationspolitik, die die Bundesrepublik im Sommer 2010 für mehrere Monate in Atem hielten,<sup>6</sup> haben maßgeblich dazu beigetragen, den diskursiven Raum für den Rechtspopulismus zu öffnen. Dies gilt zumal, als Sarrazin dessen Programmformel mit Büchern zur Eurokrise und Political Correctness weiter ausbuchstabierte.

<sup>5</sup> Vgl. Frank Decker, *Wenn die Populisten kommen. Beiträge zum Zustand der Demokratie und des Parteiensystems*, Wiesbaden 2013, S. 82ff.

<sup>6</sup> Vgl. Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, München 2010. Zur Debatte vgl. z.B. Patrik Schwarz (Hrsg.), *Die Sarrazin Debatte. Eine Provokation – und die Antworten*, Hamburg 2010.

## Ideologische Einordnung und Programmatik

Manche Beobachter wollten der Verlegenheit, die AfD als rechtspopulistisch einzustufen, entkommen, indem sie unter Verweis auf die Personalquerelen und Richtungskonflikte in der Partei behaupteten, diese bestehe aus drei im Grunde unverträglichen Strömungen: einer wirtschaftsliberalen, einer national-konservativen und einer rechtspopulistischen.<sup>7</sup> Darin liegt aber ein Missverständnis, denn die Strömungen sind nicht nur miteinander vereinbar, sondern in gewisser Weise sogar aufeinander bezogen. Zusammen bilden sie die programmatische und elektorale „Gewinnerformel“ der neuen Rechtsparteien, in die sich auch die euroskeptischen Positionen problemlos einfügen.<sup>8</sup> Der Populismus fungiert dabei als übergreifendes Scharnier. Er steht für die Anti-Establishment-Orientierung der Partei, die bereits im Namen „Alternative“ zum Ausdruck kommt, und für ihren Anspruch, das „eigentliche“ Volk beziehungsweise dessen schweigende Mehrheit zu vertreten. Des Weiteren teilt die AfD mit dem Mainstream des europäischen Rechtspopulismus die – aus der Systemkritik abgeleitete – Forderung nach mehr direktdemokratischen Beteiligungsrechten, die sich laut ihren politischen Leitlinien am „Schweizer Vorbild“ orientieren sollen.

Die wirtschaftsliberalen und konservativen Positionen der Partei stellen ebenfalls keinen Gegensatz dar. Sie werden in einem nationalen „Besitzstands- oder Wettbewerbspopulismus“ zusammengeführt, der die Überlegenheit des eigenen Wirtschaftsmodells gegenüber anderen Ländern und Kulturen betont. Die aktuelle Misere der Südländer im Euroraum spielt dieser Argumentation in die Hände, lässt sie sich doch mit der vermeintlichen deutschen Tugendhaftigkeit unmittelbar verknüpfen. Dasselbe gilt für das von der AfD gegen den bestehenden Sozialstaat hochgehaltene Bild einer „Leistungsgesellschaft“, das sich zum Beispiel in der Konzeption einer ausschließlich auf Nützlich-

<sup>7</sup> Vgl. z. B. Alban Werner, Vor der Zerreißprobe: Wohin treibt die AfD?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 60 (2015) 2, S. 85 f.

<sup>8</sup> Vgl. Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004<sup>2</sup>, S. 177 f.

lichkeitsüberlegungen beruhenden Zuwanderungspolitik niederschlägt. Dies schließt sowohl an christlich-konservative als auch ordoliberalen Ordnungsvorstellungen an.<sup>9</sup>

Weil der wirtschaftsliberale Flügel in der Führung personell dominierte, trug die offizielle Programmatik der AfD, die in ihren politischen Leitlinien und den Programmen zur Bundestags- und Europawahl niedergelegt wurde, zunächst ganz dessen Handschrift.<sup>10</sup> In den Wahlkampagnen waren allerdings von Beginn an andere Töne zu vernehmen. Das galt insbesondere für die ostdeutschen Bundesländer, wo das Thema nationale Identität und ein rigoroser Anti-Establishment-Diskurs mehr Resonanz versprachen als im Westen. Weil sich die gemäßigten Vertreter um Bernd Lucke in diesen Sog freiwillig hineinziehen ließen, konnte man ihnen später den Vorwurf machen, zum Erstarken der radikalen Kräfte in der AfD selbst beigetragen zu haben.

Schon bei der Bundestagswahl 2013 zeigte sich, dass die kritische Haltung vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber Zuwanderung ein wichtigeres Motiv für die Wahl der AfD abgab als deren euroskeptische Positionen, die im Mittelpunkt des Wahlprogramms standen.<sup>11</sup> Bei der Europawahl wurde die Einwanderung von den AfD-Wählerinnen und -Wählern genauso häufig als ausschlaggebendes Thema für ihre Wahlentscheidung genannt wie die Stabilität der Währung (40 gegenüber 41 Prozent). Unter den Wählern aller Parteien waren es nur 13 gegenüber 29 Prozent. Das Überwiegen rechter Einstellungsmuster in der AfD-Wählerschaft lässt sich auch an ihrer Unterstützungsbereitschaft der Dresdner Pegida-Bewegung ablesen. Obwohl diese wegen ihrer fremden-

<sup>9</sup> Vgl. David Bebnowski/Lisa Julika Förster, Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen, Arbeitspapier der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt/M. 2014.

<sup>10</sup> Vgl. Simon Tobias Franzmann, Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 20 (2014), S. 115–124.

<sup>11</sup> Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck, Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis: Hintergründe des Beinahe-Erfolgs der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 45 (2014) 1, S. 94–112.

feindlichen und rechtsextremen Tendenzen von den AfD-Offiziellen – allerdings mit erkennbaren Akzentunterschieden<sup>12</sup> – auf Distanz gehalten wurde, äußerten 76 Prozent der AfD-Wähler Verständnis für die Proteste. Unter der Wählerschaft aller Parteien betrug der Zustimmungswert nur 22 Prozent; selbst unter den Nichtwählern lag der Wert mit 36 Prozent deutlich darunter.<sup>13</sup>

## Innere Entwicklung und Spaltung

Der Rechtsruck der AfD wurde dadurch begünstigt, dass nach den erfolgreich verlaufenen Bundestags- und Europawahlen im Spätsommer 2014 drei Landtagswahlen in Ostdeutschland anstanden. Die Partei erzielte dort bessere Ergebnisse als im Westen, was die Landesverbände als Bestätigung ihrer Linie auffassten, die bisherige Fixierung der AfD auf das Eurothema zugunsten einer breiteren rechtspopulistischen Plattform zu überwinden. Ehemalige Mitglieder der Republikaner, der Schill-Partei und der Partei Die Freiheit traten der AfD reihenweise bei und drängten nach und nach in ihre Vorstände. In fast allen Landesverbänden kam es darüber zu zum Teil heftig ausgetragenen Konflikten. Der Bundesvorstand versuchte dem durch eine Erweiterung seiner eigenen Befugnisse zu begegnen, was aber den Widerstand an der Basis erst recht provozierte.<sup>14</sup>

Spätestens Anfang 2015 zeichnete sich ab, dass die mehrheitlich aus Vertretern der Gemäßigten bestehende Parteiführung den Rückhalt der Funktionäre und Mitglieder der AfD verloren hatte. Lucke versuchte die Kontrolle durch eine Satzungsänderung zurückzugewinnen, durch die die AfD nach einer kurzen Übergangsphase nur noch von einem einzigen Vorsitzenden – ihm selbst – geführt werden sollte. Obwohl ihm der Bremer Parteitag Ende Januar 2015 darin folgte, erwies sich der Beschluss als Pyrrhussieg, da dieser weder die Zuspitzung des nun immer erbitterter ausgetragenen innerparteilichen Macht-

kampfes noch Luckes Niederlage gegen die Vorsitzende der AfD Sachsen, Frauke Petry, bei der Wahl des/der Bundesvorsitzenden auf dem Essener Parteitag Anfang Juli 2015 verhindern konnte. Lucke stemmte sich gegen die Abwahl, indem er im Vorfeld des Parteitages seine Anhängerinnen und Anhänger in einem eigenen Verein (Weckruf 2015) versammelte. Dieser nahm die Spaltung der AfD vorweg. Bis Mitte Juli verließen mehr als 2000 Mitglieder die Partei, darunter neben Lucke selbst mit Hans-Olaf Henkel, Ulrike Trebesius, Bernd Kölmel und Joachim Starbatty fast alle Protagonisten des liberalen Flügels. Die Mitglieder des Weckrufs befürworteten mit großer Mehrheit die Gründung einer neuen europakritischen Partei unter Luckes Führung, die den Namen Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) tragen soll.

Die Chancen für die Neugründung sind gering. Denn wo sollte das Potenzial für eine „Lucke-Partei“ liegen, die politisch zwischen der Rest-AfD und der FDP zu verorten wäre? Dies gilt zumal, wenn sich Letztere nach den für sie erfreulichen Wahlergebnissen in Hamburg und Bremen regeneriert. Als Hauptproblem dürfte sich erweisen, dass der Partei ihr wichtigstes Thema – die Kritik an der Währungsunion – aus den Händen rinnt, ohne dass andere Themen in Sicht sind, die eine nennenswerte Wählermobilisierung versprechen. Von der FDP könnte sie sich zwar durch eine konservative Linie in der Rechts- und Gesellschaftspolitik abheben, die sie dann aber in unmittelbarer Konkurrenz zur Rest-AfD vertreten müsste.

Auch für diese dürften sich die Aussichten nach der Spaltung eintrüben. Blickt man auf die Motive, um derentwillen die Partei bisher gewählt worden ist, scheint der Abgang der Liberalen zwar verkräftbar. Dies gilt aber nur für die östlichen Landesverbände, die im Unterschied zu den Parteigliederungen im Westen kaum Austritte verzeichnen, weil sie sich längst zu einem Sammelbecken für den rechten Rand entwickelt haben. Ausgerechnet der sächsische Landesverband von Frauke Petry spielt hier eine unrühmliche Vorreiterrolle.<sup>15</sup> Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die AfD unter diesen Vorzeichen zu einer Regionalpartei des Ostens entwickelt, ist hoch. Auch

<sup>12</sup> Vgl. Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter, Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015, S. 151 ff.

<sup>13</sup> Zahlen von TNS Infratest.

<sup>14</sup> Vgl. Oskar Niedermayer, Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2015, S. 201 ff.

<sup>15</sup> Vgl. „Sing, mei Sachse, sing!“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.7.2015.

hier wird sich für die neue Führung um Pe-try aber das Problem der Abgrenzung nach ganz rechtsaußen unweigerlich stellen. An der Frage, wie man mit den unerwünschten Unterstützern umgeht, sind in der Vergangenheit alle rechtspopulistischen Neugründungen gescheitert – von den Republikanern über den Bund freier Bürger bis hin zur Schill-Partei. Bei der AfD könnte sich diese Geschichte jetzt wiederholen.

## Rätsel Pegida

Größere Rätsel als die sich in die Phalanx der europäischen Rechtspopulisten einreihende AfD gibt aus vergleichender Sicht Pegida auf. Dass eine im bürgerlich-konservativen Lager angesiedelte Organisation auf Formen der politischen Partizipation zurückgreift, die man eher aus dem linken Spektrum kennt, ist an sich schon ungewöhnlich. Die „Pegidisten“ nahmen damit die Tradition der „Montagsdemonstrationen“ auf, die auf die Massenproteste gegen das untergehende DDR-Regime im Herbst 1989 zurückging und seither auch bei anderen Anlässen aktiviert wurde (etwa bei den Protesten gegen die Sozial- und Arbeitsmarktreflexionen der rot-grünen Bundesregierung 2004). Ihren Höhepunkt erreichten die Demonstrationen in Dresden im Januar 2015, als geschätzt etwa 20000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer wöchentlich auf die Straße gingen. Danach ging der Zulauf stark zurück (bis auf durchschnittlich jeweils 2500 Teilnehmer im Mai und 1500 im Juni 2015).

Umfragen und teilnehmende Beobachtungen bestätigen, dass der Typus des routinier-ten Demonstrationsteilnehmers, der etwa bei den Protesten gegen den Bahnhofsneubau „Stuttgart 21“ in der Mehrheit war, bei Pegida nur eine Randerscheinung darstellt.<sup>16</sup> Der durchschnittliche Pegidist ist mittelalt, männlich, in familiäre Strukturen eingebunden, befindet sich in einer Vollzeitstellung und verfügt über einen mittleren bis gehobenen Bildungsabschluss. Die überwiegende Mehrheit der zu zwei Dritteln aus Dresden beziehungsweise Sachsen stammenden De-

monstranten verortet sich im liberal-konservativen Lager, wobei die AfD als bevorzugte Partei deutlich vor der CDU liegt. Nach den Gründen ihrer Teilnahme befragt, nennen 71 Prozent die „Unzufriedenheit mit der Politik“, 35 Prozent „Kritik an Medien und Öffentlichkeit“ und 31 Prozent „grundlegende Vorbehalte gegen Asylbewerber und Migranten“. Ablehnende Haltungen speziell gegenüber Muslimen oder dem Islam äußern 15 Prozent.<sup>17</sup>

Offizielle Solidaritätsadressen, Unterstützungsbekundungen oder eine Einladung zur Zusammenarbeit mit Pegida blieben vonseiten der AfD aus, weil man die Sorge hatte, mit etwaigen rechtsextremen Tendenzen sowohl in der Organisation der Protestbewegung als auch unter den Demonstrationsteilnehmern in Verbindung gebracht zu werden. Dennoch scheint es nicht unangebracht, Pegida als Ausdruck derselben rechtspopulistischen Grundstimmung in weiten Teilen der ostdeutschen Wählerschaft zu deuten, die der AfD bei den Landtagswahlen im Spätsommer 2014 zweistellige Ergebnisse einbrachte. Ob Pegida ohne die „Vorarbeit“ der AfD in dieser Form entstanden wäre und einen so starken Zulauf gehabt hätte, ist fraglich, wenn-gleich das stark konservativ geprägte Umfeld der sächsischen Politik, die Anknüpfungspunkte im organisierten rechtsextremen Milieu und der spezifische Dresdner Opferstolz am Erfolg sicherlich großen Anteil hatten.

Die Motivlagen der AfD-Wähler und Pegida-Teilnehmer lassen sich mit dem Begriffspaar Unsicherheit und Unbehagen am besten umschreiben. Unsicherheit bezieht sich dabei mehr auf die soziale Situation, also die Sorge vor Wohlstandsverlusten, während Unbehagen auf kulturelle Entfremdungsgefühle abzielt, den Verlust vertrauter Ordnungsvorstellungen und Bindungen.<sup>18</sup> Dass die Angst vor „den Fremden“ nicht unbedingt dort am größten ist, wo die meisten Fremden leben, ist keine neue Erkenntnis. Durch Pegida ist sie noch einmal ins Bewusstsein gerückt worden. Wenn die AfD durch die Bestellung des rechtspopulistischen Terrains zur Entstehung

<sup>16</sup> Vgl. Karl-Heinz Reuband, Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 21 (2015), S. 133–143.

<sup>17</sup> Vgl. Hans Vorländer et al., Wer geht zu Pegida und warum? Eine empirische Umfrage unter Pegida-Demonstranten in Dresden, Dresden 2015.

<sup>18</sup> Vgl. L. Geiges/St. Marg/F. Walter (Anm. 12), S. 179ff.



von Pegida beigetragen hat, so könnte sie auch der Grund sein, warum die Bewegung nach ihrem Höhepunkt im Januar 2015 rasch in sich zusammengefallen ist. Denn mit der AfD haben Protest und Unzufriedenheit der „Wutbürger“ in das Parteiensystem ja bereits Einzug gehalten, verfügen diese also gerade in Ostdeutschland über eine kontinuierlich vernehmbare, politisch wirksame Stimme.

## Schlussbemerkungen

Abschließend stellen sich zwei Fragen. Die erste Frage bezieht sich auf die politische Funktion von Parteien und Bewegungen wie AfD und Pegida. Nützlich wären sie, wenn sie dazu beitragen, dass der Protest nicht in schlimmere, sprich: gewaltsame Bahnen abgleitet (Kanalisierungsthese). Der Soziologe Ruud Koopmans hat in einer internationalen Vergleichsuntersuchung, die inzwischen allerdings über 20 Jahre zurückliegt, Belege dafür beigebracht.<sup>19</sup> Der umgekehrte Zusammenhang erscheint aber theoretisch mindestens genauso plausibel. Machen Rechtspopulisten Stimmung gegen die Fremden und diejenigen, die das „Eindringen der Fremden“ betreiben, erzeugen sie ein Klima, das zur Gewaltanwendung erst ermuntert (Verstärkerthese). Inzwischen mehren sich die Hinweise, dass die Pegida-Bewegung in Ostdeutschland in dieses gewaltbereite Milieu „diffundiert“ ist.<sup>20</sup> Gleichzeitig vermelden die Verfassungsschutzämter einen Anstieg der rechtsextrem motivierten Gewalttaten um 24 Prozent im Jahr 2014, obwohl die Szene selbst mit rund 21 000 Personen nicht größer geworden ist. Zugenommen haben insbesondere die Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte (von 55 im Jahr 2013 auf 170 im Jahr 2014 und 150 im ersten Halbjahr 2015).<sup>21</sup> Die ostdeutschen Länder und hier wiederum vor allem Sachsen sind dabei überproportional vertreten.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Konsequenzen einer möglichen Etablierung der AfD für das deutsche Parteiensystem. Die

Analyse ihrer bisherigen Wahlergebnisse belegt, dass die Rechtspopulisten von allen anderen Parteien (und aus dem Lager der Nichtwähler) Stimmen abgezogen haben – die Verortung der AfD im rechten politischen Spektrum findet insofern keine Entsprechung auf der Wählerebene. Besonders ausgeprägt zeigt sich dieser Effekt in Ostdeutschland: So sind bei der Landtagswahl in Thüringen im September 2014 insgesamt mehr Wählerinnen und Wähler von den drei linken Parteien (Linke, SPD und Grüne) zur AfD übergelaufen als von CDU und FDP. Und in Brandenburg war es ausgerechnet die Linkspartei, die den größten Abfluss in Richtung der Rechtspopulisten hinnehmen musste.<sup>22</sup>

Dass die Wähler linker Parteien für konservativ-autoritäre Wert- und Ordnungsvorstellungen durchaus empfänglich sind, weiß man in den Sozialwissenschaften seit Langem. Wahlerfolge der Rechtspopulisten tragen insofern dazu bei, dass sich die Achse des Parteiensystems insgesamt nach rechts verschiebt. Dies ist einerseits eine schlechte Nachricht für die deutsche Sozialdemokratie, weil es ihre Chancen für eine Rückeroberung des Kanzleramtes von der Union weiter vermindert. Andererseits schadet es CDU und CSU, die zumindest mittelfristig kein Interesse daran haben können, mit der AfD eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit einzugehen. Deren Präsenz erhöht also sowohl die Polarisierung als auch die Segmentierung des Parteiensystems. Dieses könnte damit künftig in eine ähnliche Lage geraten wie in Österreich, wo der Wettbewerb inzwischen mehr an den Rändern als in der Mitte stattfindet und die mangels anderer Koalitionsmöglichkeiten erzwungene Fortsetzung der Großen Koalition den Rechtspopulisten direkt in die Hände spielt. Ob dies für die Bundestagswahl 2017 ein realistisches Szenario ist, wird sich vielleicht schon im kommenden Frühjahr bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt andeuten.

<sup>19</sup> Vgl. Ruud Koopmans, *A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe*, Berlin 1995.

<sup>20</sup> Vgl. Doreen Reinhard, „Werte Brandstifter“, in: *Die Zeit* vom 2. 7. 2015.

<sup>21</sup> Vgl. Gewalt gegen Asylbewerber nimmt drastisch zu, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 1. 7. 2015.

<sup>22</sup> Laut TNS Infratest.



# Rechter Rand und Mitte – Kein einheitliches Verhältnis

Die gesellschaftliche Mitte ist ein begehrtes Gut im Streit um politische Macht. Insbesondere vor Wahlen weisen Parteien auf ihre

**Claudia Luzar**

Dr. phil., geb. 1975; Konflikt- und Gewaltforscherin; Lehrbeauftragte am Fachbereich Angewandte Sozialwissenschaften der Fachhochschule Dortmund, Emil-Figge-Straße 44, 44227 Dortmund.  
www.claudia-luzar.de  
claudia.luzar@fh-dortmund.de

Nähe zur „Mitte“ hin, aber auch soziale Bewegungen reklamieren für sich, den „Durchschnittsbürger“ zu repräsentieren. Im alltagssprachlichen Gebrauch steht der Begriff für Neutralität, Demokratie und sozialen Ausgleich. Allerdings bleibt „die

Mitte“ bis heute ein politisches Konstrukt, das verschiedene Interpretationen erfährt – je nach angelegten ökonomischen und sozialen Kriterien sowie aus Sicht der Bevölkerungsteile selbst, die sich als Mitte und somit als die diskursbestimmende gesellschaftliche Kraft definieren.

In der Extremismusforschung bildet die gesellschaftliche Mitte die entscheidende Referenz, von der aus eine Unterscheidung in Rechts- und Linksextremismus vorgenommen wird. Die Definition des Soziologen Seymour Martin Lipset erweiterte den Blick: Er ergänzte den Links- und Rechtsextremismus um einen „Extremismus der Mitte“.<sup>1</sup> Auch die Autoren der sogenannten Mitte-Studien, die Psychologen Oliver Decker und Elmar Brähler, weisen darauf hin, dass rechtsextreme Einstellungen und „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“<sup>2</sup> in allen gesellschaftlichen Gruppen und Regionen anzutreffen sind und keinesfalls ein Randphänomen darstellen.<sup>3</sup> In diesem Artikel wird „gesellschaftliche Mitte“ als normbildende Mehrheit verstanden, die sich über die Institutionen der Öffentlichkeit, des Rechts und der Politik definiert. Die

Mitte ist somit maßgeblich an politischer und demokratischer Willensbildung beteiligt beziehungsweise sollte es sein.

Der Sozialpsychologe Andreas Zick und die Erziehungswissenschaftlerin Anna Klein beschreiben die Mitte der deutschen Gesellschaft in einer aktuellen Studie als „fragil“ in Bezug auf ihre Normen und Werte, was sich unter anderem anhand der Akzeptanz von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit abbilden lässt.<sup>4</sup> Einer anderen Studie zufolge sind 2014 die rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen in Deutschland gegenüber den Vorjahren zurückgegangen.<sup>5</sup> Doch schon ein Jahr später lassen die aktuellen Ereignisse – die sich häufenden Proteste vor Asylbewerberheimen und Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte – einen raschen Wandel der Einstellungen in der deutschen Bevölkerung vermuten. Oder werden diese Einstellungen erst sichtbar, wenn Konflikte wie jener über die deutsche Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik oder Ängste vor einer „Islamisierung“ offen zutage treten?

Wie stellen sich die Übergänge zwischen der demokratischen Mitte und dem Rechtsextremismus dar? Ein Mensch wird nicht über Nacht zu einem Extremisten, sondern diese

<sup>1</sup> Vgl. Seymour Martin Lipset, *Some Social Requisites of Democracy. Economic Development and Political Legitimacy*, in: *American Political Science Review*, 53 (1959), S. 69–105.

<sup>2</sup> Der Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ geht auf den Soziologen Wilhelm Heitmeyer zurück, der im Rahmen eines zehnjährigen Forschungsprojekts untersucht hat, wie verbreitet feindselige Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund unterschiedlicher sozialer, religiöser oder ethnischer Herkunft oder anderem Lebensstil sind. Kern des Begriffs ist die Ideologie des Ungleichwertigkeit. Vgl. Wilhelm Heitmeyer, *Deutsche Zustände*, Folge 1, Frankfurt/M. 2002.

<sup>3</sup> Vgl. Oliver Decker et al., *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland*, Berlin 2008, S. 11.

<sup>4</sup> Vgl. Andreas Zick/Anna Klein, *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*, Bonn 2014, [www.fes-gegenrechtsextremismus.de/pdf\\_14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf](http://www.fes-gegenrechtsextremismus.de/pdf_14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf) (18.9.2015). Rechtsextremismus als Phänomen umfasst weiterhin Gewalt(akzeptanz) gegenüber den als ungleichwertig empfundenen „Anderen“ sowie die Orientierung an einer idealistisch-autoritären Staatsauffassung. Vgl. Wilhelm Heitmeyer, *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen*, München 1992.

<sup>5</sup> Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014*, Leipzig 2014.

Entwicklung ist eng mit den gesellschaftlichen Konfliktlagen, ihrer individuellen Verarbeitung sowie der persönlichen Entwicklung verknüpft. Die Radikalisierung einer Person ist somit ein mentaler und emotionaler Prozess, der immer mit einem tief greifenden Wandel von Überzeugungen, Gefühlen und Handlungsweisen einhergeht. Auch ein rechtsextremer Mensch hat ein „tief empfundenes Verlangen nach soziopolitischen Veränderungen“, während Radikalisierung verstanden werden kann als eine „wachsende Bereitschaft, weitreichende Veränderungen in der Gesellschaft zu verfolgen und zu unterstützen, die mit der existierenden Ordnung in Konflikt stehen oder diese gefährden“.<sup>16</sup>

Ich vertrete hier die These, dass es kein einheitliches Verhältnis zwischen dem Rechtsextremismus und der gesellschaftlichen Mitte gibt. Je nach historischen, geografischen, kulturellen und sozialen Konfliktkonstellationen sowie politischen Realitäten verändert sich dieses: Im Folgenden werde ich zunächst am Beispiel der NPD zeigen, wie Rechtsextremisten versuchen, selbst die gesellschaftliche Mitte zu repräsentieren. Daran anschließend werde ich darstellen, wie die rechtsextreme Splitterpartei Die Rechte den Kampf gegen die gesellschaftliche Mitte führt und wie diese darauf reagiert. Im dritten Abschnitt schließlich geht es darum, wie sich Teile der gesellschaftlichen Mitte in Gestalt von Pegida selbst radikalisierten.

## NPD: Selbstbild als „deutsche Mitte“

Aktuell schwinden die Mitgliederzahlen der NPD, einzig in Mecklenburg-Vorpommern ist sie noch in einem Landesparlament vertreten, zudem in einigen Kommunalparlamenten sowie im Europaparlament. Die Strategie der NPD ist es bis heute, sich als gesellschaftliche Mitte zu definieren, die eine schweigende, unzufriedene Mehrheit darstellt und Konfliktthemen wie Einwanderung, Armut und soziale Gerechtigkeit aufgreift. Und in der Tat kann die NPD vielfach auf einen verbreiteten Alltagsrassismus bauen, der sie in Teilen der Bevölkerung anschlussfähig macht. Auffällig ist,

<sup>16</sup> Anja Dalgaard-Nielsen, *Violent Radicalization in Europe: What We Know and What We Do Not Know*, in: *Studies in Conflict and Terrorism*, 33 (2010) 9, S. 797–814.

dass sie besonders dort Zustimmung erfährt, wo demokratische Parteien und Verbände sowie zivilgesellschaftliche Organisationen relativ schwach sind. Mit Aktionen wie Kinderfesten oder Suppenküchen stößt die NPD zum Beispiel in gesellschaftliche Bereiche, die in Teilen Ostdeutschlands noch nicht oder bisher zu wenig von den demokratischen nicht-rechten Parteien ausgefüllt werden. Insbesondere im ländlichen Raum, wo es sonst wenige Angebote gibt, kann sie sich auf diese Weise Sympathien erwerben. Nach ihrem Verständnis wollen die Aktivisten der NPD in Gegenden und gesellschaftlichen Bereichen, denen bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, „Kümmerer“ und „Aufklärer“ sein.

Die NPD und andere rechtsextreme Parteien leben davon, dass sie dort Antworten geben, wo bereits die Fragen tabu sind. Ein Beispiel: Darf man nur noch „Schokokuss“ sagen? Während der alte, rassistische Begriff in der medialen und politischen Öffentlichkeit längst verpönt ist, ist er (nicht nur) an vielen Stammtischen durchaus noch geläufig, und die Diskussion darüber wird mit Unverständnis aufgenommen. An diesem Punkt setzt die Strategie in der Öffentlichkeitsarbeit der NPD an: So behaupten ihre Vertreter, dass bei ihr – im Gegensatz zum „Establishment“ – jeder frei denken und handeln könne. Sie verstehen sich also selbst gleichsam als Repräsentanten einer gesellschaftlichen Mitte, die für die „wahren Interessen“ des deutschen Volkes eintreten, während sich die etablierten schwarz-rot-grünen Parteien nach Lesart der Rechtsextremisten nur noch um die Interessen von „Randgruppen“ (etwa Zuwanderer oder Homosexuelle) kümmern und deshalb viel weniger „Mitte“ sind.

Vor allem in Westdeutschland fristet die NPD in den Kommunalparlamenten eine Außenseiterexistenz. Hinzu kommt: Wer einmal in der NPD eine führende Position hatte, wird in der demokratischen Gesellschaft keine große Karriere mehr machen können, weder als Lehrer, noch als Rechtsanwalt oder Arzt. Aber gerade diese Ausgrenzung ist ein wichtiger Resonanzboden für die Partei; sie schafft Bindungskräfte, weil es kein Zurück mehr für Führungskader gibt, was diese deshalb eher stärker als schwächer macht.

In den vergangenen Jahren hat sich die NPD fast ausschließlich auf den Einzug in Parlamente konzentriert und die Wahl-

kampfveranstaltungen mit Blick auf das Establishment entsprechend konfrontativ angelegt. Doch die Strategie, eine unzufriedene Mitte in den Parlamenten zu repräsentieren, verfängt nicht mehr in dem gewünschten Maße, sodass aktuell wieder eine verstärkte Zuwendung zum „Kampf um die Straße“ erfolgt und dort speziell die Proteste gegen Asylbewerberheime im Fokus stehen. Dieses Konfliktthema wird inzwischen aber auch durch andere Akteure „bearbeitet“, die ebenfalls für sich beanspruchen, für „die Mitte“ zu sprechen und entsprechende Präsenz auf der Straße zeigen. Dazu unten mehr.

## Die Rechte in Dortmund

Anders als die NPD, die sich selbst als gesellschaftliche Mitte sieht, führt die rechtsextreme Splitterpartei Die Rechte bewusst einen Kampf gegen die Mitte, die im Ruhrgebiet vor allem in der Sozialdemokratie verankert ist. Die Rechte, die nach dem Kameradschaftsverbot des Nationalen Widerstands Dortmund und den Verboten und Niedergängen anderer Kameradschaften zu einem Sammelbecken rechtsextremer Szeneangehöriger wurde, zählt aktuell rund 500 Mitglieder. Auch wenn der bekannte Rechtsextremist Christian Worch als Parteivorsitzender fungiert, agieren die Kreisverbände weitgehend autonom mit einer auf die jeweilige Stadt bezogenen Agenda, in der sie kommunalpolitische Themen aufgreifen und im Sinne ihrer rechtsextremen Ideologie deuten. Mit rund 200 Personen ist der Dortmunder Kreisverband derzeit der stärkste. Die Stadt selbst gilt als Hochburg der rechtsextremen Szene in Westdeutschland. Diese präsentiert sich mit einer hohen Frequenz an Aufmärschen sowie einer professionellen Internetpräsenz, die hohe Strahlkraft für die gesamte rechtsextreme Szene in Deutschland besitzt.

Während das Feindbild der Dortmunder Rechtsextremisten in den 2000er Jahren bis 2008 vor allem autonome, linksextreme Antifaschisten waren, verlagerte sich dieses immer mehr hin zu den Repräsentanten der regierenden Sozialdemokraten und ihrer „Blockparteien“. Mit ihrer konfrontativen Strategie bei gleichzeitiger Pflege einer „rechtsextremen Erlebniskultur“ mit Konzerten, Fußballspielen und Partys gelang es der Partei, eine nennenswerte Anhänger-

schaft hinter sich zu versammeln. Speziell im Kommunalwahlkampf sprachen Die Rechte-Aktivisten einige soziale Themen in Dortmund an und zeigten insbesondere in Sozialräumen Präsenz, in denen gesellschaftliche Problemlagen und Desintegration akut sind. Bei den Kommunalwahlen 2014 erreichte Die Rechte ein Prozent der Wählerstimmen und einen Sitz im Stadtrat sowie vier Sitze in den Bezirksvertretungen der Stadt.

Doch auch die parlamentarische Strategie der Partei bleibt Provokation: So stellte beispielsweise ihr Ratsmitglied im Herbst 2014 eine Anfrage, wie viele Juden in Dortmund leben. Die Aktivisten präsentieren sich als Opposition zu den „Systemparteien“, insbesondere zu den regierenden Sozialdemokraten. Provokationen werden als Handlungsinstrument genutzt, um Öffentlichkeit zu erzielen – sei es durch den Versuch, eine Art Bürgerwehr („Stadtsschutz“) zu etablieren, oder durch parlamentarische Anfragen. Somit bleibt Die Rechte eine Partei jenseits der Mitte, die bewusst auf Abgrenzung und „autoritäre Rebellion“ setzt.

Die gesellschaftliche Mitte – unter anderem in Gestalt der nicht-rechten demokratischen Parteien und der zivilgesellschaftlichen Organisationen – setzt auf klare Ab- und Ausgrenzung. Mittlerweile gibt es den zweiten Versuch, Die Rechte zu verbieten; Mitglieder der rechtsextremen Partei haben nach diversen Outings durch antifaschistische Organisationen ihren Arbeitsplatz verloren oder ihnen wurde ihre Wohnung gekündigt. Diese Maßnahmen haben bis heute jedoch nicht zu einer Abnahme rechtsextremer Strukturen oder Gewalt geführt.

## Pegida: Die Radikalen aus der Mitte

Nicht nur die NPD hat das Konfliktthema Zuwanderung (und damit verbunden die Angst vor einer vermeintlichen Islamisierung) als Protestmotiv aufgegriffen. Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) wurden mit ihren Dresdner „Spaziergängen“ erstmals im Herbst 2014 öffentlich wahrnehmbar. Von Anfang an war es das Prinzip der Organisatoren, politische Parteien von den Demonstrationen fernzuhalten und sich politisch nicht vereinnahmen zu lassen. Mit diesem Rezept

gelang es, viele Unzufriedene aus der gesellschaftlichen Mitte anzusprechen, die sich nicht mehr repräsentiert fühlten und bereit waren, ihren Protest gegen die in ihren Augen schlechten Zustände in Deutschland auf die Straße zu bringen. Die Themenschwerpunkte von Pegida sind die Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft, die vermeintlich mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie ein empfundenes „Meinungsdiktat“ durch Politik, Medien und Wissenschaft. Weiteres Thema war der Ukraine-Konflikt, bei dem Pegida für eine klare Parteinahme für Russland stand, was zum Teil mit offenem Antiamerikanismus einherging.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Pegida-Demonstrationen traten ebenfalls als Repräsentanten der gesellschaftlichen Mitte an.<sup>7</sup> Mit der auf den Veranstaltungen gerufenen Parole „Wir sind das Volk“ wurde zudem bewusst versucht, eine Kontinuitätslinie zu den Montagsdemonstrationen 1989 in der DDR zu konstruieren. Durch Teilnehmerzahlen von bis zu 25 000 erreichten die zunächst wöchentlichen, später zweiwöchentlichen Dresdner „Spaziergänge“ eine öffentlichkeitsrelevante Größe. Auch wenn in Westdeutschland einige Ablegerdemonstrationen stattfanden, blieb die Durchsetzungs- und Diskurskraft der rechten Bürgerbewegung jedoch hauptsächlich auf Ostdeutschland beschränkt. Zwar liegen bis heute keine empirisch gesättigten Daten über die Bewegung vor, aber die von einigen Wissenschaftlern erhobenen Daten liefern erste Anhaltspunkte. Rein statistisch entstammte der durchschnittliche Demonstrationsteilnehmer tatsächlich aus der Mitte der sächsischen Gesellschaft: männlich, 48 Jahre alt, parteilos, keine Mitgliedschaft in einer Kirche, berufstätig und mit einem überdurchschnittlichen Nettoeinkommen.<sup>8</sup> Doch gab es ganz offensichtlich auch Verbindungen beziehungsweise eine Allianz mit Vertretern politisch (rechts)extremer Randbereiche.<sup>9</sup>

<sup>7</sup> Vgl. Dieter Rucht et al., Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida, 28. 1. 2015, [www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report\\_berlin\\_2015.pdf](http://www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report_berlin_2015.pdf) (18. 9. 2015).

<sup>8</sup> Vgl. Antonie Rietzschel, Männlich, gut gebildet, parteilos, 15. 1. 2015, [www.sueddeutsche.de/politik/-1.2303475](http://www.sueddeutsche.de/politik/-1.2303475) (18. 9. 2015).

<sup>9</sup> Vgl. Olaf Sundermeyer, Die Pegida-Miliz aus dem Stadion, 12. 1. 2015, [www.zeit.de/sport/2015-01/pegida-dynamo-dresden](http://www.zeit.de/sport/2015-01/pegida-dynamo-dresden) (18. 9. 2015).

Als im Januar 2015 ausländerfeindliche Aussagen des Pegida-Organisators Lutz Bachmann bekannt wurden, spaltete sich der Organisationskreis, und die Bewegung verlor an Teilnehmerzahlen und Dynamik. Dennoch konnte die Kandidatin der Bewegung bei der Dresdner Oberbürgermeisterwahl Anfang Juni 2015 im ersten Wahlgang fast zehn Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Die Parteien der gesellschaftlichen Mitte verloren massiv, und kein Kandidat errang im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit, um den Oberbürgermeister zu stellen. Zu einem zweiten Wahlgang trat die Pegida-Kandidatin nicht mehr an und empfahl, die FDP zu wählen. Letztlich aber zeigten diese Wahlen, dass den Repräsentanten der gesellschaftlichen Mitte Vertrauen entzogen wurde.

Dieses Ereignis stellt jedoch keineswegs den Schlusspunkt der Geschichte von Pegida dar. Die fremdenfeindlichen Proteste und Ausschreitungen unter anderem in Freital, Meißen und Heidenau, wo auch die NPD kommunalpolitisch wieder an Boden gewinnt, zeigen, dass entsprechende Einstellungen vorhanden sind und sich flexibel mobilisieren lassen. Pegida lässt sich somit nicht als Gegenstück zur gesellschaftlichen Mitte beschreiben. Tatsächlich hat sich in den vergangenen Jahren eine soziale Bewegung von rechts mit Kristallisationspunkten in Ostdeutschland gebildet, die ihre Ursprünge direkt aus der gesellschaftlichen Mitte bezieht.

Von linken sozialen Bewegungen wissen wir, dass sie sich mit der Abgrenzung zu Gewalt stets schwer getan haben.<sup>10</sup> Soziale Bewegungen in diesem Ausmaß mit direkten, sichtbaren Verknüpfungen von rechts zur gesellschaftlichen Mitte sind neu. Aus der Beobachtung rechtsextremer Bewegungen lässt sich feststellen, dass bei eigenen Demonstrationen penibel auf Gewaltfreiheit geachtet wird und der Großteil rechtsextremer Gewalt abseits von Veranstaltungen und offiziellen Anlässen ausgeübt wird. Doch Pegida, die Proteste und Ausschreitungen in Heidenau sowie diverse Anschläge auf Flüchtlingswohnheime zeigen, dass es keine ausreichende Distanzierung zur Gewaltfrage gibt und eine klare Abgrenzung nicht stattfindet.

<sup>10</sup> Vgl. Sebastian Haunss, Gewalt und Gewaltlosigkeit in sozialen Bewegungen, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 25 (2012) 4, S. 6–16.

Auch auf Facebook hat Pegida noch immer über 150 000 Anhänger, die in unterschiedlichem Ausmaß Symptome Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigen. Ob diese soziale Bewegung weiter wächst und einen parlamentarischen Weg einschlagen oder sich weiter radikalieren wird, bleibt also weiter zu beobachten.

## Fazit

Die Trennung zwischen „gesellschaftlicher Mitte“ auf der einen und „rechtsextremen Einstellungen“ auf der anderen Seite ist künstlich und je nach gesellschaftlicher Konfliktlage stärker oder schwächer ausgeprägt. So zeigten Erhebungen 2014 zwar noch einen Rückgang rechtsextremer und rassistischer Einstellungen, doch spätestens seit dem Diskurs über „Flüchtlingsströme“ und den Angriffen auf Asylunterkünfte im Jahr 2015 würden diese Erhebungen aller Wahrscheinlichkeit nach aktuell wieder anders ausfallen.

Die NPD mit ihrem Selbstbild als „deutsche Mitte“ könnte von den rechten Protesten langfristig profitieren – sei es als Auffangbecken für enttäuschte Bürger, die gleichzeitig Merkmale Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigen, oder auch als parteipolitisches Zuhause für erlebnisorientierte rechtsextreme Jugendliche. Die Splitterpartei Die Rechte dagegen wird parlamentarisch über die kommunale Ebene hinaus keine Rolle spielen. Pegida als rechte, aber aus der gesellschaftlichen Mitte kommende Bewegung bildet das Protestpotenzial ab, das in den Umfragen über Einstellungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus längst bekannt war, jedoch erst aktuell auch auf der Handlungsebene sichtbar wird. Auch vor dem Aufkommen von Pegida zeigten Umfragen sowie diverse Wahlenthaltungen und Ergebnisse bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger schlecht repräsentiert fühlen und von demokratischen Willensbildungsprozessen abwenden.

Aber warum ist das so? Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer sprach mit Blick auf die ersten zehn Jahre dieses Jahrtausends von einem „entsicherten Jahrzehnt“, das durch Modernisierung, Umbrüche und einem extrem schnellen Wandel der Arbeits- und Lebensverhält-

nisse geprägt gewesen sei.<sup>11</sup> Wechselnde und vermehrt unsichere Arbeitsverhältnisse, Probleme durch die Entwicklung hin zu einer Einwanderungsgesellschaft, aber auch die Auflösung traditioneller Familien- und Rollenbilder haben in vielen Teilen der Gesellschaft zu Unsicherheiten geführt. Diese Unsicherheiten und Konflikte beschäftigen sowohl die sogenannte Mitte als auch die sogenannten Ränder der Gesellschaft – entsprechend unterschiedlich werden sie jeweils interpretiert und verarbeitet. Dass beispielsweise die Menschen in Deutschland in einer Einwanderungsgesellschaft leben, ist einerseits unbestreitbar, andererseits entzündet sich genau daran eine Reihe von Konflikten, weil die politischen und sozialen Strukturen sowie das kulturelle Selbstverständnis vieler Menschen diese Realität noch nicht vollständig integriert und verarbeitet haben. Die Proteste wie auch die gewalttätigen Auseinandersetzungen gegen Asylbewerber zeigen dies deutlich.

Die gewaltigen Veränderungen bezüglich der Bevölkerungsentwicklung und der sozialen Realitäten vollziehen sich immer rascher. Unmittelbar spürbar wird dies vor allem in Stadtbezirken, die ohnehin durch eine hohe Armutsquote und soziale Desintegration gekennzeichnet sind, aber auch in ländlichen Regionen, die bisher wenige Erfahrungen mit Migranten und Flüchtlingen haben. Diese Konflikte sind aktuell der Lackmusest unseres Gemeinwesens. Es spricht viel für die These, dass Rechtsextremismus und die gesellschaftliche Mitte eng verwoben sind und rechte Bewegungen sich nicht durch Ausgrenzung verhindern lassen. Notwendig ist vielmehr eine Ursachenanalyse, die sich der ökonomischen, kulturellen und psychologischen Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft annimmt, dabei aber auch auf die Ursachen von Flucht und Migration eingeht. Für die pädagogische Praxis kann dies nur heißen, konfliktensibel zu agieren und nicht einäugig auf Rechtsextremisten zu schauen, sondern mehrgleichsames Arbeiten zu fördern und dabei stets einen kritischen Blick auf die gesellschaftliche Mitte zu haben, die von diesen Konflikten nicht abgelöst betrachtet werden kann.

<sup>11</sup> Wilhelm Heitmeyer, *Deutsche Zustände*, Folge 9, Berlin 2010.



Karim Fereidooni · Mona Massumi

# Rassismuskritik in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern

**L**ehrerinnen und Lehrer gehören zu denjenigen Berufsgruppen, die fast idealtypisch die gesellschaftliche „Mitte“ symbolisieren.

## Karim Fereidooni

Geb. 1983; Lehrer für Deutsch, Politik/Wirtschaft und Sozialwissenschaft am St. Ursula Gymnasium Dorsten; Lehrbeauftragter der Hochschule Magdeburg-Stendal und am Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität zu Köln (ZfL); promoviert an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg über Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen von Lehrkräften an deutschen Schulen.  
mail@karim-fereidooni.de

## Mona Massumi

Geb. 1983; abgeordnete Lehrerin am Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität zu Köln (ZfL), zuständig für die Koordination Diversity sowie das Modul „Deutsch für SchülerInnen mit Zuwanderungsgeschichte“; promoviert über Schulerfahrungen von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern in Deutschland; ZfL, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln.  
mona.massumi@uni-koeln.de

Aufgrund ihrer pädagogisch-erzieherischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen haben sie zudem eine eminent wichtige gesellschaftliche Funktion: Wie sie mit bestimmten Themen und Problemen umgehen, prägt auch ihre Schülerinnen und Schüler. Ob Lehrerinnen und Lehrer aber für bestimmte Problematiken überhaupt sensibel sind, hängt wiederum eng mit ihrer eigenen Ausbildung zusammen.

Im Folgenden soll in den Blick genommen werden, ob und inwiefern Rassismuskritik im Anforderungsprofil (angehender) Lehrerinnen und Lehrer eine Rolle spielt. Vor dem Hintergrund fehlender rassismuskritischer Vorgaben für

die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern werden wir hierfür zunächst die relevanten Empfehlungen der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vorstellen und diese mit Blick auf die Zielsetzung der interkulturellen Kompetenz kritisch untersuchen. Anschlie-

ßend stellen wir das Konzept des institutionellen und individuellen Alltagsrassismus dar, um dann die Schwierigkeiten zu erörtern, die sich in Alltag und Schule ergeben, wenn Rassismus verhandelt wird. Der Artikel endet mit einem Plädoyer für die Relevanz einer rassismuskritischen Perspektive im Rahmen der Professionalisierung von Lehrkräften.

## Länderübergreifende Empfehlungen

Mit der gemeinsamen Empfehlung „Lehrerbildung für eine Schule der Vielfalt“ haben HRK und KMK die Bedeutung von „Diversität in einem umfassenden Sinne“ unter Berücksichtigung „verschiedene(r) Dimensionen“ für die Lehrerbildung jüngst wieder deutlich hervorgehoben. Unter anderem wird darin zum Beispiel die Erwartung formuliert, dass (zukünftige) Lehrkräfte Benachteiligung im schulischen Kontext entgegenwirken und aufbrechen, indem sie „jedwede Diskriminierung vermeiden“.<sup>1</sup> Bereits in den vergangenen Jahren haben sowohl KMK als auch HRK ihr Augenmerk vor allem auf die migrationsbedingte Diversität gelegt. Im Zuge dessen wird in der Lehrerausbildung die Förderung interkultureller Kompetenz(en) gefordert, um mit der migrationsbedingten Vielfalt der Schülerschaft umgehen zu lernen. So sollen Lehramtsstudierende im Rahmen ihrer Ausbildung Kenntnisse über die „interkulturellen Dimensionen bei der Gestaltung von Bildungs- und Erziehungsprozessen“ erwerben und in der Praxis die „soziale und kulturelle Diversität in der jeweiligen Lerngruppe (beachten)“.<sup>2</sup> Eine gesonderte Auseinandersetzung mit Rassismus findet in den Vorgaben für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern bisher an keiner Stelle Berücksichtigung.

<sup>1</sup> HRK/KMK, Lehrerbildung für eine Schule der Vielfalt. Gemeinsame Empfehlung von Hochschulrektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz, März 2015, [www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2015/2015\\_03\\_12-Schule-der-Vielfalt.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2015/2015_03_12-Schule-der-Vielfalt.pdf) (18.9.2015), S. 2.

<sup>2</sup> KMK, Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften, Fassung vom 12.6.2014, [www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2004/2004\\_12\\_16-Standards-Lehrerbildung-Bildungswissenschaften.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2004/2004_12_16-Standards-Lehrerbildung-Bildungswissenschaften.pdf) (18.9.2015), S. 9. Vgl. auch HRK, Empfehlungen zur Lehrerbildung, 14.5.2013, [www.hrk.de/uploads/media/Empfehlungen\\_zur-Lehrerbildung\\_2013.pdf](http://www.hrk.de/uploads/media/Empfehlungen_zur-Lehrerbildung_2013.pdf) (18.9.2015), S. 6.

Aus den länderübergreifenden Leitlinien „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“ der KMK geht zudem hervor, dass interkulturelle Kompetenz zum einen als Handlungskompetenz von Lehrkräften, zum anderen als Bildungsinhalt beziehungsweise Bildungsziel für die Schülerinnen und Schüler betrachtet wird. Dabei wird interkulturelle Kompetenz als „Kernkompetenz für das verantwortungsvolle Handeln in einer pluralen, global vernetzten Gesellschaft“ bezeichnet, die jedoch „nicht nur die Auseinandersetzung mit anderen Sprachen und Kulturen (bedeutet), sondern vor allem die Fähigkeit, sich selbstreflexiv mit den eigenen Bildern von Anderen auseinander und dazu in Bezug zu setzen sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen für die Entstehung solcher Bilder zu kennen und zu reflektieren“. Explizit wird gefordert, für Benachteiligung und Diskriminierung zu sensibilisieren und dagegen vorzugehen. Bei den Schülerinnen und Schülern sei der „Erwerb interkultureller Kompetenzen im Unterricht aller Fächer und durch außerunterrichtliche Aktivitäten“ zu fördern. Dabei wird an zwei Stellen explizit formuliert, dass sie unterstützt werden sollen, „bewusst gegen Diskriminierung und Rassismus ein(zu)treten“.<sup>¶</sup>

## Rassismuskritische Auseinandersetzung mit den Empfehlungen

Auch wenn es gut gemeint ist, ist die Verwendung des Begriffs „interkulturelle Kompetenz“ durchaus kritisch zu sehen: suggeriert er (angehenden) Lehrerinnen und Lehrern doch einen Kompetenzerwerb, der sie in die Lage versetzt, „mit heterogenen und durch kulturelle Vielfalt geprägten Lerngruppen pädagogisch erfolgreich umzugehen“<sup>¶</sup> – dabei aber das pädagogische Handeln ausschließlich auf den Umgang mit einer spezifischen, festgeschriebenen Zielgruppe fokussiert, und zwar „die“ Schülerinnen und Schüler mit „Migrationshintergrund“.<sup>¶</sup> Der Begriff gibt vor, Rezeptwis-

¶ KMK, Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule, Fassung vom 5.12.2013, [www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/1996/1996\\_10\\_25-Interkulturelle-Bildung.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/1996/1996_10_25-Interkulturelle-Bildung.pdf) (18.9.2015), S. 2ff., S. 7.

¶ HRK (Anm. 2), S. 6.

¶ Der Zusatz „Migrationshintergrund“ ist irreführend: In quantitativer Hinsicht sind die meisten der hier lebenden Kinder und Jugendlichen in Deutschland geboren und aufgewachsen. Die wenigsten be-

ziehungsweise -handlungen im Umgang mit einer im allgemeinen Bildungsdiskurs häufig als problematisiert dargestellten, homogenisierten Gruppe zu ermöglichen. Die Annahme, dass die Präsenz von „Migrantinnen“ und „Migranten“ in pädagogischen Institutionen „spezifische kulturelle Fertigkeiten und spezifisches kulturelles Wissen aufseiten der professionellen Nicht-Migrant/innen erforderlich mache“, verstärkt die „migrationsbedingte Differenzierung und Markierung“ in kulturell „Andere“ und kulturell „Nicht-Andere“.<sup>¶</sup>

Durch die von der HRK formulierte Empfehlung, in der Lehrerbildung Auslandspraktika zur Förderung interkultureller Kompetenzen zu ermöglichen, wird die Differenzmarkierung untermauert, weil damit nahegelegt wird, dass ein sogenannter Migrationshintergrund automatisch „nicht deutsch“ bedeutet – als wären die betreffenden Schülerinnen und Schüler keine Deutschen. So wird eine Art „Ausländerhabitus“<sup>¶</sup> erzeugt, der eine Homogenisierung zweier Gruppen („Deutsch“ und „Nicht-Deutsch“) konstruiert und damit dem Grundsatz der rassismuskritischen Beschulung zuwiderläuft. Der dieser Sichtweise zugrunde liegende Kulturbegriff befördert gesellschaftliche Inklusions- und Exklusionsverfahren, die die Schülerinnen und Schüler auf eine Zugehörigkeit zu ethnischen Herkunfts- und Abstammungsgemeinschaften festlegen; rassistische Ausgrenzungsstrategien werden dadurch letztlich fortgeschrieben.<sup>¶</sup>

Nicht allein die Differenzbeschreibung, sondern vor allem die damit reproduzierten Dominanzverhältnisse, die „in Kategorien der

sitzen einen „Migrationshintergrund“ in dem Sinne, dass sie selbst eingewandert sind. Daher ist generell zu fragen: Wie lange wird ein Mensch als „Migrant“ oder „Migrantin“ bezeichnet?

¶ Paul Mecheril et al., Migrationspädagogik, Weinheim–Basel 2010, S. 78. Vgl. auch Franz Hamburger, Abschied von der Interkulturellen Pädagogik. Plädoyer für einen Wandel sozialpädagogischer Konzepte, Weinheim–Basel 2012<sup>2</sup>, S. 50f.

¶ Paul Mecheril, Prekäre Verhältnisse. Über nation-ethno-kulturelle (Mehrfach-)Zugehörigkeit, Münster 2003, S. 216.

¶ Vgl. Dorothea Bender-Szymanski, Interkulturelle Kompetenz bei Lehrerinnen und Lehrern aus der Sicht der empirischen Bildungsforschung, in: Georg Auernheimer (Hrsg.), Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität, Wiesbaden 2013<sup>4</sup>, S. 201–228, hier: S. 201.

## Erscheinungsformen von Rassismus

Über- und Unterordnung gefaßt sind“,<sup>9</sup> bergen die Gefahr aufgrund einer einseitigen und eindimensionalen Auffassung ohne Berücksichtigung der Machtunterschiede bestimmte Schüler(gruppen) zu problematisieren.<sup>10</sup> Aus diesem Grund sollte Rassismuskritik elementarer Bestandteil in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sein. Da sie in den dargestellten Empfehlungen von KMK und HRK jedoch keine Rolle spielt, liegt der Schluss nahe, dass dort offenbar davon ausgegangen wird, dass die Anbahnung interkultureller Kompetenz quasi automatisch Rassismus verhin- dert – als bildeten beide ein komplementäres Begriffspaar, was mitnichten so ist.

Darüber hinaus werden die Anforderungen bezüglich der interkulturellen Kompetenz beziehungsweise der migrationsbedingten Diversität in den bildungspolitischen Vorgaben umfangreich dargestellt, ohne sie jedoch bildungswissenschaftlich und fachdidaktisch umzusetzen oder anzubahnen. So wird vor dem Hintergrund „interkulturelle(r) Handlungskompetenzen“<sup>11</sup> von ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern zwar eine Reflexion über eigene „Fremd“-Bilder erwartet, eine rassismuskritische Auseinandersetzung aber nicht explizit benannt. Weiterhin wird von Lehrkräften verlangt, dass sie sich gegen Benachteiligung und Rassismus in der Schule einsetzen. Es ist jedoch fraglich, wie sie zu diesen komplexen metakognitiven, (selbst)kritischen Leistungen befähigt werden sollen, wenn rassismuskritische Erörterungen, die zu einer Sensibilisierung rassismuskritischer Wissensbestände beitragen, in der Ausbildung nicht vorkommen.

Es kristallisiert sich damit eine Leerstelle zwischen der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern und der Erwartung an ihr Professionsprofil heraus. Denn die Anforderungen an pädagogisches Handeln in der Schule sind konkret und erfordern einen differenzierteren Blick auf die interkulturelle Handlungskompetenz. Hierbei ist insbesondere auch die Haltung der Lehrkräfte in den Blick zu nehmen, die (selbst)kritisch sein muss, um eigene Einstellungen und Handlungen hinterfragen zu können.

<sup>9</sup> Birgit Rommelspacher, *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*, Berlin 2006<sup>2</sup>, S. 22.

<sup>10</sup> Vgl. P. Mecheril et al. (Anm. 6), S. 136f., S. 141, S. 159f.

<sup>11</sup> KMK (Anm. 3), S. 8.

Während die normative Wirklichkeit in der Bundesrepublik (mehrheitlich) von dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes und des Antidiskriminierungsschutzes geprägt ist, weist die gesellschaftliche Realität egalitätsverweigernde und somit auch rassistische Strukturen auf: So haben zwar weiße Deutsche, Deutsche of Color beziehungsweise Schwarze Deutsche auf dem Papier dieselben Rechte, doch in der alltäglichen Praxis besitzen die Erstgenannten mehr (un)sichtbare Privilegien als die beiden anderen Gesellschaftsgruppen.<sup>12</sup>

Die Rassismusforscherin Philomena Essed definiert Alltagsrassismus als latente und subtile Form des Rassismus, die „eine Ideologie, eine Struktur und einen Prozess (darstellt), mittels derer bestimmte Gruppierungen auf der Grundlage tatsächlicher oder zugeschriebener biologischer oder kultureller Eigenschaften als wesensmäßig andersgeartete und minderwertige ‚Rassen‘ oder ethnische Gruppen angesehen werden. In der Folge dienen diese Unterschiede als Erklärung dafür, dass Mitglieder dieser Gruppierungen vom Zugang zu materiellen und nicht-materiellen Ressourcen ausgeschlossen werden.“<sup>13</sup> Die Wirkungsweise von Rassismus beschreibt sie wie folgt: „Rassismus als Ideologie wird auf sozialer Ebene reproduziert. Er wird mitgeteilt und weitergeleitet über formelle und informelle Kanäle. Auf der formellen Ebene erfolgt die Vermittlung des Rassismus durch politische Abhandlungen, durch die Medien und auf dem Bildungssektor. Die informelle Weiterleitung des Rassismus wird erzeugt bei der Soziali-

<sup>12</sup> Ein Beispiel für Ungleichbehandlung ist das sogenannte *racial profiling*. Der Begriff „People of Color“ bezieht sich auf alle rassifizierte Menschen, die in unterschiedlichen Anteilen über afrikanische, asiatische, lateinamerikanische, arabische, jüdische, indigene oder pazifische Herkünfte oder Hintergründe verfügen. Er verbindet diejenigen, die durch die Dominanzkultur marginalisiert sowie durch Gewalt kolonialer Tradierungen und Präsenzen kollektiv abgewertet werden.“ Kien Nghi Ha, *People of Color – Koloniale Ambivalenzen und historische Kämpfe*, in: ders. et al. (Hrsg.), *Re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland*, Münster 2007, S. 31–40, hier: S. 37.

<sup>13</sup> Philomena Essed, *Rassismus und Migration in Europa*, Hamburg 1992, S. 375.

sation in der Familie, bei Gesprächen in der Nachbarschaft, unter Freunden und in anderen privaten Sphären.“<sup>14</sup>

Diese Definition deckt sich mit derjenigen der Diversity-Forscherin Maureen Maisha Eggers, die vier Elemente herausgearbeitet hat, die „Rassismus als gesellschaftliches Ordnungsprinzip“ ausmachen: *erstens* die „Kategorisierung weiße und ‚nicht-weiße‘ Menschen (Markierungspraxis)“; *zweitens* die „Feststellung der ‚Andersheit‘ von rassistisch markierten Menschen (Differenzierungspraxis)“; *drittens* die „Festlegung der Minderwertigkeit ihres moralischen Status (hierarchische Positionierung)“ sowie *viertens* „ihr Ausschluss aus dem zivilpolitischen Regulationssystem (...) (Ausschlusspraxis)“.<sup>15</sup>

Das Wissen über sozial konstruierte „Rassen“ und die damit einhergehenden (de)privilegierenden Dimensionen verorten beide Wissenschaftlerinnen unter anderem in der Sozialisation von Gesellschaftsmitgliedern. Somit wächst jeder Mensch, der in Deutschland sozialisiert wird, mit Wissen auf, das als „rassistisches Wissen“<sup>16</sup> bezeichnet werden kann. Dieses führt dazu, die eigene Gesellschaft und die eigene sozial konstruierte „weiße Rasse“ als anderen Gesellschaften und anderen sozial konstruierten „Rassen“ überlegen anzusehen. Bereits Kleinkinder besitzen rassistisches Wissen und benutzen dieses, um sich selbst und ihr soziales Umfeld zu kategorisieren.<sup>17</sup>

<sup>14</sup> Dies., Die Niederländer als Alltagsproblem. Einige Anmerkungen zum Charakter des Weißen Rassismus, in: dies./Chris Mullard, Antirassistische Erziehung. Grundlagen und Überlegungen für eine antirassistische Erziehungstheorie, Felsberg 1991, S. 11–44, hier: S. 15.

<sup>15</sup> Maureen Maisha Eggers, Rassifizierte Machtdifferenz als Deutungsperspektive in der Kritischen Weißseinsforschung in Deutschland, in: dies. et al. (Hrsg.), Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland, Münster 2009<sup>2</sup>, S. 57, S. 59.

<sup>16</sup> Mark Terkessidis, Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive, Bielefeld 2004, S. 10.

<sup>17</sup> Vgl. Maureen Maisha Eggers, Rassifizierung und kindliches Machtempfinden. Wie schwarze und weiße Kinder rassifizierte Machtdifferenz verhandeln auf der Ebene der Identität, Diss., Kiel 2005, [http://macau.uni-kiel.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dissertation\\_derivate\\_00002289/Dissertation\\_Maureen\\_Eggers.pdf](http://macau.uni-kiel.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dissertation_derivate_00002289/Dissertation_Maureen_Eggers.pdf);jsessionid=35E99F8E3A5A50F1D646853B35A04281 (18. 9. 2015).

Der institutionelle Rassismus unterscheidet sich in zweifacher Hinsicht vom direkten Rassismus: Zum einen ist er in seiner Entstehungs- und Wirkungsform komplexer als der direkte Rassismus, weil die aus ihm resultierenden Benachteiligungen zum Teil von den rassistischen Personen nicht mutwillig ausgehen beziehungsweise nicht beabsichtigt sind. Die Ungleichbehandlung geht nicht von der einzelnen Politikerin oder dem einzelnen Lehrer aus, sondern von dem Netz der Institutionen, deren Maßnahmen in der Erziehung, Wirtschaft und Rechtsprechung kumulativ wirken und in der Summe den Zustand rassistischer Diskriminierung bewirken.<sup>18</sup> Der institutionelle Rassismus wird auch indirekter oder versteckter Rassismus genannt, weil bei ihm die Handlung nicht von (rassistisch) diskriminierenden Einzelhandlungen, sondern durch Organisationsprozesse innerhalb von Institutionen und somit von systeminhärenten Strukturen ausgeht.<sup>19</sup> Dieser Umstand macht sowohl seine Benennung als auch seine Bekämpfung zu einer vielschichtigeren Aufgabe als die Beseitigung von offenem, direktem Rassismus. Zum anderen gründet sich der direkte Rassismus auf die unterschiedliche Behandlung von Gesellschaftsmitgliedern aufgrund ihrer sozial konstruierten „Rasse“, wohingegen der institutionelle Rassismus seine negativen Auswirkungen auch entfaltet, wenn alle Personen, trotz ungleicher Privilegien, gleich behandelt werden.

## Schwierigkeiten bei der Verhandlung von Rassismus

Die Ursache für einen bagatellisierenden Umgang mit dem Thema Rassismus in der Schule liegt unter anderem daran, dass es in der deutschen Gesellschaft nach wie vor schwierig ist, Handlungen und Sinnbezüge, die „rassismusrelevant“ sind,<sup>20</sup> zu beschreiben, diese zu diskutieren und als solche zu benennen. Eine Ursache dafür ist sicherlich auch das Selbst-

<sup>18</sup> Vgl. Michael Bommers/Frank-Olaf Radtke, Institutionelle Diskriminierung von Migrantenkindern. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, in: Zeitschrift für Pädagogik, 39 (1993) 3, S. 483–491.

<sup>19</sup> Vgl. Mechtild Gomolla/Frank-Olaf Radtke, Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, Wiesbaden 2009<sup>3</sup>.

<sup>20</sup> Anja Weiß, Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit, Wiesbaden 2013<sup>2</sup>, S. 81.

verständnis der Bundesrepublik als postnationalsozialistischer Staat, in dem es seit 1945 offiziell keinen Rassismus mehr gibt.

Nachfolgend werden vier Distanzierungsmuster beschrieben, die eine rassismuskritische Auseinandersetzung in der deutschen Gesellschaft im Allgemeinen und in der Schule im Speziellen behindern:<sup>F1</sup>

#### 1. *Diagnosen als Skandal*

Die gesellschaftliche Inszenierung von Rassismus als skandalöse Tat, die eine Besonderheit im gesellschaftlichen Umgang darstellt und als außerordentlicher Eklat zwischenmenschlicher Interaktion gewertet wird, kann der alltäglichen Praxis des Rassismus nicht gerecht werden, weil Schwarze deutsche Schülerinnen beziehungsweise Schüler of Color Rassismus in ihrer Lebenswirklichkeit regelmäßig wahrnehmen und davon betroffen sind.

#### 2. *Verlagerung in den (Rechts-)Extremismus*

Die Verlagerung von Rassismus in das rechtsextreme Milieu und die Annahme, dass rassistisches Wissen nur von einigen wenigen Rechtsextremen geteilt wird, ist nicht geeignet, um im schulischen Kontext die Ursachen- und Wirkungszusammenhänge des gesellschaftlichen Rassismus zu analysieren und wirkungsvolle Rassismuskritik zu betreiben. Stattdessen muss anerkannt werden, dass bürgerliche Schichten, die die Mitte der Gesellschaft symbolisieren (unter anderem Lehrkräfte), rassistisches Wissen (re)produzieren.

#### 3. *Kulturalisierung*

Im zeitgenössischen Rassismus hat die Unterscheidungskategorie der Kultur an Einfluss gegenüber der historischen Differenzierungsgrundlage der biologischen „Rasse“ gewonnen,<sup>F2</sup> sodass nun die Zugehörigkeitsunterscheidung, die maßgeblich für die

gesellschaftliche Macht- und Privilegienvergabe verantwortlich ist, (auch) entlang (fiktiver) kultureller Grenzziehungen verläuft.

#### 4. *Verschiebung in die Vergangenheit*

Ein wichtiger Grund, warum die Ursachen- und Wirkungsanalyse von Rassismus in der Gesellschaft und in der Schule gegenwärtig nur unzureichend betrieben werden kann, ist der Umstand, dass die alltägliche Praxis des zeitgenössischen Rassismus in der hiesigen Gesellschaft weitgehend negiert und stattdessen vor allem auf die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft bis 1945 bezogen wird.

## Notwendigkeit der Rassismuskritik

Vor diesem Hintergrund zeigt sich die dringende Notwendigkeit, insbesondere die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer so zu verändern, dass (angehende) Lehrkräfte Rassismus in der Schule nicht (re)produzieren.

In dem Beschluss der KMK „Standards für Lehrerbildung: Bildungswissenschaften“ von 2004 nimmt die Förderung der Reflexion in der Lehrerbildung eine elementare Rolle ein. Insbesondere „biografisch-reflexive Ansätze“ werden empfohlen.<sup>F3</sup> In diesem Zusammenhang sollte die Ausbildung Impulse zur rassismuskritischen Reflexion liefern, damit die Dichotomisierung und Hierarchisierung ethnisch-kultureller Markierungen sowie die damit verbundenen Zuschreibungen bewusst gemacht und in einem weiteren Schritt aufgebrochen werden können.<sup>F4</sup> Erst durch das Bewusstwerden der eigenen Sozialisation mit ihrer rassistischen Prägung kann eine Veränderung der eigenen Denk- und Verhaltensmuster erreicht werden. Die (selbst)kritische Reflexion ermöglicht schließlich, dass nach den Prinzipien der Gleichheit und Gleichberechtigung die Grundlage geschaffen werden kann, allen Kindern (sowie Eltern) gegenüber eine anerkennende sowie rassismussensible Haltung zum Ausdruck zu bringen.

Zu dieser professionellen rassismuskritischen Haltung gehört auch, Rassismuserfahrungen von Schülerinnen of Color sowie von Schwarzen deutschen Schülern ernst zu nehmen.

<sup>F1</sup> Vgl. Wiebke Scharathow, *Risiken des Widerstandes. Jugendliche und ihre Rassismuserfahrungen*, Bielefeld 2014, S. 29f.; Astrid Messerschmidt, *Distanzierungsmuster. Vier Praktiken im Umgang mit Rassismus*, in: Anne Broden/Paul Mecheril (Hrsg.), *Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft*, Bielefeld, S. 41–57; Paul Mecheril et al. (Anm. 6), S. 162f.

<sup>F2</sup> Vgl. Étienne Balibar, *Gibt es einen „neuen Rassismus“?*, in: *Das Argument*, 45 (1989) 252, S. 707–721.

<sup>F3</sup> Vgl. KMK (Anm. 2), S. 6.

<sup>F4</sup> Vgl. P. Mecheril et al. (Anm. 6), S. 168f.



men und diesen Möglichkeitsräume zu schaffen, damit sie eine Sprache finden, um Rassismus zu benennen. Zu diesem Zweck gilt es, „die eigene strukturelle Verwobenheit (...) sei es aufgrund eigener (Rassismuserfahrungen, *Anm. d. A.*) oder aufgrund der eigenen privilegierten (...) Position, in der Whiteness unsichtbar gemacht wird, weil es der unausgesprochenen Norm entspricht“,<sup>F25</sup> anzuerkennen und aufzuarbeiten.

## Fazit

Rassismus ist Teil der Lebenswirklichkeit aller Menschen, die in Deutschland leben, unterrichtet werden und selbst unterrichten, weil jede Person sozialisationsbedingt rassistisches Wissen besitzt. Aus diesem Grund ist eine rassismusfreie Gesellschaft eine bisher unerreichte Utopie, weil „in allem, was wir wissen (...) ein Stück rassistische Wissensgeschichte“ steckt.<sup>F26</sup> Aus diesem Grund geht es darum, mit Rassismus und rassistischem Wissen sensibel und kritisch umzugehen. So sollte die (selbst)kritische Auseinandersetzung mit Rassismus in der Gesellschaft zu einem obligatorischen Bestandteil in der von der KMK erstellten Liste über die „curricularen Schwerpunkte der Bildungswissenschaften in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern“ werden.<sup>F27</sup>

„Es kommt darauf an, dass man lernt, die eigene Praxis unter dem Gesichtspunkt zu beobachten, wo versteckte latente Mechanismen (des Rassismus, *Anm. d. A.*) bisher nicht wahrgenommen werden konnten“.<sup>F28</sup> Weiße deutsche Lehramtsstudierende und (angehende) Lehrerinnen und Lehrer sollten sich mit ihrem Weißsein und den damit zusammenhängenden (un)sichtbaren Privilegien auseinandersetzen und diese Schritt für Schritt dekonstruieren; zudem sollten sich die (angehenden) Lehrkräfte fortwährend selbstkritisch fragen, „Was passiert (in der Schule, *Anm. d. A.*) eigentlich Rassismusrelevantes?“<sup>F29</sup> Erst durch

die Entkategorisierung können Individuen als solche wahrgenommen und „kollektivierende Zuschreibungen“<sup>F30</sup> vermieden werden, sodass rassismusrelevante (pädagogische) Haltungen und Praktiken unter dem Deckmantel der Förderung nicht weiter bestehen bleiben.

Schwarze deutsche Lehramtsstudierende und angehende Lehrerinnen und Lehrer von Color sollten, angesichts ihrer selbst durchlebten rassistischen Erfahrungen, insbesondere in der eigenen Bildungsbiografie, in der Lehramtsausbildung Empowerment erfahren, um behutsam mit eigenen Kraftressourcen umzugehen und zu lernen, ihre körperliche und psychische Unversehrtheit zu wahren.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit schulischer und universitärer Rassismuskritik steckt noch in den Kinderschuhen. Um die zahlreichen Forschungslücken beziehungsweise Desiderata zu schließen, sind grundlegende empirische Studien notwendig. Beispielsweise sollte erforscht werden, wie die Leerstelle zwischen der unzureichenden rassismuskritischen Ausbildung von Lehramtsstudierenden und der anschließenden Erwartung rassismussensiblen Handelns von Lehrerinnen und Lehrern in der schulischen Praxis beseitigt werden kann. Außerdem sollte die rassismuskritische Schulbuchforschung die Lehrwerke in den Schulen kritisch analysieren und eine Neubewertung des Curriculums vornehmen.<sup>F31</sup>

<sup>F25</sup> Vgl. A. Messerschmidt (Anm. 21), S. 39.

<sup>F26</sup> Susan Arndt, Rassismus und Wissen, in: Gudrun Hentges et al. (Hrsg.), Sprache – Macht – Rassismus, Berlin, S. 17–34, hier: S. 33.

<sup>F27</sup> KMK (Anm. 2), S. 5.

<sup>F28</sup> M. Gomolla/F. O. Radtke (Anm. 19), S. 292.

<sup>F29</sup> Nadine Rose, Differenz-Bildung. Zur Inszenierung von Migrationsanderen im schulischen Kontext, in: A. Broden/P. Mecheril (Anm. 21.), S. 209–233, hier: S. 229.

<sup>F30</sup> F. Hamburger (Anm. 6), S. 89.

<sup>F31</sup> Vgl. Elina Marmar/Papa Sow (Hrsg.), Wie Rassismus aus Schulbüchern spricht. Kritische Auseinandersetzung mit „Afrika“-Bildern und Schwarz-Weiß-Konstruktionen in der Schule. Ursachen, Auswirkungen und Handlungsansätze für die pädagogische Praxis, Weinheim 2015.

Heike Kleffner

# Die Leerstelle in der Fachdiskussion füllen. Sozialarbeit und der NSU-Komplex

Seit Monaten hetzen im gesamten Bundesgebiet Neonazis und neonazistisch unterwanderte Bürgerinitiativen gegen die Unterbringung von Geflüchteten – in Dörfern ebenso wie in Kleinstädten und Städten wie Berlin oder Dortmund. Die Angebote, die organisierte neonazistische Strukturen dabei für Jugendliche und junge Erwachsene bereithalten, sind vielfältig und überall präsent: Insbesondere die zahllosen Facebook-Gruppen und Websites, über die rassistische Parolen bis hin zu offenen Aufforderungen zu Mord und Totschlag an Flüchtlingen und politischen Gegnern verbreitet werden, bieten einen niedrighschwelligsten Einstieg. Häufig gehen damit Mobilisierungen zu Aufmärschen und Protesten in der „realen Welt“ einher.

**Heike Kleffner**

Geb. 1966; Journalistin und Rechtsextremismusexpertin; derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag, zuvor Referentin der Fraktion Die Linke im Bundestag für den NSU-Untersuchungsausschuss.

Klaus-Jürgen Winter (Name geändert), der als Pädagoge in einem Brennpunktbezirk einer Großstadt im Osten Deutschlands vor allem mit männlichen Jugendlichen zwischen 12 und 16 Jahren arbeitet, hat das „neue Anziehungspotenzial“ der Neonazis, wie er es nennt, gerade erst an den Jugendlichen in seiner offenen Einrichtung beobachten müssen. Winter und sein Team waren sich sicher, dass die vor allem männlichen Teenager, die den offenen Jugendtreff eines freien Trägers besuchen, „wenn überhaupt, dann auf der Seite derer zu finden sein würden, die sich im Bezirk für Flüchtlinge engagieren“.<sup>1</sup> Umso überraschter war der erfahrene Mittvierziger, als „seine Kids“ am Wochenende nach dem vierten „Nein-zum-Heim“-Aufmarsch vor der neu eröffneten Flüchtlingsunterkunft plötzlich offensiv damit prahlten, wie sie Seite

an Seite mit organisierten Neonazis demonstriert hatten. Seitdem beschäftigt Winter und sein Team die Suche nach den Motiven für die Veränderung bei den Jugendlichen, die sich immer deutlicher auch im Zurschaustellen von Szene-Zugehörigkeitsmerkmalen bemerkbar macht – etwa durch das Tragen bestimmter Kleidermarken oder das Hören einschlägiger Musikbands wie „Sturmfront“ oder „Nordwehr“. Den Jugendlichen imponierte besonders das radikale Auftreten der Neonazis, die nicht „nur reden, sondern Lösungen anbieten“, sagt der Sozialpädagoge.

Dennoch ist Klaus-Jürgen Winter davon überzeugt, trotz dieser überraschenden Entwicklung innerhalb einer vorher eher „ganz normal schwierigen“ Gruppe in mehrfacher Hinsicht Glück zu haben: Der Träger des Treffpunkts habe dem Team schnell Unterstützung in Form von Fortbildungen und Supervision angeboten. Und vor allem: „An unserer Entscheidung, klar Position gegen die rassistischen Äußerungen der Jugendlichen zu beziehen und NPD-Kadern Hausverbot zu erteilen, rüttelt hier niemand.“ Kolleginnen und Kollegen in anderen Jugendeinrichtungen im Bezirk, die mit ähnlichen Entwicklungen konfrontiert seien, fühlten sich hingegen „allzu oft alleine gelassen mit einer neuen rechten Welle, die sich eben auch in der Jugendarbeit bemerkbar macht“.

„Über die Rolle der Sozialarbeit spricht kaum jemand“

Auch Hagen Ludwig, der als Sozialarbeiter schon Mitte der 1990er Jahre in Berlin-Treptow mit einer schnell wachsenden extrem rechten Jugendclique konfrontiert war, betont: „Eine Grundfrage bei akzeptierender Arbeit mit Rechten muss sich jede Pädagogin und jeder Pädagoge gleich am Anfang stellen: Inwieweit bin ich denen gewachsen? Kann ich überhaupt unterscheiden, wer Mitläufer und wer Kader ist? Und bin ich denen inhaltlich überhaupt gewachsen? Denn wenn ich nicht darauf vorbereitet bin, dann können die einen auch argumentativ schnell an die Wand reden.“ Zudem, so Ludwig, sei es wichtig, „diejenigen, die Verbindungen in die Szene haben, gezielt anzusprechen und ihnen zu

<sup>1</sup> Sofern nicht anders gekennzeichnet, stammen sämtliche Zitate aus Interviews mit der Autorin.

zeigen, dass man weiß, wo sie sich bewegen.“ Er könne allen Kollegen und Kolleginnen nur raten, „Kader und Strippenzieher“ aus der eigenen Einrichtung herauszuhalten.<sup>12</sup>

Ludwig weiß, wovon er spricht: Ein Besucher seiner Einrichtung, ein bekennender Neonazi, verübte Ende der 1990er Jahre einen Brandanschlag auf einen Treffpunkt alternativer Jugendlicher, bei dem nur durch glückliche Zufälle niemand zu Schaden kam. „Man darf die Entschlossenheit und die Militanz von organisierten Kadern einfach nicht unterschätzen – auch und gerade, wenn sie in den offenen Jugendtreffs wortgewandt und immer an der Grenze des Erlaubten auftreten.“ Und noch etwas ist ihm wichtig: „In den letzten Jahren war ja immer viel die Rede davon, dass Polizei und Verfassungsschutz die Konsequenzen aus der Mordserie des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘ ziehen müssen. Über die Rolle der Sozialarbeit und Jugendtreffs in diesem Zusammenhang spricht aber kaum jemand.“

Albert Scherr, der als Soziologe und Sozialarbeitswissenschaftler an der Pädagogischen Hochschule in Freiburg im Breisgau seit fast zwei Jahrzehnten die Entwicklungen in der pädagogischen Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen begleitet, betont: „Eine angemessene fachliche Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex findet in der Sozialen Arbeit bislang nicht statt.“ Er vermutet die Gründe dafür zum einen in einer „Gewöhnung innerhalb der Sozialen Arbeit daran, dass Rechtsextremismus zur gesellschaftlichen Normalität gehört“. Zum anderen werde die fachliche Auseinandersetzung über, der fachliche Streit um, aber auch die Weiterentwicklung von entsprechenden Konzepten von Sozialarbeit mit rechtsextremen, aber auch rechts-affinen Jugendlichen und jungen Erwachsenen kaum noch offensiv und öffentlich geführt.

<sup>12</sup> Vgl. weiterführend: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)/Verein für Demokratische Kultur (Hrsg.), Handreichung zur Rechtsextremismus-Prävention und -Intervention in der Jugendarbeit. Für eine menschenrechtsorientierte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Berlin 2006, [www.mbr-berlin.de/materialien/publikationen-handreichungen/pravention-und-intervention-in-der-jugendarbeit](http://www.mbr-berlin.de/materialien/publikationen-handreichungen/pravention-und-intervention-in-der-jugendarbeit) (18.9.2015); Agentur für Soziale Perspektiven (Hrsg.), Grauzonen: Rechte jugendliche Lebenswelten in Musikkulturen, Berlin 2014, [https://aspberlin.de/mediapool/gz\\_broschuere\\_web\\_s1-7\\_kl.pdf](https://aspberlin.de/mediapool/gz_broschuere_web_s1-7_kl.pdf) (18.9.2015).

Und nicht zuletzt müsse die politische Bildung insgesamt in der Aus- und Fortbildung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern gestärkt werden, damit die Fachkräfte befähigt würden, sich als gesellschaftspolitische Akteure zu begreifen.

Barbara Schäuble, Professorin an der Alice Salomon Hochschule in Berlin, spricht im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex von einer „Leerstelle in der Aus- und Fortbildung von Sozialarbeitern und Pädagogen“. Weil die Studierenden ihres Seminars trotz der medialen Berichterstattung wenig Wissen über die rassistische Mordserie des NSU hatten und es „kaum glauben konnten, dass neonazistische Gewalt über Jahre hinweg ungeahndet bleiben konnte“, organisierte Schäuble gemeinsam mit einer Kollegin und einem Studenten im Rahmen eines Seminars im Sommer 2015 einen Besuch beim Prozess gegen Beate Zschäpe und ihre Mitangeklagten vor dem Oberlandesgericht München.

Auch Josefine Heusinger, die an der Hochschule Magdeburg im Frühjahr 2015 eine gut besuchte Vorlesungsreihe unter dem Motto „Von der Mitte zum braunen Rand“ initiiert hatte, hat bei ihren Studierenden großes Interesse an einer fundierten Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Berufsfeld der Sozialen Arbeit festgestellt. Dass die Vorlesungsreihe so breit angenommen wurde, habe ihr „nicht nur deutlich vor Augen geführt, wie viele Berührungspunkte die Studierenden mit dem Thema Rechtsextremismus haben – beispielsweise in ihrem familiären oder sozialen Umfeld“. Vielmehr sei deutlich geworden, dass es sich beim Thema Rechtsextremismus auch um eine Querschnittsaufgabe für die Lehrenden an der Hochschule handle. Schließlich kämen Sozialarbeiter und -pädagoginnen – unabhängig davon ob sie für freie Träger oder Behörden arbeiteten – vielerorts mit (potenziellen) Opfern und Täterinnen und Tätern rechter und rassistischer Gewalt und Diskriminierung in Berührung.

Die Professorin für Grundlagen und Handlungstheorien der Sozialen Arbeit betont, dazu gehöre auch, dass Sozialarbeiterinnen und -arbeiter und Studierende der Sozialen Arbeit sich mit dem NSU und seiner Entstehungsgeschichte beschäftigen. Denn es bestehe die Gefahr, den NSU und die in dessen Netzwerk handelnden Personen – seien

es Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe als das mutmaßliche Kern-Trio oder deren polizeibekannte Unterstützer und Helferinnen aus Thüringen und Sachsen – als etwas „Außergewöhnliches“ zu betrachten und davon auszugehen, dass eine Wiederholung unmöglich sei. Dabei werde aber ein entscheidender Aspekt ausgeblendet: die weit verbreiteten rassistischen Einstellungen, als deren Vollstrecker sich die Aktivistinnen und Aktivisten des NSU fühlen konnten.

## NSU-Komplex als Fallbeispiel

Barbara Schäuble verweist darauf, dass es in der Aus- und Fortbildung von Sozialarbeitern gängige Praxis sei, im Sinne lernender Organisationen mit sogenannten Worst-Case-Fallbeispielen zu arbeiten, etwa wenn es um Themen wie Kindeswohlgefährdung bei Kindern und Jugendlichen ginge. Mit Blick auf den NSU-Komplex ist die Professorin davon überzeugt, dass es anhand von Primär- und Sekundärquellen möglich ist, ein ausdifferenziertes Praxisszenario zu zentralen Fragen der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie der Gemeinwesenarbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu entwickeln. Zu den wichtigsten Quellen gehören etwa die Fernsehinterviews mit Sozialarbeitern und Streetworkern wie Thomas „Kaktus“ Grund aus Jena, der in den frühen 1990er Jahren mit den Besuchern des Winzerla-Jugendclubs arbeitete, in dem auch Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe ein- und ausgingen, oder die Anhörungen von Sachverständigen zur Rolle der Jugendarbeit in den 1990er Jahren in den NSU-Untersuchungsausschüssen der Landtage Thüringen und Sachsen.

Tatsächlich werden in den Abschlussberichten des Thüringer Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ und des Sächsischen Untersuchungsausschusses zwei zentrale Aspekte deutlich. *Ers- tens*: Der Streit über die Konsequenzen und Schlussfolgerungen aus der „akzeptierenden Jugendsozialarbeit“ mit rechtsextremen Jugendlichen und jungen Erwachsenen dauert bis heute an. Von 1992 bis 1996 wurden unter anderem im Rahmen des „Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) in Thüringen und Sachsen drei Dutzend Projekte der Jugendsozialarbeit aus

Bundesmitteln zusätzlich gefördert,<sup>f</sup> darunter sowohl der Winzerla-Jugendclub in Jena als auch die Mobile Jugendarbeit im Heckert-Stadtviertel in Chemnitz. *Zweitens*: Die kommunalen Jugendtreffpunkte in Jena-Winzerla und im Heckert-Viertel in Chemnitz stellen wichtige Bausteine in der Entstehungsgeschichte des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ dar.

Fernsehbeiträge zum NSU zeigen immer wieder Bilder eines für die Nachwendzeit bis zum Ende der 1990er Jahre in den ostdeutschen Bundesländern vertraut wirkenden Jugendclubszenarios: eine sanierungsbedürftige, mit Graffiti überzogene Baracke und inmitten von ganz „normalen“ Jugendlichen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt im „klassischen“ Neonazi-Outfit mit Glatze und Bomberjacke.<sup>f</sup> In Interviews und auch in dem von ihm mitverantworteten Film „Der verlorene Sohn. Uwe Böhnhardt – der Weg in den Untergrund“ erklärt und verteidigt Thomas Grund die Entscheidung des Streetworker- und Sozialarbeiterteams, „dass wir Gruppen gemischt haben. Dass wir versucht haben, rechtes Denken abzubauen“.<sup>f</sup> Er äußert sich überzeugt davon, dass es sonst noch viel mehr rechtsextreme Jugendliche gegeben hätte.

Der Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss hat sich als bislang einziger parlamentarischer Untersuchungsausschuss auch mit der Rolle der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen und neonazistischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei der Entste-

<sup>f</sup> Vgl. Irina Bohn/Richard Münchmeier, Dokumentation des Modellprojekts, in: Jürgen Fuchs (Hrsg.), Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG), Bd. 1, Münster 1997, S. 207ff. Eine Kurzdarstellung des AgAG-Programms aus der Perspektive der Bundesregierung findet sich auch unter: BIK Netz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus, Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG), o.D., [www.biknetz.de/wissen-generieren/bundesprogramme/agag.html](http://www.biknetz.de/wissen-generieren/bundesprogramme/agag.html) (18. 9. 2015).

<sup>f</sup> Vgl. Ulrich Stoll, Brauner Terror, Blinder Staat. Frontal 21 Dokumentation, ZDF, 27. 6. 2012, [www.youtube.com/watch?v=5w8Zaxdq62k](http://www.youtube.com/watch?v=5w8Zaxdq62k) (18. 9. 2015); Anklage Mord – der Prozess gegen die NSU, Deutsche Welle 2013, [www.youtube.com/watch?v=7EIO1B0mefk](http://www.youtube.com/watch?v=7EIO1B0mefk) (18. 9. 2015).

<sup>f</sup> Zit. nach: Andreas Kuno Richter, Der verlorene Sohn: Uwe Böhnhardt – der Weg in den Untergrund, 2012, [www.eikon-nord.de/produktionen/details/der-verlorene-sohn-uwe-boehnhardt-der-weg-in-den-untergrund.html](http://www.eikon-nord.de/produktionen/details/der-verlorene-sohn-uwe-boehnhardt-der-weg-in-den-untergrund.html) (18. 9. 2015).

hung des NSU-Netzwerks auseinandergesetzt und eine Reihe von Sachverständigen und Zeugen dazu gehört. Experten wie der Jenaer Soziologe Matthias Quent kritisierten vor dem Untersuchungsausschuss, dass mithilfe staatlicher Mittel – insbesondere durch das AgAG-Programm – nicht nur Anlaufpunkte für rechtserichtete Jugendliche geschaffen, sondern auch rechtsextreme Strukturen mit aufgebaut worden seien.<sup>16</sup> Vor den Abgeordneten des Thüringer Landtags schilderten Sachverständige und Zeugen – darunter ehemalige Sozialarbeiter, Jugendamtsmitarbeiter, Polizeibeamte und Wissenschaftler –, wie im Winzerla-Jugendtreff und in anderen aus Mitteln des AgAG-Programms finanzierten Jugendprojekten aus auf den ersten Blick losen rechten Gruppen gefestigte neonazistische Kameradschaftsstrukturen wie die „Kameradschaft Jena“ entstanden. So seien etwa die Räume kommunaler Jugendclubs für Neonazi-Konzerte genutzt und die Produktion neonazistischer Musik unter anderem sogar durch Zuschüsse für den Kauf von Instrumenten unterstützt worden.<sup>17</sup> Schon 1997 hatte auch die Begleitforschung des AgAG-Programms an der Technischen Universität Dresden festgestellt, „dass die Projekte nicht nur milieustärkende sondern auch milieubildende Effekte haben“.<sup>18</sup>

Auch das neonazistische Helferinnen- und Helfernetzwerk, welches das untergetauchte NSU-Trio Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe über zwei Jahre lang in Wohnungen in Chemnitz unterbrachte und mit Ausweispapieren und Geld unterstützte, hatte sich in dem kommunalen Jugendtreff „Piccolo“ im Heckert-Viertel in Chemnitz zusammengefunden.<sup>19</sup> Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen hätten den Treffpunkt als eine Art „Ersatz-Heimstatt“ angesehen, erinnert sich ein ehemaliger Sozialarbeiter. Das wurde auch in den Aussa-

<sup>16</sup> Vgl. Thüringer Landtag, Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses 5/1 „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“, Drs. 5/8080, 16. 7. 2014, S. 397 ff. <sup>17</sup> Vgl. ebd. S. 398.

<sup>18</sup> Lothar Böhnisch/Karsten Fritz/Thomas Seifert (Hrsg.), Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG), Bd. 2: Die wissenschaftliche Begleitung – Ergebnisse und Perspektiven (erstellt durch die Projektgruppe am Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit der TU Dresden), Münster 1997, S. 23.

<sup>19</sup> Vgl. Abweichender Bericht der Fraktion Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum 3. Untersuchungsausschuss der 5. Legislaturperiode des Sächsischen Landtags „Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen“, 29. 6. 2014.

gen von Zeugen im Prozess gegen Beate Zschäpe vor dem Oberlandesgericht München deutlich: Vormittags richteten die Neonazis eine Wohnung für die gesuchten Kameraden aus Jena in der Wolgograder Allee ein, am Abend traf man sich – ohne das Trio – zum Billard-Spielen im nahegelegenen „Piccolo“ und besprach dort die Ausflüge zu Konzerten des rechtsextremen Netzwerks Blood & Honour. Am 30. November 2000 überfielen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in unmittelbarer Nähe zum „Piccolo“ eine Postfiliale und erbeuteten dort knapp 20000 Euro. Auch in der Fahndung nach dem gesuchten Trio nennt das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen damals das „Piccolo“ als einen bekannten Treffpunkt der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene. Doch da nutzt der Neonazifreundeskreis von Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt das „Piccolo“ schon nicht mehr als Treffpunkt.<sup>10</sup>

Der ehemalige Sozialarbeiter des „Piccolo“ berichtet, dass dem Team die „Organisation“ von Jugendlichen des Clubs in Vereinigungen wie Blood & Honour, die 88er, Hoonara und Junge Nationalsozialisten durch informelle Quellen schon damals bekannt gewesen sei. Im „Beziehungsverhältnis“ zwischen Jugendlichen und Sozialarbeitern seien aber keine Informationen zu den Untergrundnetzwerken geflossen, vielmehr seien die Sozialarbeiter von den Jugendlichen eher als „Sozialfuzzies“ wahrgenommen worden. Im Rückblick, sagt der ehemalige Sozialpädagoge, sei das Konzept der offenen Kinder- und Jugendarbeit nur „bedingt tauglich gewesen für die Arbeit mit den ‚Rechten‘ und eher anwendbar für die ‚Normalos‘ und die Kindergruppe“, die es auch im „Piccolo“ gegeben habe. Eine Supervision und eine fachliche Auseinandersetzung um Konzepte der akzeptierenden Sozialarbeit habe es damals für das Team nicht gegeben.

## Neue Herausforderungen

Barbara Schäuble verweist darauf, dass es für ihre Studierenden mit der Exkursion zum NSU-Prozess am OLG München sehr viel greifbarer geworden sei, dass es für die Soziale Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen Grenzen gebe – und dass sie sich immer auch der Stärkung von Alternativen zuwenden müsse.

<sup>10</sup> Vgl. ebd., S. 216f.



Die Grenzen Sozialer Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen hatte der Bremer Pädagogikprofessor Franz-Josef Krafeld, auf dessen Konzepte der akzeptierenden Jugendarbeit sich in den 1990er Jahren bundesweit viele Pädagogen und Jugendämter bezogen,<sup>11</sup> schon frühzeitig verdeutlicht: „Ohne ein unterstützendes, ohne ein zivilgesellschaftlich engagiertes Umfeld hat zum Beispiel pädagogische Arbeit gegen den Rechtsextremismus kaum Chancen. Wo vor Ort Pluralität und Vielfalt, wo Respekt und Achtung der Menschenwürde nicht Gewicht haben, da kommt Pädagogik, erst recht Pädagogik allein, meist ganz schnell an ihr Ende.“<sup>12</sup>

Der Freiburger Soziologe Scherr hofft, dass sowohl anhand des NSU-Komplexes als auch aufgrund der aktuellen Welle rassistischer Gewalt eine dringend notwendige „Weiterentwicklung angemessener Strategien gegen Rechtsextremismus“ stattfinden wird. Er will daher Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter ermutigen, Konflikte auszuhalten, betont aber auch: Von prekär beschäftigten Sozialarbeiterinnen, die kaum über Zeit für Fachdiskurse und Vernetzung verfügten, sei kein substanzieller Beitrag zur Zurückdrängung von Rassismus und Rechtsextremismus zu erwarten. Seine Vision: „Jugendarbeit kann dann einen wichtigen Beitrag gegen Rassismus und Rechtsextremismus leisten, wenn sie von Jugendlichen als eine offensive und attraktive Gegenkultur erlebt werden kann, in der Vielfalt und Gleichberechtigung erfahren werden können und die sich eine deutliche politische Positionierung gegen Rassismus und Rechtsextremismus zutraut.“

<sup>11</sup> Vgl. u. a. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA NRW e.V.), Das Bremer Modell der Akzeptierenden Jugendarbeit, o.D., [www.ida-nrw.de/paedagogische-arbeit/akzeptierende-jugendarbeit-/akzeptierende-jugendarbeit\\_2.html](http://www.ida-nrw.de/paedagogische-arbeit/akzeptierende-jugendarbeit-/akzeptierende-jugendarbeit_2.html) (18. 9. 2015).

<sup>12</sup> Franz-Josef Krafeld, Grenzen in der sozialen Arbeit – speziell in der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, 4.10.2013, [www.franz-josef-krafeld.de/7.%20Akzeptierende%20Jugendarbeit/Grenzen%20in%20der%20Arbeit%20mit%20rechtsextremen%20Jugendlichen%20%282010%29.pdf](http://www.franz-josef-krafeld.de/7.%20Akzeptierende%20Jugendarbeit/Grenzen%20in%20der%20Arbeit%20mit%20rechtsextremen%20Jugendlichen%20%282010%29.pdf) (18. 9. 2015). Siehe auch Martin Langebach/Cornelia Habisch (Hrsg.), *Zäsur? Politische Bildung nach dem NSU*, Bonn 2005 (i. E.).

Nanett Bier

# Journalisten und der NSU-Prozess

Journalistinnen und Journalisten, die über den sogenannten NSU-Prozess berichten, stehen vor großen Herausforderungen, betrachtet man einerseits die Anforderungen an eine juristische Prozessberichterstattung, andererseits die bislang häufig stereotype Berichterstattung

über das Thema Rechtsextremismus im Allgemeinen. Besonders auffällig sind die in vielen Medien zu Prozessaufakt verwendeten oberflächlichen bis diskriminierenden Wortschöpfungen wie „NSU-Show“, „Zschäpe-Braut“<sup>1</sup> oder erneut „Döner-Morde“.<sup>2</sup> Aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht handelt es sich bei diesen Schlagworten um verbalisierte „Rahmungen“ oder „Muster“ komplexer Ereignisse (*framing*), die von den Journalisten in der Nachrichtenproduktion formuliert werden – in der Darstellung des Themas Rechtsextremismus sind diese jedoch kritisch zu hinterfragen. Wie wichtig eine solche Auseinandersetzung hinsichtlich des Themenkomplexes „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ist, formuliert der Medienwissenschaftler Michael Haller provokativ: „Das Framing deckt sich mit dem Interesse an den Bedingungen, die den Rechtsterrorismus hervorgebracht haben.“<sup>3</sup> Nach Bekanntwerden des NSU-Trios ist Raum für journalistische Selbstreflexion notwendig. Denn es stehen Fragen im Raum: danach, wie diese Begrifflichkeiten Geltung erlangen, welche journalistischen Faktoren Einfluss auf die Berichterstattung haben und was Journalisten, die aus dem Gerichtssaal berichten, in der Themenproduktion zum NSU-Prozess beeinflusst.

## Rechtsextremismus und Justizberichterstattung

Vor Bekanntwerden des NSU mangelte es in der medialen Berichterstattung vielfach an Kontinuität und Hintergründen über Struk-

**Nanett Bier**

M. A., geb. 1985; Kommunikationswissenschaftlerin; lebt in Berlin.

[n.bier@fu-berlin.de](mailto:n.bier@fu-berlin.de)

turen rechtsextremistischer Organisationen sowie über die weite Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen.<sup>4</sup> Doch auch danach wurde (und wird) das Thema Rechts- extremismus in vielen Medienhäusern eher als „Quotenkiller“<sup>5</sup> angesehen, unterliegt es doch bestimmten Aufmerksamkeitsmecha- nismen: Rechtsextremismus wird als The- ma für Redaktionen meist erst dann relevant, wenn von besonders gewalttätigen oder fol- genreichen Taten berichtet werden kann, die viele Nachrichtenfaktoren wie „Negativität“, „Schaden“, „Konflikt“ oder „Ereignishaftig- keit“ in sich vereinen.<sup>6</sup> Neben den Taten ste- hen vor allem die Täter im Fokus der bishe- rigen Berichterstattung. Dabei werden diese häufig dramatisierend, unreflektiert, emoti- onalisierend oder stereotypisierend als „ver- rohrte, animalische“ Gruppe im Kontrast zu „normalen“ Menschen dargestellt.<sup>7</sup>

Neben diesen Herausforderungen bei der Thematik Rechtsextremismus haben sich die Journalisten den Besonderheiten der Justiz- berichterstattung zu stellen. Zentrale Aufga- be der Justizberichterstattung ist es, „aktuell,

umfassend und möglichst auch regelmäßig über Vorgänge bei den Gerichten zu berich- ten, die von öffentlichem Interesse sind“.<sup>8</sup> Das erfordert die Bereitschaft, sich juristi- sche Kenntnisse anzueignen und mit juristi- schen Sachverhalten auseinanderzusetzen. Der klassische Gerichtsreporter ist kost- spielig, und nur finanzstarke Medienhäuser können sich ein entsprechendes Ressort leis- ten. Gerichtsverfahren bieten grundsätzlich Raum für unterhaltsame Formen der Berichter- stattung, da jedem Prozess eine eigene Dra- matik innewohnt. Diese ergibt sich zum ei- nen daraus, dass viele Verfahren als „Kampf der Prozessparteien um ihr Recht“ verstan- den werden können – zum anderen daraus, dass die Beweisaufnahme in einem Strafver- fahren einem Prozess der schrittweisen Auf- deckung von Wahrheit (mit überraschenden Wendungen) gleiche.<sup>9</sup> Bei der Auswahl von Prozessen und Themen setzen Journalisten demnach eher auf „gefällige Themen“ als auf schwierige und spröde Materien.<sup>10</sup>

Der Zwang zur Selektion und die Rück- sichtnahme auf Bedürfnisse des Publikums sind Rahmenbedingungen, die die Arbeit von Gerichtsreporterinnen und -reportern prägen.<sup>11</sup> Nicht ohne Grund wird daher von- seiten der Justiz neben der Konzentration der Medien auf sensationsreiche Aspekte, die die juristische Substanz in den Hintergrund treten lassen, regelmäßig auch die fehlende fachliche Qualifikation der Berichterstat- ter kritisiert.<sup>12</sup> Sind dies die Gründe, warum der NSU-Prozess mit Begriffen wie „NSU- Show“ oder „Nazi-Braut“ verbunden wurde? Wie kommt es zu diesen oberflächlichen Sprachmustern eines so komplexen Prozes- ses, der doch als Anstoß für eine gesellschaft- liche, juristische oder politische Aufarbei- tung des NSU gesehen werden kann?

<sup>4</sup> Vgl. Nanett Bier, *Media Reporting About Right- Wing Terror – A Content Comparison Between Ger- man and Norwegian Leading Newspapers*, Fors- kningsrådet 2013.

<sup>5</sup> Vgl. Elke Grittmann/Tanja Thomas/Fabian Vir- chow, *Das Unwort erklärt die Untat*, OBS-Arbeitsheft 79/2015, [www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitshefte/shop/das-unwort-erklaert-die-un- tat-ah79.html](http://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitshefte/shop/das-unwort-erklaert-die-un- tat-ah79.html) (18.9.2015).

<sup>6</sup> Michael Haller, *Rechtsterrorismus in den Medien*, Berlin 2013, S. 21.

<sup>7</sup> Vgl. Hauke Hartmann, *Rechtsextremismus und Medien – Informieren statt Moralisieren*. Zur Notwendigkeit einer verbesserten Berichterstat- tung über Rechtsextremismus, in: Regiestelle E&C der Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin (Hrsg.), *Ideologie und Strategien des Rechtsextre- mismus – Wie geht man als Journalist/in damit um?* Dokumentation des Werkstattgesprächs am 8. Mai 2006 in Berlin, S. 14–25.

<sup>8</sup> Andrea Röpke zit. nach: Anne Haeming, *Rechts im Blick*, Interview mit Andrea Röpke, in: *Medium Magazin*, (2012) 3, S. 16–19, hier: S. 18

<sup>9</sup> Vgl. Hans Mathias Kepplinger/Johanna Habermeyer, *The Impact of Key Events on the Presentation of Reality*, in: *European Journal of Communication*, (1995) 10, S. 371–390; Bertram Scheufele/Hans- Bernd Brosius, *The Frame Remains the Same?*, in: *Rundfunk und Fernsehen*, (1999) 47, S. 409–432; Britta Schellenberg, *Die Rechtsextremismus-De- batte*. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen, Wiesbaden 2014.

<sup>10</sup> Vgl. B. Schellenberg (Anm. 6), S. 257.

<sup>11</sup> Frauke Höbermann, *Publizistischer Auftrag und journalistisches Selbstverständnis*, in: Holger Weimann/Norbert Leppert/Frauke Höbermann, *Gerichtsreporter. Praxis der Berichterstattung*, Berlin 2005, S. 22.

<sup>12</sup> Vgl. Udo Branahl, *Justizberichterstattung*, Wies- baden 2005, S. 109.

<sup>13</sup> Vgl. F. Höbermann (Anm. 8), S. 30.

<sup>14</sup> Vgl. Sabine Gerasch, *Prozeßwirklichkeit und Ge- richtsberichterstattung*, München 1995, S. 27.

<sup>15</sup> Vgl. Christian von Coelln, *Zur Medienöffent- lichkeit der Dritten Gewalt*. Rechtliche Aspekte des Zugangs der Medien zur Rechtsprechung im Ver- fassungsstaat des Grundgesetzes, Tübingen 2005, S. 203.

## Raum für Beobachtung

Der Sitzungssaal A 101 des Münchner Strafjustizzentrums in der Nymphenburger Straße 16 ist ein kleiner, beengter Raum ohne direktes Tageslicht. Von der Zuschauerempore, die Platz für insgesamt 100 Journalisten und Besucher bietet, schaut der Beobachter hinab auf die Ebene der Verfahrensbeteiligten. Seit mehr als 200 Prozesstagen sitzt dort die Hauptangeklagte Beate Zschäpe unter anderem wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Um sie herum befinden sich viele weitere Prozessteilnehmer: der Vorsitzende Richter Manfred Götzl und sieben beisitzende Richter des 6. Strafsenats, drei Vertreter der Bundesanwaltschaft, vier Verteidiger der Hauptangeklagten, vier weitere Angeklagte mit ihren jeweils zwei Verteidigern, 77 Nebenkläger und 53 Nebenklagevertreter, Sachverständige, Justizbeamte und die geladenen Zeugen.<sup>13</sup> Die Angeklagten Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, Carsten S., André E. und Holger G. sind der Beihilfe zum Raub, Mord und der Unterstützung der terroristischen Vereinigung NSU beschuldigt.<sup>14</sup>

Die Anklageschrift umfasst knapp 500 Seiten,<sup>15</sup> die entsprechenden Ermittlungsakten füllen 700 Ordner, von denen eine Auswahl sichtbar sortiert hinter dem Richter und dem Senat in zwei großen Regalen steht. Kurz vor Sitzungsbeginn sind neben Tastaturgeräuschen viele unterschiedliche Fragen aus den Gesprächen auf der Tribüne zu vernehmen: Wo genau sitzen die Angeklagten? Wird Beate Zschäpe heute reden? Welche Bedeutung hat der Zeuge, und wird er überhaupt aussagen? Die Justizbeamten auf der Zuschauertribüne sorgen für Sicherheit: Weder Zuschauer noch Journalisten dürfen zu nah an die Glasscheibe der Tribüne heran oder ei-

<sup>13</sup> Vgl. Strafverfahren gegen Beate Z. u.a. wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung u.a. (NSU), Pressemitteilung des Oberlandesgerichts München, 12. 4. 2013, [www.justiz.bayern.de/gericht/olg/m/presse/archiv/2013/03918/index.php](http://www.justiz.bayern.de/gericht/olg/m/presse/archiv/2013/03918/index.php) (18. 9. 2015).

<sup>14</sup> Vgl. Bundesanwaltschaft erhebt Anklage im „NSU“-Verfahren, Pressemitteilung des Generalbundesanwalts, 8. 11. 2012, [www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?newsid=460](http://www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?newsid=460) (18. 9. 2015).

<sup>15</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Hintergrund aktuell: Vor dem NSU-Prozess, 15. 4. 2013, [www.bpb.de/158006](http://www.bpb.de/158006) (18. 9. 2015).

nen Blick auf die Materialien der Prozessbeteiligten werfen. Fragen oder unangemessenes Verhalten sind untersagt.

## Raum für Selbstreflexion

Welche Einflüsse dominieren die Berichterstattung im NSU-Prozess aus Sicht der Journalisten, und worin sehen diese ihre Aufgabe? Gespräche mit den Berichterstattern liefern Einblicke in ihre Arbeitsweise und ihr Selbstverständnis.<sup>16</sup> Die meisten Journalisten, die aus dem Gerichtssaal berichten, verstehen sich als sachliche Übersetzer und Aufklärer, wie Kai Mudra von der „Thüringer Allgemeinen“ bestätigt: Er wolle seinen Leserinnen und Lesern erklären, „wie so ein Strafprozess funktioniert und wo möglicherweise die Grenzen eines Strafprozesses liegen“. Die Gerichtsreporterin Karin Truscheit von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) sieht ihre Arbeit außerdem darin, „beim Prozess Dinge zu erklären, die nicht unbedingt zu unserer Lebenswirklichkeit gehören“. Gerade nach der Kritik über die Berichterstattung vor Bekanntwerden des NSU<sup>17</sup> findet laut ARD-Terrorismusexperte Holger Schmidt „eine Art Selbstreflexion statt. Denn nachdem wir selbst zehn Jahre falsch gelegen haben, ist unsere Aufgabe jetzt zu helfen, zu erklären und aufzuklären, was da vor Gericht in München passiert“.

Eine weitere Priorität vieler Journalisten liegt darin, eine „neutrale Berichterstattung zu gewährleisten“ und sich mit der eigenen Meinung zurückzuhalten. Auch wenn einige Journalisten persönlich von den Informationen, Bildern und Geschehnissen im Gerichtssaal „erschüttert“ sind, steht das „professionelle Arbeiten“ im Vordergrund. Nur so könnten sie in der Berichterstattung den Opfern und den Angehörigen gerecht werden. Anhand zahlreicher weiterer Aussagen der Reporter kann bestätigt werden, dass die objektive Berichterstattung zwar ein wichtiger Anspruch ist, eine subjektive Beeinflussung aber nicht von der Hand gewiesen werden kann.

<sup>16</sup> Sofern nicht anders gekennzeichnet, stammen die wörtlichen Zitate aus Gesprächen mit der Autorin, die im April und Mai 2015 geführt wurden.

<sup>17</sup> Vgl. E. Grittmann/T. Thomas/F. Virchow (Anm. 2), S. 55–65.

Einen der stärksten Einflüsse auf die Journalisten übt die „Medienroutine“ aus. Vor dem Hintergrund, dass der NSU-Prozess bereits seit mehr als zwei Jahren läuft, bestätigen einige Journalisten eine sinkende Nachfrage nach der Berichterstattung, dennoch betont Schmidt: „Verglichen mit anderen großen Terrorismusprozessen der letzten zwölf Jahre ist es außergewöhnlich viel, leuchtturmartig, wie sich die Medien mit diesem Prozess beschäftigen. Das hat natürlich mit der Dimension zu tun: Zehn Morde, die lange Zeit im Untergrund und die gesellschaftliche Betroffenheit, über das, was passiert ist.“

Truscheit bestätigt, dass es eine Tendenz gibt, vermehrt auf tägliche Meldungen oder Nachrichten zugunsten der leserorientierten Aufbereitung zu verzichten: „Wenn beispielsweise ein neues Beweisthema behandelt wird, wie zum Beispiel der Anschlag in der Kölner Keupstraße als eigenständiger Komplex, sammle ich eher zwei Prozesswochen und versuche es dann in einem größeren Überblicksartikel näher zu bringen. Das ist für die Leser nachvollziehbarer, als wenn wir nur Details aufgreifen, die ja angesichts der Fülle von behandelten Themen für Außenstehende mittlerweile sehr schwer einzuordnen sind.“ Einige Journalisten resümieren, dass inhaltlich bisher alle Anklagepunkte angesprochen wurden, sei es durch Sach- oder Zeugenbeweise, und daher die Themen für die Leser, Zuschauerinnen und Zuhörer weniger Neuigkeitswert haben. Daher seien laut Tanjev Schultz, Redakteur und Reporter der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ), vor allen Dingen „die Nuancen vor Gericht interessant: Wie gestaltet sich das denn vor Gericht? Wie stellt sich der Zeuge dar? Was sind seine Worte? Das ist ja in dem Sinne ‚neu‘.“

## Raum für „Skandalchen“?

Durch die Fokussierung auf die Hauptangeklagte neigten viele Medien zu Prozessbeginn zu einer reduzierten, oberflächlichen Berichterstattung „bei der sich die Journalisten am Anfang mehr mit der Haarfarbe und der Bekleidung von Frau Zschäpe beschäftigt haben“, so Alexander Hoffmann, ein Vertreter der Nebenkläger. „Da springt die Presse auf bestimmte Beobachtungen, die vielleicht Skandalchen versprechen.“

Eine mögliche Erklärung dafür liefert FAZ-Reporterin Truscheit, die erläutert, dass dieses Verhalten journalistischer Bestandteil jedes Gerichtsverfahrens sei: „Je nachdem wie die Angeklagten auftreten, hat das ja mit ihrem Selbstverständnis zu tun und charakterisiert die Personen, wie sie wahrgenommen werden möchten. Beschreibungen gehören hier einfach dazu.“ Tom Sundermann, freier Redakteur von „Zeit Online“, erklärt den Fokus auf die Hauptangeklagte wie folgt: „Artikel, in denen Zschäpe im Mittelpunkt steht, verkaufen sich gut. Die Faszination des angeblich Bösen, konzentriert in der meist entspannt zurückgelehnten Angeklagten, wirkt. Auch ich schreibe gerne Zschäpe-Geschichten. Warum? Erstens, weil die Leser es goutieren. Zweitens, weil sie es ist, für die das Ermittlerversagen und die Hilfeleistungen mutmaßlicher Unterstützer letztlich relevant ist.“<sup>18</sup>

ARD-Journalist Schmidt sieht einen weiteren wichtigen Grund: „Neben der kriminalistischen Beschäftigung sorgt beim Publikum vor Ort die schillernde Figur der Beate Zschäpe für viel Gesprächsstoff. Bei der man sich fragt, was hat die Frau an, warum schweigt diese Frau noch, wie verhält sich diese Frau? Das sind Faktoren, weswegen man sich immer noch mit dem NSU-Prozess beschäftigt.“ Die Schwierigkeit, die in diesem Personalisierungsmechanismus liegt, kommentiert der SZ-Journalist Hans Leyendecker so: „Weit größer ist jedoch die Gefahr, dass die Medien den Prozess selbst als große Show inszenieren. Und darüber die brisanten Skandale, die in den Untersuchungsausschüssen aufblitzen, durch die Fixierung auf Zschäpe komplett ignorieren.“<sup>19</sup> Nebenklagevertreter Hoffmann ergänzt: „Nur bei einem geringen Teil der Presse ist das tatsächliche Bemühen vorhanden, systematisch die verschiedenen Facetten des eigentlichen Skandals aufzuarbeiten.“

Die Medienwissenschaftlerin Tanja Thomas nennt einige Positivbeispiele wie den NSU-Prozess-Blog von der „Zeit“ oder etwa die Berichterstattung in der SZ. Zudem erwähnt sie den Blog „NSU-Watch“:

<sup>18</sup> Tom Sundermann, Frau Zschäpe und ich, in: Journalist, (2015) 5, S. 24–27, hier: S. 25f.

<sup>19</sup> Zit. nach: Michael Kraske, Der Monsterprozess, in: Journalist, (2013) 5, S. 80–84, hier: S. 84.

„Es gibt auch Initiativen, die genauer hinschauen und Öffentlichkeit erzeugen können. Wenn man detaillierte Berichterstattung haben will, findet man diese auch.“ „Thüringer Allgemeine“-Redakteur Mudra verweist auf weitere Beispiele wie die bereits 2000 gegründete Initiative „Gesicht zeigen“, „die genau die Gegenrichtung gegangen ist und auch auf solche Probleme aufmerksam gemacht hat“.

Die Kritik der stereotypen Berichterstattung, die besonders vor Bekanntwerden des NSU bezogen auf den Umgang mit den Angehörigen von Opfern laut wurde<sup>20</sup> oder sich während des NSU-Prozesses in Charakterisierungen der Prozess-Akteure wiederfinden,<sup>21</sup> kann SZ-Redakteur Schultz teilweise nachvollziehen: „Mit dem Ziel, dass man Stereotype sucht, wird man auch fündig in der Presse. Denn Journalismus funktioniert mit Kategorien, in denen gearbeitet wird, die dann mehr oder weniger differenziert sind. Das ist die Schwierigkeit, wenn man Zeugen beschreiben muss, die mit martialischen Tattoos und Springerstiefeln vor Gericht erscheinen.“ Holger Schmidt meint dazu: „Die Verwendung von Stereotypen durch uns Journalisten stimmt ganz sicher. Die Denkweise von allen Beteiligten ist kanalisiert, eben auch bei Journalisten, die vielleicht sogar auf einer kriminalistisch gerechtfertigten Erwartungshaltung aus der damaligen Zeit basiert und zu wissen glaubt, wohin der Hase läuft. Dennoch glaube ich, dass diese Stereotypenverwendung eher ein Fall für Kollegen ist, die nicht so häufig im Prozess sind, und diejenigen, die eher gesamtbetrachternd berichten, im Gegensatz zu unserer Berichterstattung vor Ort, die ja sehr chronistisch für den jeweiligen Tag angelegt ist und das Tagesgeschehen herausstreicht.“

Eine wichtige Voraussetzung zur Vermeidung von Stereotypen erklärt Kai Mudra: „Um Stereotype zu vermeiden, wird Recherche vorausgesetzt. Wenn Sie die Zeit und die Möglichkeiten für Recherche haben, werden sie auch keine Stereotypen verwenden, weil sich ein Journalist dann mit dem Thema beschäftigt hat und im Detail erklären kann, was er eigent-

lich meint. Wenn das nicht der Fall ist, dann ist es aber relativ einfach, das fehlende Recherchewissen mit Stereotypen abzudecken. Das ist immer eine ganz schwierige Sache.“

## Recherche als Luxus

Recherchearbeit kostet die Medienhäuser Zeit und Geld. Den Eindruck abnehmender Investitionsbereitschaft für die Recherche-tätigkeiten bestätigte auch ein weiterer befragter Journalist, während andere von einer großen (finanziellen) Unterstützung für Recherchereisen berichteten. Eine kontinuierliche Berichterstattung gilt bei einigen Befragten als Luxus für Journalisten und Medienorganisationen, der aber notwendig sei, weil durch die Unregelmäßigkeit in der Anwesenheit beziehungsweise der Ad-hoc-Berichterstattung sonst Probleme in der journalistischen Prozessdarstellung entstünden. Eines dieser Probleme nennt die Mediensoziologin Tanja Thomas, die sich bei ihren Recherchearbeiten und Gesprächen mit Journalisten auch mit der Frage der journalistischen Ausbildung beschäftigt hat: „Wir haben auch sehr junge Journalistinnen und Journalisten gesprochen, die uns geschildert haben, dass angesichts von Zeitdruck und finanziellen Restriktionen in den Redaktionen ganz viel *Learning by Doing* passiert. Es ist kaum möglich, über die Aufbereitung von Themen wie den NSU zu diskutieren oder sich mit erfahrenen Kollegen auszutauschen. Dann bleibt das eben auf der Strecke, und die Jüngeren sind auf individuelle Lern- und Auseinandersetzungs-bereitschaft verwiesen.“

Ein weiteres Problem unterstreicht Kai Mudra: „Das Zeitungsgeschäft ist ein kommerzielles Geschäft, und im Gegensatz zu einigen Fernsehanstalten, die zusätzlich noch von Gebühren leben, müssen Zeitungen jeden Tag ihre Ausgaben verkaufen und sicherstellen, dass sie das am darauffolgenden Tag noch tun können. Dieser Kostendruck und die zunehmende Konkurrenz digitaler Medien kann dazu führen, dass sich auch die Arbeitsbedingungen verschlechtern, dass eben nicht mehr drei Tage Zeit zur umfassenden Recherche eines Beitrages bleiben, sondern dass manchmal in kürzester Zeit ein Text für die nächste Ausgabe geschrieben werden muss, der trotzdem lesbar ist und im Internet geklickt wird.“

<sup>20</sup> Vgl. E. Grittmann/T. Thomas/F. Virchow (Anm. 2), S. 10.

<sup>21</sup> Vgl. Astrid Hansen, Journalistische Charakterisierung der Akteure im „NSU“-Prozess, Frankfurt/M. 2015, S. 79ff.



Soziologin Thomas ergänzt, dass journalistische Arbeit aufgrund knapper Ressourcen immer schwieriger werde und Medienkritik grundsätzlich nicht allein in Appelle an das individuelle Handeln einzelner Journalisten münden dürfe. Sie müsse an anderen Ebenen ansetzen. Dazu gebe es beispielsweise Kontrollinstanzen wie den Deutschen Presserat, der Redaktionen Empfehlungen für einen fairen Journalismus liefert. SZ-Reporter Schultz erklärt es als Besonderheit, dass die journalistische Form „oft zu etwas führt, was mindestens wie eine Vorverurteilung aussieht oder auch als solche wahrgenommen wird“. Auch wenn sehr viele Indizien für eine mögliche Schuld der Angeklagten sprächen, gelte es, diese Vermutung nicht als gesetzt zu formulieren.

## Institution Gericht

Die Institution Gericht ist eine große Herausforderung für die berichtenden Journalisten, wie Nebenklageanwalt Hoffmann bestätigt: „Ich sehe nach wie vor sehr große Probleme in der Berichterstattung, die sich zum Teil nicht lösen lassen. Das liegt an der Komplexität des Prozesses; auch die Form, wie der Vorsitzende den Prozess führt, kann für die Presse problematisch sein. Der Vorsitzende muss eben seinen Prozess führen und seine Anklagepunkte abarbeiten und nicht in erster Linie die Interessen der Öffentlichkeit bedienen. Aber so wie das im Moment aufgebaut ist, ist es sehr schwierig, dem Prozess als Ganzes zu folgen, weil eben überwiegend zwischen Themen sehr viel gesprungen wird, weil die Liste mit den Zeugen nicht tatsächlich nach Themen aufgebaut war, weil es auch sehr schwierig ist, alle Zeugen zum richtigen Zeitpunkt zu laden. Für die Presse entsteht dadurch ein Riesenproblem, dass das insgesamt sehr unübersichtlich ist.“

Das bestätigt auch Karin Truscheit von der FAZ, die ihre Anwesenheit zum Beispiel von der Zeugenliste des Gerichtes abhängig macht: „In der Redaktion entscheidet man gemeinsam, ob man dieses oder jenes schon inhaltlich breit behandelt hat oder ob das ein ganz neuer Aspekt ist, den man noch mal herausarbeiten müsste.“ Für Mudra ist der NSU-Prozess als journalistische Quelle eine „Fundgrube“, „weil Sie dort vieles erfahren wie zum Beispiel die Sicht der Angeklagten

oder Zeugen und wie Ermittlungen gelaufen sind. Punkte, die Sie sonst überhaupt nicht erfahren würden – oder nur durch schwierige, intensive Recherche. An einige Personen, die als Zeugen aussagen, wäre im normalen Leben zudem nur schwer ranzukommen, selbst als Journalist. In einem Prozess aber müssen diese als Zeugen Angaben machen, die Sie Ihnen gegenüber sicherlich verweigern würden.“

Die unterschiedlichen Interessen von Prozessbeteiligten sind weitere große Einflussfaktoren für Journalisten: Dies birgt die Gefahr einer möglichen Instrumentalisierung, derer sich die Journalisten in der Themenaufbereitung stets bewusst sein sollten,<sup>f22</sup> und stellt sie weiterhin vor die Herausforderung, sich von den gesammelten Informationen zu distanzieren und sich ein eigenes Bild zu machen. Die Konsequenz daraus ist, dass Journalisten in ihrer Recherchearbeit öffentliche Institutionen wie (Strafvermittlungs-)Behörden, Polizei oder Justiz wie jede andere Quelle behandeln und deren Aussagen nicht unhinterfragt übernehmen sollten, so wie es in der Berichterstattung über die Mordserie des NSU vor seinem Bekanntwerden allzu häufig geschehen ist.<sup>f23</sup>

Truscheit schlussfolgert daraus: „Wir müssen die Energie aufbringen und alle Informationen gegenchecken. Denn das Plausible ist nicht immer unbedingt das Wahre.“ Tanjev Schultz spricht von erhöhter Sensibilität für die Angaben der Behörden und mahnt mehr Misstrauen beziehungsweise Vorsicht an: „Wir müssen uns auch immer die Fakten vergegenwärtigen und schauen, wo offene Fragen sind und wo nicht. Dabei ist es wichtig, in alle Richtungen zu schauen und nicht blind den Ermittlern zu folgen, aber auch nicht blind irgendjemand anderem.“

## Schlussfolgerungen

Die Reflexion der Journalisten und ihre sensibilisierten Einstellungen im Umgang mit den Angehörigen der Opfer zeigen, dass aus den teilweise diskriminierenden Sprachmustern der ersten NSU-Prozesswochen gelernt wurde. Wenngleich Leser mangelnde Selbstrefle-

<sup>f22</sup> Vgl. E. Grittmann/T. Thomas/F. Virchow (Anm. 2), S. 10.

<sup>f23</sup> Vgl. ebd. S. 57 f.

xion seitens der Journalisten weiterhin vermuten mögen, so ist die Kritik offenbar eher den Mechanismen der Medienproduktion geschuldet. Einerseits lässt der Mangel an Ressourcen kaum Spielraum für eine Aufarbeitung der Hintergründe. Andererseits schreiben Journalisten auch immer im Hinblick auf die Erwartungshaltung ihrer Leser. Insofern ist die „NSU-Show“ auch ein gesellschaftliches Spektakel, für das die Leser Eintritt bezahlen. Es scheint, als lasse das Wechselspiel zwischen Medienproduktion und -konsum kaum Energie für eine tiefere gesellschaftliche, juristische oder politische Aufarbeitung des NSU.

Für die meisten Journalisten, die aus dem Gerichtssaal berichten, ist ihre Tätigkeit auch eine moralische Verpflichtung – trotz

der Langwierigkeit des Verfahrens und der gesellschaftlichen Scham ob ihrer „quotenkillenden“ Berichterstattung. Es sei ein Verdienst des Prozesses, „dass inzwischen die Angehörigen der Opfer zu Wort kommen und auch deutlich machen können, wie sie selber unter der Art der Polizeiermittlungen, aber auch unter der Berichterstattung gelitten haben“, betont Kai Mudra. „Grundsätzlich gibt es in unserer Branche so ein Einsehen, dass einiges schief gelaufen ist in der Berichterstattung. Grundsätzlich sollte das Bedürfnis der Medien, auch die eigene Rolle mit aufzuklären, da sein. Das betrifft aber letztlich auch die gesamte Gesellschaft“, fasst Tanjev Schultz zusammen.

## Politisch, aktuell und digital

APuZ – auch im ePub-Format  
für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf  
[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)



„APuZ aktuell“, der Newsletter von

## Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)

# APuZ

Nächste Ausgabe 41–42/2015 · 5. Oktober 2015

## Weltbilder

*Pradeep Chakkarath*

Welt- und Menschenbilder:  
Eine sozialwissenschaftliche Annäherung

*Silke Gülker*

Wissenschaft und Religion: Getrennte Welten?

*Sebastian Conrad*

Die Weltbilder der Historiker. Wege aus dem Eurozentrismus

*Gert Krell*

Weltbilder und Weltordnung  
in den Internationalen Beziehungen

*Georg Glasze*

Neue Geografien – neue Kartografien:  
Weltbilder im digitalen Zeitalter

*Ingeborg Reichle*

Ein Blick in die Geschichte der Bildwelten der Weltbilder



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-Keine-Bearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn



### Redaktion

Anne-Sophie Friedel (Volontärin)  
Barbara Kamutzki  
Johannes Piepenbrink  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Anne Seibring  
Telefon: (02 28) 9 95 15-0  
[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

Redaktionsschluss dieses Heftes:  
18. September 2015

### Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurfürstenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

### Satz

le-tex publishing services GmbH  
Weißensefstraße 84  
04229 Leipzig

### Abonnementservice

**Aus Politik und Zeitgeschichte** wird  
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**  
ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-  
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-  
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 7501 4253  
Telefax (069) 7501 4502  
[parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

### Nachbestellungen

Publikationsversand der Bundeszentrale  
für politische Bildung/bpb  
Postfach 501055  
18155 Rostock  
Fax.: (038204) 66273  
[bestellungen@shop.bpb.de](mailto:bestellungen@shop.bpb.de)  
Nachbestellungen ab 1 kg (bis 20 kg)  
werden mit 4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen  
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**  
stellen keine Meinungsäußerung  
der Herausgeberin dar; sie dienen  
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

- Viola Neu · Sabine Pokorny*  
3–8 **Ist „die Mitte“ (rechts)extremistisch?**  
Die Formulierung „Extremismus der Mitte“ ist missverständlich. Die These, dass Rechtsextremismus ein Phänomen der sozialen Mitte sei, ist empirisch nicht haltbar. Potenziell kann jedoch jeder für Extremismen anfällig werden.
- Andreas Zick · Beate Küpper*  
9–16 **Rechtspopulistische Überzeugungen der Mitte**  
Der Rechtspopulismus hat in jüngster Zeit einen weiteren Rechtsruck erlebt. Dieser vergrößert die Risse in der Gesellschaft und fordert die demokratische Mitte auf, sich klar zu Vielfältigkeit und Gleichwertigkeit zu bekennen.
- Werner J. Patzelt*  
17–21 **Die Sorgen der Leute ernst nehmen!**  
In der Debatte um den Sonderfall Pegida wurde Allgemeines sichtbar. Den dort artikulierten Sorgen der Bürger liegen echte Probleme zugrunde, die nicht dadurch gelöst werden, dass diejenigen, die sie äußern, ausgegrenzt werden.
- Christoph Giesa*  
22–26 **Keine Nazis und trotzdem brandgefährlich**  
Vieles, was von neurechter Seite zu vernehmen ist, hört sich zunächst nicht nach rechter Ideologie an. Ihre Vertreter gerieren sich intellektuell, schwören der Gewalt ab und verbreiten doch Hass auf alles, was unsere Gesellschaft lebenswert macht.
- Frank Decker*  
27–32 **AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte**  
Pegida lässt sich als Ausdruck einer rechtspopulistischen Grundstimmung in Teilen Ostdeutschlands deuten, von der auch die AfD profitierte. Deren Wahlerfolge tragen dazu bei, dass sich die Achse des Parteiensystems nach rechts verschiebt.
- Claudia Luzar*  
33–37 **Rechter Rand und Mitte – Kein einheitliches Verhältnis**  
Zwischen dem Rechtsextremismus und der gesellschaftlichen Mitte gibt es kein einheitliches Verhältnis. Am Beispiel von NPD, der Partei Die Rechte in Dortmund und Pegida werden drei verschiedene Konstellationen aufgezeigt und diskutiert.
- Karim Fereidooni · Mona Massumi*  
38–43 **Rassismuskritik in der Lehrerbildung**  
Rassismus ist Teil der Lebenswirklichkeit aller Menschen, die in Deutschland leben, unterrichtet werden und selbst unterrichten. In der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sollte Rassismuskritik daher fester Bestandteil sein.
- Heike Kleffner*  
44–48 **Sozialarbeit und der NSU-Komplex**  
Es gilt als erwiesen, dass kommunale Jugendclubs einen wichtigen Baustein bei der Entstehung des NSU bildeten. Dennoch findet in der Sozialen Arbeit eine angemessene fachliche Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex bislang kaum statt.
- Nanett Bier*  
48–54 **Journalisten und der NSU-Prozess**  
Journalistinnen und Journalisten, die über den NSU-Prozess berichten, stehen vor einigen Herausforderungen. Zwischen juristischer Berichterstattung und den Zwängen des journalistischen Alltags gilt es, auch die eigene Rolle kritisch zu reflektieren.